

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Städtetag in Passau:

Megathema Demografie

Oft wird demografischer Wandel mit Alterung und Abnahme der Bevölkerung in Verbindung gebracht, aber die Situation in Bayern ist differenzierter, als die Kurzformel „weniger, älter, bunter“ zum Ausdruck bringen kann. Dies zeigte die Jahrestagung des Bayerischen Städtetags in Passau auf, die unter dem Motto „Gesund schrumpfen, über sich hinauswachsen - Demografischer Wandel in Stadt und Land“ stand.

Mittelfristig prognostiziert das Bayerische Landesamt für Statistik dem Freistaat Bayern stabile Bevölkerungszahlen. Für Bayern wird von einem Anstieg des

Durchschnittsalters der Bevölkerung von 43 Jahren im Jahr 2012 auf 46 Jahre im Jahr 2032 ausgegangen. Die Jahrgänge der Babyboomer rücken ins Rentenalter

vor. Während die Anzahl der Personen unter 65 Jahren um etwa sechs Prozent sinkt, nimmt die Zahl über 65-Jährigen um knapp 40 Prozent zu.

Zuwanderung konzentriert sich auf Süddeutschland

Beim Migrationshintergrund liegt Bayern derzeit im Bundesdurchschnitt. In den nächsten Jahren ist aufgrund der Zuwanderung aus dem Ausland, die sich auf den süddeutschen Raum kon-

zentriert, von einem Anstieg auszugehen: Vorausberechnet ist in Bayern eine Zunahme von knapp 20 Prozent im Jahr 2011 auf etwa 25 Prozent im Jahr 2024.

In Bayern gibt es erhebliche räumliche Unterschiede, entgegengesetzte demografische Entwicklungen liegen regional dicht nebeneinander. So nimmt die Bevölkerung in 30 der 96 Landkreise und kreisfreien Städte ab (ca. 31 Prozent), 30 der 96 Landkreise und kreisfreien Städte können von einer stabilen Bevölkerungszahl ausgehen (ca. 31 Prozent) und in 36 der 96 Landkreise und kreisfreien Städte nimmt die Bevölkerung zu (gut 37 Prozent).

Schrumpfende Regionen durch Wegzug junger Menschen

Schrumpfungsprozesse sind an vielen Orten auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen: Die Sterbezahlen steigen, die Geburtenzahlen sinken. Dies gilt auch für den am stärksten schrumpfenden Landkreis Wunsiedel, in dem voraussichtlich in den nächsten zwei Jahrzehnten einem leichten Wanderungsgewinn von +0,2 Prozent ein Geburtendefizit von -18,2 Prozent gegenüberstehen wird.

Für fünf Landkreise oder kreis-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayern zahlt weiter das Betreuungsgeld

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Betreuungsgeld hat CSU-Chef und Ministerpräsident Horst Seehofer klargestellt: Die CSU bleibt verlässlich an der Seite der Familien. Bayern wird die Familienleistung erhalten und sie in jedem Fall weiterhin ausbezahlen.

„Über 73 Prozent der bayerischen Eltern – gut 100.000 Familien – mit ein- und zweijährigen Kindern nehmen das Betreuungsgeld in Anspruch. Das zeigt, dass das Betreuungsgeld eine wichtige Leistung für Familien ist. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Familienleistung allein aus formalen Gründen als verfassungswidrig erklärt. Das heißt: Die Zuständigkeit wechselt, das Anliegen bleibt. Nun ist der Bund in der Pflicht, den Ländern die bisher für das Betreuungsgeld eingesetzten Mittel in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen“, so der Parteivorsitzende.

Bayern wird schnellstmöglich von der Länderkompetenz für das Betreuungsgeld Gebrauch machen und das Betreuungsgeld den Familien in Bayern weiterhin zahlen. „Die CSU lässt keine Familie im Stich“, so Seehofer.

Der Bund werde mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht aus seiner Verantwortung für Familien entlassen und solle deshalb die bisher für das Betreuungsgeld eingesetzten Mittel an die Länder übertragen. Das Geld stehe den Familien zu und dürfe nicht für andere Zwecke weggenommen werden.

Die CSU fordert alle anderen Bundesländer auf, dem bayerischen Beispiel zu folgen und die dort lebenden Familien zu unterstützen. In Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg beziehen nach Bayern die meisten Eltern das Betreuungsgeld.

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer:

„Das Bundesverfassungsgericht hat beim Betreuungsgeld nur die Zuständigkeiten umorganisiert. Inhaltlich bleibt es dabei: Das Betreuungsgeld ist die richtige Antwort auf die Familienherausforderungen unserer Zeit. Bayern wird Betreuungsgeld zahlen. Das Geld steht den Familien zu. Alle Länder müssen Farbe bekennen, ob sie ein Herz für die Familien haben. Das ist die Stunde der Wahrheit für die Ministerpräsidenten Kraft, Kretschmann und Dreyer. Wer Bayern nicht folgt, wird sich rechtfertigen müssen.“



Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Doris Rosenkranz, Innenminister Joachim Herrmann, Moderator Stefan Maier, Chams Erster Bürgermeisterin Karin Bucher, Regensburgs Oberbürgermeister Joachim Wolbergs und dem Oberbürgermeister von Hof, Dr. Harald Fichtner (v. l.).

Neuer Förderstützpunkt in Hof

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder haben den neuen Förderstützpunkt der LfA Förderbank Bayern für Oberfranken eröffnet. Mit dem Büro in Hof möchte die LfA vor allem Unternehmen in Hochfranken beraten und die Wirtschaft bei Investitionen unterstützen. Das Förderangebot umfasst zinsgünstige Kredite, Risikoübernahmen und Beteiligungskapital.

„Wir machen Wirtschaftspolitik für ganz Bayern. Mit dem neuen Förderstützpunkt der LfA in Hof setzen wir ein starkes wirtschaftspolitisches Signal für Oberfranken. Damit wir uns auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb behaupten können, müssen wir Investitionen und Neugründungen in ganz Bayern weiter ankurbeln. Es ist gut, dass die LfA mit dem neuen Förderstützpunkt in Hof ihr regional ausgerichtetes Beratungsangebot weiter ausbaut. So kann sie den Unternehmen in Hochfranken sowie in den angrenzenden

Landkreisen noch besser mit Rat und Tat zur Seite stehen“, sagte Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner.

Größte Regionalisierung

Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder betonte: „In diesem Jahr startet die größte Regionalisierung von staatlichen Behörden und Einrichtungen der letzten Jahrzehnte. Das ist ein wichtiges Signal für die Entwicklung des ganzen Landes. Alle Regierungsbezirke Bayerns profitieren von den Verlagerungen. Der Landkreis und die Stadt Hof erhalten insgesamt 64 neue Beschäftigte. Davon werden 10

Beschäftigte zukünftig für den neuen Förderstützpunkt der LfA tätig sein. Der LfA gebührt großes Lob, denn sie ist die erste staatliche Einrichtung im Rahmen der Behördenverlagerungen, die ihre Pforten öffnet!“

Fördereffekte ausbauen

„Wir freuen uns, ab sofort ein festes Standbein in Hochfranken zu haben. Wir kennen die Region und haben die örtliche Wirtschaft schon bisher über mobile Außenstellen beraten und finanziert. In den vergangenen drei Jahren haben wir in Oberfranken über 1.000 Firmen gefördert, die mit unserer Hilfe Investitionen in Höhe von 410 Mio. Euro verwirklicht haben. Diese Fördereffekte wollen wir weiter deutlich steigern, um Arbeitsplätze zu sichern, neue zu schaffen und so die Wirtschaft in der Region zu stärken“, sagte LfA Vorstandschef Dr. Otto Beierl.



Bei der Eröffnung des Förderstützpunktes in Hof: LfA Vorstandschef Dr. Otto Beierl, Leiter des Förderstützpunktes Rüdiger Laß, Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, Bayerns Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder und LfA Vorstandsmitglied Hans Peter Götter (v. l.).

Kommunale Spitzenverbände fordern:

Mehr Geld für die Volkshochschulen

Die vier kommunalen Spitzenverbände – Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindefrat, Bayerischer Landkreistag und Bayerischer Bezirkstag – und der Bayerische Volkshochschulverband e.V. (bvV) gaben am 27. Juli ihre gemeinsame Erklärung zur öffentlich verantworteten Erwachsenenbildung in der Historischen Ratsstube des Nürnberger Rathauses bekannt. Dr. Ulrich Maly, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, forderte die Landespolitik auf, nach 25 Jahren die Fördermittel für die Bildungsarbeit der Volkshochschulen in Bayern zu verdoppeln. „Die bayerischen Kommunen stehen zu ihren Volkshochschulen als kommunale Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die überparteilich und überkonfessionell als Ort der Bildung und Begegnung möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern aller sozialen Schichten offen stehen“, hob Maly hervor.

„Volkshochschulen haben als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge einen regional- und strukturpolitischen Entwicklungsauftrag. Mit einem differenzierten Angebot tragen die Volkshochschulen den unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessen der Bevölkerung in Bayern mit 180.000 Veranstaltungen jährlich Rechnung“, so die 2. Vorsitzende des bvV, Cornelia Wabra. Die Aufgaben der Volkshochschulen wachsen mit den drängenden Herausforderungen wie Integration, Demografie, Prävention, Grundbildung und Fachkräftemangel.

Rund 115.000 Zuwanderer sowie Flüchtlinge lernten im Jahr 2014 Deutsch an den bayerischen Volkshochschulen. Die deutsche Sprache ist die unabdingbare Voraussetzung für ihre Integration in

Schule, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft. 806.257 Teilnehmer nahmen an Präventionskursen teil. Die Bildungsarbeit mit Älteren ermöglicht eine Teilhabe an (Fortsetzung auf Seite 4)



Durch die derzeitige „Affenhitze“ motiviert, plädiert der Rathauschef für Siesta und Povernapping. Er empfiehlt seinen Mitarbeitern Ruhe- und Rückzugsmöglichkeiten, damit sie ihre geleerten Akkus wieder aufladen und mit frischer Energie umso besser ihre Serviceaufgaben im Dienste der Bürger erfüllen können. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Modellprojekte für bezahlbaren Wohnraum	Seite 2
Infrastruktur wird modernisiert	2
GZ-Kolumne Gabriele Bauer:	
Finanznot der Tierheime	3
Bürgerpreis des Bayerischen Landtags	3
Neues Konzept zur Cluster-Förderung	3
GZ-Fachthemen:	
Wasser · Abwasser	5 - 7
Kommunale Bau Themen	8 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Wohnungsmangel in Bayern:

Zwölf Modellprojekte für bezahlbaren Wohnraum

Bei Bekämpfung will Innenminister Herrmann Kooperation aller Beteiligten

Der Wohnungsmangel in Bayern bleibt weiter ein Schwerpunktthema der bayerischen Bau- und Wohnungspolitik. Vor allem in den Ballungsgebieten ist die Wohnungssituation schon länger sehr angespannt. Zur wirksamen Bekämpfung setzt Innen- und Bauminister Joachim Herrmann auf die verstärkte Schaffung von neuen Wohnungen sowie den Erhalt von bestehendem Wohnraum. Dabei sieht er auch die Kommunen in der Pflicht.

Eine erfolgreiche Bekämpfung des Wohnungsmangels sei nur in Kooperation des Freistaates mit der Wohnungswirtschaft möglich, erklärte Herrmann auf dem Bayerischen Immobilienkongress in München. Durch die seit Jahren umfangreichen Wohnraumfördermittel und die mit 3,5 % konstant niedrige Grunderwerbsteuer schaffe man optimale Rahmenbedingungen für Investoren. Der Bauminister will wieder auf 70.000 fertiggestellte Wohnungen im Jahr kommen. Zur Erreichung dieses Ziels müsse auch das notwendige Bauland zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang appellierte Herrmann erneut an die Kommunen, mehr Bauland auszuweisen.

Vier Strategien zur Unterstützung des Wohnungsbaus

Auf dem Bayerischen Wohnprojekttag Ende Juli wies Innen- und Baustaatssekretär Gerhard Eck ebenfalls auf die Wohnungsmangelproblematik und die damit verbundenen Bekämpfungsmaßnahmen des Freistaats hin. Allein 2010 bis 2014 seien 25.000 Wohnungen und Heimplätze mit ca. 1,1 Milliarden Euro staatlich gefördert worden. Für dieses und nächstes Jahr stünden nochmal 440 Millionen Euro zur Verfügung.

Als ersten Erfolg der Wohnungspolitik sieht Eck die Fertigstellung von mehr als 51.000 Wohnungen im vergangenen Jahr, was eine Steigerung von fast zehn Prozent gegenüber 2013 bedeutet. Dennoch benötige man ein noch größeres Angebot an bezahlbaren Wohnungen gerade in den Ballungsräumen.

Effizient bauen, leistbar wohnen

Hierfür verfolge die bayerische Staatsregierung vier Strategien: Die finanzielle Unterstützung des Wohnungsbaus, eine laufende Überprüfung geltender Regeln

und Standards, die Entlastung der Mieter (z. B. Mietpreisbremse) sowie die Förderung von Innovationen.

Neues Modellvorhaben

Abschließend verwies der Staatssekretär noch auf sein neues Modellvorhaben „effizient bauen, leistbar wohnen“, mit dem Wohnungsunternehmen mit Unterstützung des Bauministeriums innovative Ideen für bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Dabei stehen vor allem wirtschaftliche Lösungen mit hoher Wohnqualität im Mittelpunkt. Darüber hinaus fördere der Freistaat zwölf Modellprojekte für bezahlbaren Wohnungsbau in Bayern. Diese entstehen in München (2), Nürnberg (2), Fürth, Ingolstadt, Landshut, Würzburg, Aschaffenburg, Bamberg, Lindau und Neu-Ulm. **rm**

Bundesverkehrsminister Dobrindt:

„Infrastruktur wird modernisiert“

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hat ein Investitionspaket mit Baufreigaben für Bundesfernstraßenprojekte vorgelegt, die sofort gestartet werden können. Das Volumen für die Baufreigaben liegt bei 2,7 Milliarden Euro (1,5 Milliarden Euro für Lückenschlüsse, 700 Millionen Euro für dringende Neubauprojekte, 500 Millionen Euro für Modernisierung). Der größte Posten geht mit 621 Millionen Euro nach Bayern.

Dobrindt: „Mit diesem Investitionspaket starten wir eine Modernisierungsoffensive mit Projekten in ganz Deutschland. Das Investitionspaket enthält Neubauprojekte ebenso wie Erhaltungsmaßnahmen in ganz Deutschland. Das stärkt unser Wachstum, sichert Arbeitsplätze und sorgt für den Wohlstand von morgen.“

Die Liste der neuen Straßenbauprojekte ist der erste Baustein der Modernisierungsoffensive. Durch den Investitionshochlauf steigen die Investitionen in die Infrastruktur: Von rund 10,5 Milliarden Euro steigend auf rund 14 Milliarden Euro im Jahr 2018 – jährlich und dauerhaft. Gleichzeitig gilt bei allen Investitionsentscheidungen das Prinzip „Erhalt vor Neubau“. Die Gelder für Erhalt von Bundesfernstraßen steigen: von jährlich 2,5 Milliarden Euro in 2013 auf jährlich rund 3,9 Milliarden Euro in 2018.

Dobrindt: „Wir steigern die Investitionen in unsere Infrastruktur auf einen Rekordwert. Mit jährlich rund 14 Milliarden Euro übertreffen wir die Vorgaben von Expertenkommissionen, die den Bedarf ermittelt haben. Wir modernisieren damit das Fundament unseres Landes – und gehen den Nachholbedarf und Ausbau bei der Verkehrsinfrastruktur entschlossen an.“

Der Bundesverkehrsminister stockt sein Brückenmodernisierungsprogramm zudem nochmal deutlich auf. In den Jahren 2015 bis 2018 stehen rund 1,5 Milliarden Euro bereit. Alle Sanierungsmaßnahmen bei Brücken, die Baurecht erhalten, werden in das Brückenmodernisierungsprogramm aufgenommen und finanziert.

Dobrindt: „Die Infrastruktur ist das zentrale Nervensystem unseres Landes. Brücken sind dabei die sensibelsten Punkte. Deshalb stocke ich mein Brückenmodernisierungsprogramm mit den zusätzlichen Mitteln noch einmal auf: Jede Sanierungsmaßnahme einer Brücke, die Baurecht erhält, wird finanziert werden.“

Die Projektliste des Bundesverkehrsministeriums steht unter www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/Strasse/neue-generation.pdf__blob=publicationFile. **□**

Databund-Forum 2015:

Natürlich bürgerorientiert – aber wie?

Bürgerorientierung, Nutzerorientierung. Oder Kundenorientierung. Diese Begriffe tauchen in den letzten Monaten in nahezu jeder Keynote zum Thema „eGovernment“ oder „Digitale Agenda“ auf. Unter dem Titel „Damit der Staat den Menschen dient – Was wollen Bürger und Unternehmen von der Verwaltung?“ hat sich der DATABUND bereits im vergangenen Herbst mit dem Thema auseinandergesetzt – mit Expertenbeiträgen von Lena-Sophie Müller (Geschäftsführerin Initiative D21), Franz-Reinhard Habel (Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes), Prof. Dr. Jörn von Lucke (Zeppelin-Universität Friedrichshafen) oder Jens Fromm (Leiter des Kompetenzzentrums ÖFIT, Fraunhofer FO-KUS). Die Ergebnisse haben vor allem eines zu Tage gefördert: (Kommunales) eGovernment geht zum Teil meilenweit an den Alltagsführungen und an der Lebenswelt des Bürgers vorbei.

Vor diesem Hintergrund hat sich der DATABUND entschieden, sich auf dem diesjährigen DATABUND-Forum nochmals mit diesem Problemfeld zu beschäftigen – unter folgendem Titel: „Damit der Staat den Menschen dient II – Wie kann der Staat den Bürger erreichen?“

Im Mittelpunkt stehen Fragen wie etwa:

- Was heißt eigentlich Bürgerorientierung?
- Woher wissen Verwaltung und Legislative im Vorfeld politischer Entscheidungsprozesse, welche Bedürfnisse Bürgerinnen und Bürger haben?

• Welche Möglichkeiten haben öffentliche Verwaltungen und welche Kanäle nutzen sie, um mit ihren eGovernment-Angeboten den lebensweltlichen Interessenlagen von Bürgerinnen und Bürgern zu entsprechen?

• Wie vermeidet man zukünftig solche immensen „Leuchtturmprojekte“ wie digitale Signatur, De-Mail oder Elena?

„Darauf aufbauend“, so Ulrich Schlobinski, Vorstandsvorsitzender des DATABUND, „sollen bestehende Hemmnisse der Nutzung staatlicher und kommunaler Angebote identifiziert und Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Damit, wie Thomas De Maiziére 2013 sein Buch über Macht und Regieren überschrieb, der Staat den Menschen dient – und nicht neue Bürokratiemonster à la Bürgerkonto auf den Bürger los lässt.“

Mit diesem Spannungsfeld zwischen Politik und Bürger beschäftigt sich das diesjährige DATABUND-Forum am 17. und 18. September in den Räumen der Microsoft AG. Unter den Linden 16 in Berlin. Fachleute aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft referieren und diskutieren über bereits bestehende Erfahrungen, vor allem aber über mögliche andere Wege der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger bzw. Unternehmen – den Zielgruppen staatlichen Handelns. Mit dabei ist das Kompetenzzentrum ÖFIT, der Bundestagsabgeordnete Thomas Jarzombek oder Dr. Alfred Reichwein (KGSt). **□**

Rund 6,2 Millionen Haushalte in Bayern

Anteil der Einpersonenhaushalte lag im Jahr 2014 bei knapp 41 Prozent

Nach Ergebnissen des Mikrozensus 2014 gab es in Bayern rund 6,2 Millionen Privathaushalte. Während vor 20 Jahren durchschnittlich noch 2,27 Personen in einem Haushalt lebten, sank die mittlere Haushaltsgröße nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik im Jahr 2014 auf 2,05 Personen. Im langfristigen Trend zeichnet sich ein Rückgang der Mehrpersonenhaushalte mit drei oder mehr Personen ab, wohingegen vor allem Einpersonenhaushalte an Bedeutung gewannen. Fast 27 Prozent der Alleinlebenden waren 2014 jünger als 35 Jahre, knapp 40 Prozent hatten das 60. Lebensjahr bereits vollendet. In den bayerischen Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern lag der Anteil der Singlehaushalte mit gut 51 Prozent deutlich höher als beispielsweise in kleinen Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern (rund 31 Prozent).

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, gab es in Bayern im Jahr 2014 insgesamt rund 6,2 Millionen Privathaushalte. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, bedeutet dies gegenüber dem Jahr

1994 eine Steigerung um knapp 18 Prozent.

Besonders viele Singlehaushalte

Besonders hoch war die Zunahme bei der Zahl der Singlehaushalte. Sie erhöhte sich in den

vergangenen 20 Jahren um knapp 38 Prozent, während die Anzahl der Haushalte mit fünf oder mehr Personen um 29 Prozent sank. Im Ergebnis nahm die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,27 Personen im Jahr 1994 auf 2,05 Personen im Jahr 2014 ab.

Trend zu kleineren Haushalten

Diese Zahlen verdeutlichen den anhaltenden Trend zu kleineren Haushalten. Im Jahr 1970 bestanden nur ein Viertel aller Haushalte aus nur einer Person und es lebten durchschnittlich noch 2,83 Personen in einem Haushalt. Seitdem hat sich der Anteil der Singlehaushalte um 16 Prozentpunkte auf knapp 41 Prozent im Jahr 2014 erhöht.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, handelte es sich bei den Einpersonenhaushalten vor allem um Seniorinnen und Senioren sowie jüngere Personen. So stellten 2014 die 60-Jährigen oder Älteren mit knapp 40 Prozent die größte Gruppe der Alleinlebenden. Der jüngeren Generation der unter 35-Jährigen waren beinahe 27 Prozent der Singlehaushalte zuzurechnen.

Vor allem in bayerischen Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern fiel der Anteil der Einpersonenhaushalte hoch aus. Hier bestand mehr als jeder zweite Haushalt (gut 51 Prozent) aus nur einer Person. Im Vergleich dazu waren in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern Singlehaushalte mit einem Anteil von rund 31 Prozent weit weniger häufig vertreten. **□**

Startschuss für EU-Strategie für den Alpenraum

Die EU-Kommission hat den Startschuss für die EU-Strategie für den Alpenraum, die vierte makroregionale Strategie der EU, gegeben. Mehr als 70 Millionen Menschen können so in den Genuss der Vorteile einer engeren Zusammenarbeit zwischen Regionen und Ländern in den Bereichen Forschung und Innovation, Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen, Mobilität, Tourismus, Umweltschutz und Verwaltung der Energieressourcen kommen.

Die Strategie betrifft sieben Länder: fünf Mitgliedstaaten (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien und Slowenien) und zwei Drittstaaten (Liechtenstein und die Schweiz). Es werden alles in allem 48 Regionen abgedeckt.

Lange Tradition

Corina Crețu, EU-Kommissarin für Regionalpolitik, erklärte: „Die Zusammenarbeit in den Regionen des Alpenraums hat eine lange Tradition und diverse Netze und Zusammenschlüsse sind bereits vorhanden. Ziel der Strategie ist es, diese Solidarität weiter zu stärken. Es handelt sich um die vierte makroregionale Strategie in Europa; die Erfahrung zeigt, dass der Erfolg derartiger Strategien in hohem Maße von Engagement und Eigenverantwortlichkeit abhängt. Deshalb brauchen wir eine starke politische Führung und ak-

tive Beteiligung aller regionalen und nationalen Partner, um das Potenzial der Strategie der Europäischen Union für den Alpenraum optimal auszuschöpfen.“

Die Strategie konzentriert sich auf vier Schlüsselbereiche und soll die Entwicklung der folgenden Projektideen unterstützen:

1. Wirtschaftswachstum und Innovation: beispielsweise Entwicklung von Forschungsaktivitäten zu alpenbezogenen Produkten und Dienstleistungen.

2. Mobilität und Anbindung: Verbesserungen im Straßen- und Schienenverkehr und Ausweitung des Netzzugangs per Satellit in abgelegenen Gebieten.

3. Umwelt und Energie: Bündelung von Ressourcen zum Schutz der Umwelt und zur Förderung der Energieeffizienz im Alpenraum.

Der Rat der Europäischen Union wird die Strategie voraussichtlich dieses Jahr verabschieden. **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinrich Stenzel 94360 Mitterfels am 16.8.

Bürgermeister Winfried Bruder 63791 Karlstein am Main am 20.8.

Bürgermeister Martin Echter 86577 Sielenbach am 30.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ferdinand Brandl 94551 Hunding am 14.8.

Bürgermeisterin Rita Böhm 85125 Kinding am 18.8.

Bürgermeister Gottfried Mitterer 84556 Kastl am 30.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Bauer 92331 Parsberg am 3.9.

Bürgermeister Uwe Giebl 88145 Hergatz am 8.8.

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly 90403 Nürnberg am 8.8.

Bürgermeister Alois Scherer 92364 Deining/Opf. am 8.9.

Bürgermeister Georg Weigl 83104 Tutenhausen am 9.8.

Bürgermeisterin Erna Stegherr-Haußmann 86477 Adelsried am 10.8.

Bürgermeister Manfred Eibl 94157 Perlesreut am 13.8.

Bürgermeister Ekkehard Hojer 96148 Baunach am 24.8.

Bürgermeister Lorenz Müller 86830 Schwabmünchen am 26.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Geier 85410 Haag a. d. Amper am 11.8.

Bürgermeister Stefan Busch 95152 Selbitz am 19.8.

Bürgermeister Lorenz Fuchs 84175 Schalkham am 21.8.

Bürgermeister Richard Strauß 91608 Geslau am 27.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Schwarzenberger 82494 Krün am 8.8.

Bürgermeister Martin Birner 92431 Neunburg vorm Wald am 21.8.

Bürgermeister Stefan Förtsch 91349 Eglöfstein am 24.8.

Bürgermeisterin Nicole Schley 85570 Ottenhofen am 30.8.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Hofmann 93444 Bad Kötzing am 5.9.

Bürgermeister Andreas Brigl 85135 Titting am 8.9.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bürgerpreis des Bayerischen Landtags:

Gelebte Willkommenskultur

Zum 16. Mal würdigt der Bayerische Landtag mit dem Bürgerpreis 2015 das vorbildliche ehrenamtliche Engagement der bayerischen Bevölkerung. In diesem Jahr lautet das Leitthema: „Willkommen! Bürgerschaftliche Initiativen für Menschen auf der Flucht“. Aus einer rekordverdächtigen Zahl von 149 Bewerbungen hat die Jury unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Barbara Stamm nunmehr die Projekte für einen ersten, zwei zweite, zwei dritte sowie einen Sonderpreis ausgewählt. Zudem erfährt ein Projekt eine besondere Würdigung. Die Preisträger werden am 22. Oktober 2015 im Senatsaal feierlich geehrt. Der Bürgerpreis 2015 ist mit insgesamt 30.000 Euro dotiert.

Mit dem 1. Preis wird die Gemeinschaft Sant'Egidio e.V. Würzburg/Unterfranken ausgezeichnet, die praktische Lebenshilfe für Asylsuchende rund um das Thema Sprache und Schule bietet. Kerninhalt sind Deutsch-Sprachkurse für Asylbewerber. Darüber hinaus bereitet die Gemeinschaft Schülerinnen und Schüler auf Abschlussprüfungen vor, organisiert Begegnungsmöglichkeiten und unterstützt bei rechtlichen, gesundheitlichen, religiösen und sonstigen sozialen Angelegenheiten. Zudem helfen die ehrenamtlich Engagierten in der Gemeinschaft, Schriftsätze zu erstellen oder gehen als Dolmetscher mit zu Behörden. Ein wichtiger Schwerpunkt ist die Unterstützung von psychisch und schwer körperlich behinderten Flüchtlingen. Herausragend ist auch die Dauer und Nachhaltigkeit des Projekts: Bereits seit 1989 wird diese Unterstützung für Asylbewerber durch die Ehrenamtlichen der Gemeinschaft Sant'Egidio angeboten.

Unterstützung für Asylsuchende in allen Lebenslagen

Den 2. Preis erhält die Asylgruppe St. Rochus, Zirndorf/Mittelfranken. Seit über 20 Jahren unterstützt sie Asylsuchende in allen Lebenslagen mit ihrem Projekt unter der Überschrift „Heimat auf Zeit“. Gemeinsame Feste werden organisiert, Begegnungen im „Café International“ gefördert und auch Deutschkurse angeboten. Zweimal im Monat veranstalten die Ehrenamtlichen einen „Frauentreffpunkt“, der helfen soll, weibliche Asylsuchende untereinander besser bekannt zu machen, zu vernetzen und eine Gemeinschaft herzustellen. Neben Führungen in der zentralen Aufnahmeeinrichtung in Zirndorf

haben die Ehrenamtlichen von St. Rochus auch die Begleitung bei Behördengängen im Angebot.

Bibliothek im Asylbewerberheim

Mit einem weiteren 2. Preis wird die Asylotheek, Nürnberg/Mittelfranken gewürdigt. Als im Juli 2012 eine Asylbewerberunterkunft im Nürnberger Stadtteil Gostenhof eröffnet wurde, entstand die Idee, eine ehrenamtlich initiierte und betriebene Bibliothek im Asylbewerberheim Kohlenhofstraße auf Spendenbasis – ohne jegliche städtische oder staatliche Zuschüsse – zu errichten, eben eine „Asylotheek“. 36 aktive Ehrenamtliche und über 200 passive Unterstützer zwischen 16 und 78 Jahren unterstützen mittlerweile den ehrenamtlichen Aufbau, die Einrichtung und den Betrieb der Bibliothek für Asylsuchende. Darüber hinaus werden an fünf Tagen in der Woche Betreuungsprogramme mit Sprachkursen, Schreib- und Lesekursen, kommunikationsfördernden Maßnahmen, Hausaufgabenbetreuung, Malen und Basteln oder Sport angeboten.

Starthilfe für Flüchtlinge

Das Projekt „tun.starthilfe für Flüchtlinge im Landkreis Eichstätt“ (Landkreis Eichstätt/Oberbayern) wird mit dem 3. Preis ausgezeichnet. Dabei handelt es sich um eine von Studierenden ins Leben gerufene Initiative mit dem Ziel, Flüchtlingen im Landkreis Eichstätt Starthilfe zu bieten. Diese umfasst Sprachunterricht und individuelle Begleitung, Kooperation mit den Sozialarbeitern der Caritas, aber auch die Zusammenarbeit mit den Gemeinden des Landkreises und mit der Katholischen Universität Eichstätt/Ingolstadt.

Wirtschafts- und Technologieministerin Aigner:

Neues Konzept zur Cluster-Förderung

„Wir setzen auch in den nächsten Jahren auf dieses erfolgreiche Instrument der Wirtschaftspolitik“

Wirtschafts- und Technologieministerin Aigner hat im Kabinett über das neue Konzept zur Fortsetzung der Clusterförderung ab 2016 berichtet. „Unsere Cluster-Politik ist ein Erfolgsmodell! Unabhängige Experten aus Berlin haben uns bescheinigt, dass die geförderten bayerischen Cluster Wirtschaft und Wissenschaft erfolgreich miteinander vernetzen, Kooperationen anstoßen, Wert schöpfungspotenziale stärken und die Innovationsdynamik erhöhen.“

Deshalb folgt Aigner der Empfehlung der Evaluatoren, die Cluster-Offensive in einer dritten Förderperiode fortzusetzen. Dafür werden im Haushalt 17 Mio. Euro für die dritte Förderperiode 2016 bis 2019 bereitgestellt.

Die Cluster bleiben thematisch breit aufgestellt. „Wir werden uns zukünftig auf die technologie- und industrieorientierten Cluster fokussieren, weil sie auf die Bedürfnisse der bayerischen Wirtschaft ausgerichtet sind“, so Aigner. Auch die Schnittstellen zwischen Clustern bieten zahlreiche Innovationspotenziale, die in den kommenden Jahren noch systematisch erschlossen werden sollen.

Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft

Seit 2006 fördert die Bayerische Staatsregierung landesweit ausgerichtete Clusterorganisationen. Die Cluster decken die wichtigsten Branchen und Technologiefelder der bayerischen Wirtschaft ab. Sie bieten ein breites Informations- und Veranstaltungsangebot und stärken mit konkreten Kooperationsprojekten die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft. □

Ein weiterer 3. Preis geht an die Flüchtlingshilfe des Haus International e.V., Landshut/Niederbayern. Die rund 130 ehrenamtlich Engagierten des Vereins haben sich die Vernetzung der hauptamtlichen Asylsozialhilfe mit anderen Projekten der interkulturellen Arbeit und Akteuren der Zivilgesellschaft auf die Fahnen geschrieben. Zielgruppe sind Asylsuchende und Menschen mit Migrationshintergrund. Die ehrenamtlichen Angebote umfassen Alphabetisierung- und Deutschkurse, Hausaufgabenhilfe, Spielangebote, Patenschaften für Jugendliche, Familienbegleitung, Spielgruppen für Kinder und Schülercoachings durch Studenten der HAW Landshut und das „Café grenzenlos“.

Potenziale erkennen und Perspektiven schaffen

Den Sonderpreis erhält „homeless“-Schneiderprojekt innerhalb der Asylbewerbergruppe Netzwerk Asyl e.V. Wittslinchen/Schwaben. Für überwiegend aus Afghanistan kommende Frauen wurde eine Näh- und Schneiderwerkstätte in der Gemeinschaftsunterkunft eingerichtet. Die Vision lautet: Potenziale erkennen und Perspektiven schaffen. Das Schneiderprojekt soll helfen, das Selbstbewusstsein asylsuchender und vielfach traumatisierter Frauen zu stärken und den Einstieg in eine wirtschaftliche Lebensgrundlage zu ermöglichen.

Eine besondere Würdigung durch die Jury wird dem Projekt Bellevue di Monaco aus München für das ganzheitliche und

Gemeindetag, Bezirke und Landkreise zu den Folgen des Kommunalen Finanzausgleichs:

Umlagen senken!

Gemeinden und Städte in Bayern erwarten von den Bezirken und Landkreisen im Freistaat, dass sie nach den erfolgreichen Finanzausgleichsgesprächen nunmehr die Umlagesätze senken. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Bezirke und Landkreise haben bei den vor Kurzem erfolgreich abgeschlossenen Gesprächen über die Fortentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs und der daraus resultierenden steigenden Steuer- und Umlagekraft einen guten Schnitt gemacht. Beide kommunalen Ebenen, die sich in erster Linie finanziell über die Umlagezahler, die Gemeinden, Märkte und Städte, finanzieren, werden bei gleichbleibenden Umlagesätzen erhebliche Mehreinnahmen verzeichnen. Deshalb ist es ein Gebot der Fairness, wenn sie darauf reagieren und ihre Umlagesätze entsprechend senken. Es ist ein Akt kommunaler Solidarität, bei dieser Ausgangslage weniger Geld von den Gemeinden und Städten zu nehmen.“

Brandl wies darauf hin, dass die Bezirke neben der gestiegenen Umlagekraft auch eine Entlastung durch die Kostenübernahme des Freistaats für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge erhalten und die Landkreise von den oben genannten Effekten spürbar profitieren werden. Er regte darüber hinaus an, künftig bei der Ermittlung des Finanzbedarfs von Bezirken und Landkreisen nicht auf die bloße Prozentzahl der Umlagen abzustellen, sondern auf den tatsächlichen Aufwuchs und Entwicklung der Einnahmen zu achten. „Damit käme mehr Gerechtigkeit ins System“ so Brandl.

Landkreise betonen Gemeindefreundlichkeit

In seiner Replik betonte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter: „Die Kreisumlage hat subsidiären Charakter, d. h. die Landkreise belasten die Gemeinden über die Kreisumlage nur, soweit ihre Einnahmen aus Gebühren und Beiträgen, aber auch aus dem kommunalen Finanzausgleich zur Finanzierung ihrer Ausgaben nicht ausreichen.“ Die Ausgaben-

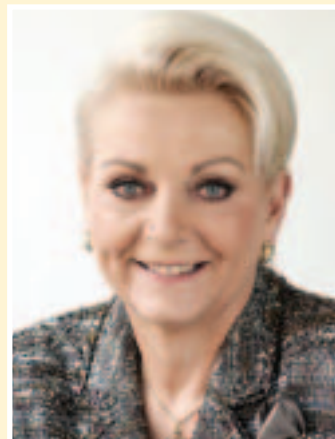
GZ Kolumne Gabriele Bauer

Liebe Leserinnen und Leser,

„Jedes zweite Tierheim vor der Pleite“ titelte die Süddeutsche Zeitung im März dieses Jahres. Was sich reißerisch anhört, ist im reichen Deutschland traurige Realität.

„Viele Heime seien längst viel zu klein, andere seien baulich völlig veraltet. Der Investitionsstau sei riesig, dabei könnten viele Einrichtungen kaum mehr ihre laufenden Kosten finanzieren. Der Tierschutz in Bayern funktioniere nur, weil Tierschutzvereine als ihre Betreiber und Ehrenamtliche an der Grenze zur Selbstausbeutung arbeiten“, konstatiert die SZ.

Fakt ist: Tierschutz kostet Geld. Geld, das viele



gement für ihr Tierheim einsetzen.

Trotz dieser Schwierigkeiten sind viele Tierschutzvereine mittlerweile professionell organisiert und schaffen es mit Hartnäckigkeit und vielen kreativen Ideen, sich finanziell über Wasser zu halten. In Extremsituationen mussten und konnten bisher aber auch immer wieder Einzelschlüssen gefunden werden, um das Fortbestehen eines Tierheims zu ermöglichen.

Kommunen brauchen Tierheime, vor allem beim Thema der Fundtiere, denn deren Annahme und Unterbringung ist eine kommunale Pflichtaufgabe der sich keine Gemeinde entziehen kann. Wenn in diesem Bereich Mittel fließen würden, könnte die Not vieler Tierheime gelindert werden – wenigstens teilweise. Gefragt sind deshalb einheitliche Standards, die verbindliche landesweite Vorgaben ermöglichen.

Ein Weg wäre zum Beispiel die Einführung einer Pro-Kopf-Pauschale für aufgefundene Tiere bayern- und deutschlandweit in allen Kommunen. Kommunen sind zwar rechtlich nicht verpflichtet, Tierheime über das Thema der Fundtiere hinaus zu unterstützen. Trotzdem bin ich der festen Überzeugung, dass wir auch eine moralische Verpflichtung haben, Tierschutz vor Ort gemeinsam mit allen Beteiligten am Leben zu halten. Denn ohne Tierheime geht es nicht.

Ihre Gabriele Bauer

Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim

Finanznot der Tierheime

Tierschutzvereine als Betreiber von Tierheimen nicht haben. Die prekäre finanzielle Lage vieler Tierschutzvereine zieht sich wie ein roter Faden auch durch Bayern. Stark schwankende und unregelmäßige Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Erbschaften lassen viele Tierheime oft nur am Rande der Insolvenz arbeiten. Eine inakzeptable Situation für die Menschen, die sich oftmals ehrenamtlich mit großem Engage-

ment besonders zukunftsgerichtete Konzept zuerkennen. Die gemeinnützige Sozialgenossenschaft ist ein breites Bündnis aus Flüchtlingsunterstützern und Juristen, Profis aus der Sozialarbeit, Kulturschaffenden und Politaktivisten. Die Genossenschaft soll der Träger des Willkommenszentrums Bellevue di Monaco sein. Aus Gebäudeteilen der ehemaligen

Müllerstraße 2-6 in München soll eine Begegnungsstätte für Menschen aus unterschiedlichen kulturellen und sozialen Milieus werden. Zudem soll in den Gebäuden auch Wohnraum für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge entstehen. Die Wohnungen werden von Trägern der Jugendhilfe angemietet und den Jugendlichen zur Verfügung gestellt. DK

Empfehlung zur Förderung von Partizipation

Unter dem Titel „Partizipation wagen. Förderung und Unterstützung von Partizipation in der Wohnungslosigkeit“ hat die BAG Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) einen Praxisleitfaden erstellt. Er beschreibt wesentliche Anforderungen an das Hilfesystem und zeigt die strukturellen Voraussetzungen auf. Dabei sei es notwendig, bestehende Vorbehalte gegenüber Partizipation und Selbstorganisation Betroffener innerhalb der Institutionen des Hilfesystems zu überwinden. In diesem Sinne bietet die Empfehlung Hilfen zur Unterstützung von Partizipation und zeigt auf, was in der Praxis getan werden muss und kann, und die Beteiligung von wohnungslosen Menschen zu fördern und deren Selbstorganisation zu ermöglichen.

Das Papier kann als pdf-Datei von der Homepage der BAG W (www.bagw.de) heruntergeladen werden. □

lagekraftzahlen 2016 Mitte Oktober den Kommunen bekannt gegeben werden. Darin enthalten ist die Anhebung der Nivellierungshebesätze auf einheitlich 310 % und die erstmalige Berücksichtigung von 10 % der Steuereinnahmen, die die Nivellierungshebesätze übersteigen. Bernreiter: „Die Entwicklung der Umlagekraft wird wie die Entwicklung der Ausgaben in die Berechnung der Kreisumlagesätze einfließen.“

Bezirke setzen auf Transparenz

Auch der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Oberbayerns Bezirkstagspräsident Josef Mederer ging auf die Forderungen aus der Münchner Dreschstraße ein. Beim FAG-Gespräch der kommunalen Spitzenverbände mit dem bayerischen Finanzminister Markus Söder sei Einigkeit über eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2016 erzielt worden. Dies bewirke auch eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage für die Umlagen von Bezirken und Landkreisen.

Die Bezirke errechnen die Umlagesätze bereits bisher entsprechend der Ausgaben- und Einnahmentwicklung. Ergeben sich Spielräume, werden diese auch an die Umlagezahler weitergegeben, wie der Rückgang der Umlagesätze in den vergangenen Jahren zeigt. Mederer verweist dabei auf die gute und stets vertrauensvolle Zusammenarbeit der verschiedenen kommunalen Ebenen in Bayern: „Die bayerischen Bezirke haben in der Diskussion mit den Umlagezahlern immer Transparenz walten lassen. Es ist seit Jahren gelebte Praxis, die Entwicklung der Ansätze in den

Haushalten mit den Städten und Landkreisen zu diskutieren“, versicherte er. Allerdings steigen die Kosten in der Sozialhilfe stetig an. Für 2016 werden 160 Millionen Euro an Mehrausgaben in diesem Bereich erwartet. Außerdem verteilt der Bund die im Vorgriff auf die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zunächst zur finanziellen Entlastung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfe gedachte „Vorab-Milliarde“ nun über eine Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und eine höhere Umsatzsteuerbeteiligung der Gemeinden direkt an die Umlagezahler und nicht an die Bezirke, die in Bayern die Eingliederungshilfe finanzieren.

Josef Mederer betont, dass die Bezirke auch künftig als verlässliche Partner der Umlagezahler auftreten wollen. „Trotzdem haben die Bezirke ihre wichtigen sozialen Aufgaben zu erfüllen. Kostensteigerungen können, wenn sich der Freistaat nicht über höhere Finanzausgleichsleistungen daran beteiligt, somit nur über die Umlagen finanziert werden.“ □

Megathema Demografie ...

(Fortsetzung von Seite 1)

freie Städte wird in den nächsten zwei Jahrzehnten ein natürliches Bevölkerungswachstum erwartet: die Großstädte München, Regensburg und Erlangen, die Landkreise Erding und Freising. Mit +7 Prozent fällt der Bevölkerungszuwachs durch mehr Geburten als Sterbefälle in München besonders hoch aus: Denn mit der Zuwanderung junger Menschen kommen potenzielle Eltern, die den Verdichtungsräumen Potenzial für hohe Geburtenzahlen sichern. Die Alterung der Bevölkerung trifft nicht alle Regionen gleich. Sie ist bei wachsenden Regionen abgemildert durch den Zuzug junger Menschen und verstärkt bei schrumpfenden Regionen durch den Wegzug junger Menschen.

Flächendeckender Anspruch fehlt

Mit Blick auf die Heimatstrategie der Staatsregierung beklagte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, in seiner Grundsatzrede das Fehlen eines flächendeckenden Anspruchs. Die Heimatstrategie beschäftigt sich allein mit den ländlichen Räumen und vernachlässigt die wichtige Versorgungs-, Identifikations- und Impulsfunktion der Vielzahl von Städten, Dörfern und Gemeinden in Verdichtungsräumen, die für eine riesige Zahl von Menschen Heimat sind, würden ganz außen vorge lassen, so Maly.

Heimat lässt sich nach seinen Worten nicht in Stadt und Land dividieren oder gar nur auf den ländlichen Raum beschränken. Heimat sei nicht nur das malerische Dorf oder das Eigenheim mit Garten. Heimat fänden Menschen in ganz Bayern, auch in der Stadt – egal, ob im chichen Stadtviertel, im Mietshaus oder in der Trabantenstadt.

Projektionsfläche für die Sehnsucht nach bleibenden Werten

Heimat sei dabei die Projektionsfläche für die Sehnsucht nach bleibenden Werten, nicht etwa der ländliche Raum. „Eine Regionalpolitik und Landesentwicklungspolitik, die Stadt und Land nach dem Motto ‚teilen und herrschen‘ versucht auseinander- oder gar gegeneinander aufzubringen, wird ihrer Aufgabe nicht gerecht“, hob Maly hervor.

Die Entwicklung Bayerns sei Stadt und Land, Verdichtung und landschaftliche Schönheit, Ackerbau und Industrie 4.0. Beides komme jeweils ohne den anderen nicht aus. Staatsziel bleiben gleichwertige Lebensverhältnisse.

Mehr Geld für die ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Gesellschaft, Kultur und Politik. Im Bereich Grundbildung verdoppelte sich die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die bayerischen Volkshochschulen bieten Schulabschlüsse, berufsbezogene Fremdsprachen, berufsbezogenes Deutsch und Qualifizierungsprojekte an, auch um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Standortfaktor

„Volkshochschulen sind ein Standortfaktor insbesondere auch für kleine Gemeinden. Schließlich hat Bayern in seiner Verfassung das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse verankert“, so Josef Mend, Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags. Bezirkspräsident Dr. Günther Denzler betonte die Bedeutung der kulturellen Bildung sowohl

Dazu gehört laut Maly:

1. Eine aktive Infrastrukturpolitik im Bereich Straße, Schiene, Breitband, ÖPNV, neue Mobilitätskonzepte.

2. Ein klarer Gestaltungs- und Planungsanspruch im LEP. Schon kleinere Veränderungen können hier langfristig furchtbare Folgen für das Weichbild der Landschaft haben. Die Landesentwicklungspolitik der 1970er und 80er Jahre hat den Anspruch des aktiven Gestaltens (z. B. Konzept zur Dezentralisierung von Fachhochschulen) und des mit nötiger Autorität versehenen Planens (hohe Hürden bei Handelsflächen auf der grünen Wiese) wunderbar zusammengebracht. Etwas mehr davon täte uns heute gut.

3. Die begonnene Behördenverlagerung – im Ansatz richtig, in der Wirkung eher homöopathisch – muss konsequent fortgeführt werden.

4. Ich erneuere meinen Vorschlag, jede bayerische Hochschule zu einer Institutsausgründung in eine Klein- oder Mittelstadt zu animieren. Universitätsstandorte sind politische Entscheidungen, solche Ausgründungen mögen etwas teurer sein, als wenn man alles im Stammhaus beliebe, aber sie haben eine spürbare sozioökonomische und auch kulturelle Wirkung.

5. Wir brauchen – gerade in den demografiegeplagten und damit auch oft finanzschwachen Städten – die Möglichkeit, FAG-Stabi-Geld (Stabilisierungshilfen) auch für Investitionen in die Urbanität einsetzen zu können.

6. Zentrale Orte nehmen überörtliche Funktionen bei der Versorgung wahr. In ihnen bündeln sich zentrale Einrichtungen, die das Umland mitversorgen. Die Bedeutung der Zentralen Orte ist aber nicht auf die Versorgungsfunktion beschränkt. Städte und Gemeinden, die zentralörtliche Aufgaben übernehmen, sind Motoren der Entwicklung einer ganzen Region. Die meisten Städte und Zentralen Orte befinden sich in den ländlichen Räumen. Sie sind Impulsgeber und Ankerpunkte. Sie versorgen das Umland nicht nur mit Waren und Dienstleistungen, sondern sie sorgen auch für Urbanität, sie prägen ein bestimmtes Lebensgefühl für eine Region. Sie stiften ihrem Umland Identität und geben Heimat.

7. Wir müssen neue Formen der Wertschöpfung mit Potenzialen für ganz Bayern besser nutzen. Ich denke hier z.B. an die schon erwähnten Möglichkeiten zur Wertschöpfung durch die Energiewende. Der Abbau vielgestaltiger und kleinstaatlicher Strukturen im Tourismus kann diesen Wirtschaftszweig als

flächendeckenden Wirtschaftsfaktor deutlich stärken.

Europäischer Fonds für strategische Investitionen

Den demografischen Wandel aus Sicht des Ausschusses der Regionen beleuchtete Generalsekretär Jiri Burianek, Brüssel. Er verwies auf den Einsatz des AdR, „dass vor allem auch der neue Europäische Fonds für strategische Investitionen auch für kleinere Projekte auf lokaler und regionaler Ebene eingesetzt werden kann“. Hier sieht er gute Möglichkeiten, „besonders im Bereich der Daseinsvorsorge vor allem auch verstärkt private Investitionen anzuschieben“.

Gern sei der AdR bereit, insbesondere bei der interregionalen und vor allem der grenzüberschreitenden Vernetzung aktive Hilfestellung zu leisten, fuhr Burianek fort. Derzeit werde der Versuch unternommen, die Europäischen Institutionen dafür zu sensibilisieren, die noch bestehenden Infrastrukturlücken im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu schließen. „und ich würde mich freuen, wenn sich auch die bayerischen Kommunen an diesem Prozess beteiligen“, so der Generalsekretär.

Interkommunale grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Mit dem Rechtsinstrument der Europäischen Vereinigung für Territoriale Zusammenarbeit EVTZ stehe seit einiger Zeit ein Rechtsinstrument zur Verfügung, um vor allem auch die interkommunale grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern. Auch hier könne der AdR Hilfestellungen leisten, stellte Burianek fest.

Wie der Generalsekretär betonte, werde der Europäische Ausschuss der Regionen im Rahmen der Zwischenbewertung der derzeit laufenden Förderperiode im Jahr 2016 und vor allem im Hinblick auf die Ausgestaltung der Kohäsionspolitik nach 2020 darauf achten, dass dem Thema Demografie ausreichend Aufmerksamkeit geschenkt wird. Vor diesem Hintergrund seien konkrete Beiträge der Kommunalpolitiker erwünscht, welche Strategien und Schwerpunkte bei der Reform der Kohäsionspolitik im Hinblick auf das Thema Demografie gewählt werden sollten.

Hofer sind Meister des Wandels

Bei einer abschließenden Podiumsdiskussion stellte Hof's Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner die Region Oberfranken als „Meister des Wandels“ dar, die einem rasanten Wandlungsprozess unterworfen sei. Die Stadt Hof beispielsweise habe mit einem massiven Bevölkerungsrückgang zu kämpfen. Bis 2030 soll die Einwohnerzahl aktuellen Prognosen zufolge um sieben Prozent abnehmen. Auf der Agenda stehe nicht nur der Erhalt wirtschaftlicher Kompetenzen, sondern auch das Beibehalten weicher Standortfaktoren wie Kultur Freizeit und Sport, erklärte Fichtner.

Anders die Situation in Regensburg: Nach den Worten von OB Joachim Wolbergs habe sich die Stadt sehr darum bemüht, Industriestandort zu bleiben – ein Grund, weshalb die Einwohnerzahlen dort kontinuierlich stiegen. Kehrseite der Medaille sei jedoch ein stark überlasteter Wohnungsmarkt. Wolbergs warnte davor, das Thema Demografie auf die Frage eines Verschleppbahnhofs zu reduzieren. Geld von wachsenden Städten in schrumpfende Städte zu investieren, könne dazu führen, die Strahlkraft boomender

Zentren, die letztlich auch dem Umland zugutkomme, zu beeinträchtigen.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Von dieser Strahlkraft nicht profitiert hat nach Ansicht von Bürgermeisterin Karin Bucher die Stadt Cham, die schlicht und ergreifend zu weit von Regensburg entfernt sei. Die Rathauschefin plädierte für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. An die Adresse der Staatsregierung gerichtet, äußerte sie den Wunsch, dass diese die Ansiedlung von Hochtechnologiezentren auch in der ländlichen Region unterstützen möge. „Dann bleiben auch die besten Köpfe bei uns“, meinte Bucher mit Blick auf den ihrer Ansicht nach deutlichen Mangel akademischer Arbeitsplätze auf dem Land.

Verkehrerschließung

Bayerns Kommunalminister Joachim Herrmann entgegnete, dass nicht jede Einrichtung an jedem Ort sein könne und letztlich die gute Erreichbarkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen und damit die Frage der Verkehrerschließung eine herausragende Rolle spiele. Derzeit würden im Freistaat Außenstandorte in ländlichen Regionen errichtet.

Herrmann zufolge muss das Augenmerk auf die Zukunftschancen und Perspektiven der jungen Generation gerichtet werden. Dazu zählten attraktive Arbeitsplätze sowie eine gute ärztliche und Bildungsvorsorge. Ohnehin sei der Fokus auf mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit zu richten, um die Geburtenrate zu erhöhen. Jungen Leuten sollte in der Phase der Familienplanung Mut gemacht werden, betonte der Minister und sprach sich für eine „praktizierte Willkommenskultur“ aus.

Chefsache Demografie

„Die Demografiefrage muss Chefsache sein“, hob Prof. Dr. Doris Rosenkranz (TH Nürnberg) hervor. Vor dem Hintergrund, dass sich die Lebensführung von Menschen im Laufe der Jahre geändert hat und mit Blick darauf, dass in 15 Jahren ein Drittel der Bevölkerung älter als 65 Jahre alt ist, prognostizierte Rosenkranz „gewaltige Herausforderungen“ für die Gesellschaft. Entsprechend plädierte die Wissenschaftlerin für ein Zusammenwirken von Wohlfahrtsverbänden, Familien und bürgerschaftlichen Initiativen. Es gelte, voneinander zu lernen und die „bereits vorhandene versammelte Expertise verstärkt zu bündeln“.

Resolution an die Bayerische Staatsregierung

Zum Ende der Jahrestagung verabschiedete die Vollversammlung der Bayerischen Städtetags eine Resolution mit folgenden Forderungen an die Bayerische Staatsregierung.

1. Die Staatsregierung darf Stadt und Land nicht als Gegensatz behandeln, sondern als gleichwertige Akteure zur Verwirklichung der Staatszielbestimmung.

Die Bayerische Staatsregierung hat sich in der jüngeren Vergangenheit der demografischen Entwicklung in Leitfäden, Strategien und Regierungserklärungen angenommen und dabei ein Bündel an Unterstützungsangeboten entwickelt. Sie legt den Schwerpunkt der Betrachtung auf die schrumpfenden Teilräume, während die Herausforderungen wachsender Städte und Gemeinden nur selten behandelt werden. Die einseitige Konzentration auf schrumpfende Regionen wird der bayerischen Entwicklung nicht gerecht und lässt Wechselwirkungen der sich unterschiedlich ent-

Moody's sieht Bayern stabil beim bestmöglichen Rating

Bayern bleibt finanzpolitische Nummer 1 in Deutschland. „Die Rating-Agenturen belohnen mit Top-Noten die solide bayerische Haushaltspolitik“. Mit diesen Worten kommentierte Dr. Markus Söder, Finanzminister, die Aktualisierung des Ratings der Agentur Moody's. Bei den beiden großen Ratingagenturen Moody's und Standard & Poor's hat der Freistaat damit weiterhin das Spitzenrating mit stabilem Ausblick.

Die Rating-Agentur Moody's begründet ihre Bewertung für Bayern insbesondere mit einem umsichtigen Haushaltsmanagement. Moody's lobt ausdrücklich den hohen Grad an Transparenz und Vorhersehbarkeit. Hervorgehoben wird neben der starken Wirtschaftskraft des Freistaats die Fähigkeit des Freistaats, kontinuierlich seine Schulden zu reduzieren. Der Schuldenstand sei signifikant niedriger als bei vergleichbaren Ländern. Im Zusammenhang mit der Ausgabenstruktur weist Moody's allerdings auch ausdrücklich auf die hohen Zahlungen in den Länderfinanzausgleich hin. Dennoch liege der Freistaat Bayern stabil am oberen Ende der Ratingskala.

Qualitätssiegel für Bayern

„Dieses Qualitätssiegel für Bayern beruht auf der erfolgrei-

wickelnden Teilräume unberücksichtigt.

2. Die Staatsregierung muss passgenaue Lösungen für die Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten der Entwicklungen beithalten.

Unterschiedliche Entwicklungen bedürfen unterschiedlicher Strategien. Die Heterogenität in Bayern ist als Chance zu begreifen. Vorhandene Stärken dürfen nicht geschwächt werden, Schwächen sind auszugleichen.

3. Die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels muss als kommunale Pflichtaufgabe anerkannt werden.

Die Staatszielbestimmung überlagert die kommunalrechtliche Differenzierung zwischen sogenannten freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben und erfordert im Einzelfall von den Aufsichtsbehörden eine dem örtlichen Bedarf entsprechende Bewertung.

4. Die Staatsregierung muss eine gezielte Struktur- und Regionalpolitik betreiben.

Finanzielle Unterstützung trägt dazu bei, schrumpfende Städte

und Gemeinden zu unterstützen, kann aber alleine eine nachhaltige Entwicklung nicht sichern. Demografieprobleme und strukturelle Härten lassen sich nur bedingt durch staatliche Finanzströme an die Kommunen lösen. Eine Umverteilung zwischen den Kommunen würde allenfalls zu einer Problemverlagerung führen.

Der Schuldenabbau wird in 2015/2016 mit weiteren 1,05 Milliarden Euro im allgemeinen Staatshaushalt fortgesetzt. Seit 2012 werden damit innerhalb von fünf Jahren insgesamt 3,6 Milliarden Euro alter Schulden zurückgezahlt. Die Investitionsquote 2015 liegt mit rund 12 Prozent an der Spitze der westdeutschen Flächenländer und die Zinslastquote ist mit 1,7 Prozent unter den westdeutschen Flächenländern ebenfalls einmalig. □

Gezielte Regional- und Strukturpolitik

Es bedarf einer gezielten Regional- und Strukturpolitik der Staatsregierung, damit in den strukturschwachen Gebieten neue Arbeitsplätze entstehen und vor allem junge Menschen eine Perspektive haben. Behördenverlagerung alleine genügt nicht. Die Staatsregierung muss stärker versuchen, Ankerpunkte für die Ansiedlung von Wirtschaft und Wissenschaft im Sinne der Dezentralität zu setzen. Daneben muss den Strukturproblemen in wachsenden Städten und Gemeinden stärker Rechnung getragen werden. **DK**

Familienministerin Müller zum „Familienpakt Bayern“:

Zukunftsthema Familie und Beruf gemeinsam verbessern

Eine positive Bilanz zog der Ministerrat nach einem Jahr Familienpakt Bayern. Diese Vereinbarung wurde am 22. Juli 2014 von der Bayerischen Staatsregierung, der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw), dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag e.V. (BIHK) und dem Bayerischen Handwerkstag e.V. (BHT) unterzeichnet. Bayerns Familienministerin Emilia Müller hob hervor, dass durch das hohe Engagement aller bayerischen Ressorts und die zügige Durchführung der Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Profil des Freistaates Bayern als familienfreundlicher Arbeitgeber weiter geschärft werden konnte.

„Alle bayerischen Ministerien sind angehalten, von den familienfreundlichen Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst in ihrem Bereich bestmöglich Gebrauch zu machen und bestehende Regelungen auf mögliche Verbesserungen zu prüfen. Durch den Familienpakt konnte das Thema Familienfreundlichkeit in der täglichen Arbeit aller Ressorts präsent und mit noch mehr Leben gefüllt werden.“

Gemeinsame Servicestelle aller Paktpartner

Auch die Wirtschaft hat sich mit dem Familienpakt zu noch mehr Familienfreundlichkeit bekannt. Wesentliches Element dazu ist eine gemeinsame Service-

stelle aller Paktpartner. Sie übernimmt die Lotsenfunktion und Erstberatung für Unternehmen bei der Umsetzung einer familienfreundlichen Personalpolitik und schafft ein Online-Informationssystem zum Familienpakt.

Weitere Schwerpunkte des Familienpakts sind die strukturelle Ergänzung des Kinderbetreuungsangebots und die Anpassung der Arbeitswelt an Familienbelange. Verbessert werden dabei die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung oder Pflege mit dem Beruf sowie ein Bewusstseinswandel für eine familienfreundliche Lebens- und Arbeitswelt. Das sind Markenzeichen einer modernen Familienpolitik“, so Familienministerin Emilia Müller abschließend. □

Reform des Düngerechts:

Trinkwasserschutz bleibt bisher auf der Strecke

VKU zum aktuellen Entwurf des Düngegesetzes und der Düngeverordnung

Die kommunale Wasserwirtschaft in Deutschland ist stark von steigenden Nitrat-Konzentrationen in den Rohwasserressourcen, die zur Trinkwassergewinnung genutzt werden, betroffen. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Hans-Joachim Reck, dazu: „Die Vorgabe der EU-Nitratrichtlinie und der EU-Grundwasserrichtlinie von maximal 50 Milligramm je Liter Nitrat im Grundwasser wird in immer mehr Rohwasservorkommen nicht mehr eingehalten. Immer mehr Wasserversorger befürchten, dass in ihrer Nähe bald nicht mehr genügend unbelastetes Grundwasser für die Trinkwassergewinnung zur Verfügung steht. Das hat auch schon das Umweltbundesamt (UBA) festgestellt.“

Ist das der Fall, müssten diese Wasserversorger das Nitrat technisch aus dem Grundwasser entfernen, neue Quellen erschließen oder Wasser von weit herholen, um es gegebenenfalls zu mischen. Das UBA prognostiziert, dass dies im Extremfall pro Kubikmeter Wasser (1.000 Liter) rund einen Euro mehr für die Verbraucher auf der Wasserrechnung bedeuten könnte. Ein Zwei-Personenhaushalt mit 80 Kubikmeter würde dann nicht wie bislang durchschnittlich 95 Euro pro Jahr, sondern eher 140 Euro zahlen.

Steigende Nitratkonzentrationen

Hauptursache für die steigenden Nitratkonzentrationen und die damit verbundene Beeinträchtigung der Qualität der Oberflächen- und Grundwasser ist die Art und Weise der Düngung in der Landwirtschaft. Das hat der Sachverständigenrat für

Umweltfragen zuletzt 2015 umfassend dargelegt. Auch hat die Europäische Kommission wegen der ungenügenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Schutz von Gewässern vor übermäßigen Nitratreinträgen ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eröffnet. Reck kritisiert: „Trotzdem hat das Bundeslandwirtschaftsministerium auch jetzt noch keinen befriedigenden Entwurf für eine Düngeverordnung vorgelegt, mit dessen Hilfe die Nitratüberschüsse aus der Landwirtschaft wirksam reduziert werden können. Der Entwurf wird damit seiner zentralen Funktion nicht gerecht.“

Für deutliche Nachbesserung

Die kommunale Wasserwirtschaft fordert daher im weiteren Verfahren eine deutliche Nachbesserung der Düngeverordnung. Insbesondere sind folgen-

de Regelungen unabdingbar: Es muss ab sofort eine umfassende Nährstoffbilanzierung über eine Hofortbilanz und deren verbindlich festgelegte Überwachung eingeführt werden.

Signalwirkung

Die bei der Länderöffnungsklausel vorgeschlagenen Maßnahmen müssen durch Vorgaben zur sub-

stanziellen Reduzierung der Nitratüberschüsse ergänzt werden. Auch müssen die Länder sehr viel früher tätig werden. Reck: „Bei den jetzt vorgesehenen Grenzen von 50 bzw. 40 Milligramm Nitrat je Liter ist es für eine wirksame Trendumkehr schon zu spät. Vielmehr geben diese hohen Werte im Verordnungsentwurf das Signal, sie in bisher noch nicht belasteten Gebieten durch eine unveränderte Düngepraxis weiter auszureizen. Mit vorsorgendem Gewässerschutz hat das nichts mehr zu tun.“

Weitere wesentliche Defizite des Verordnungsentwurfs bilden zum Beispiel die unzureichende Überwachung und Sanktionierung von Verstößen sowie die fehlende Reduzierung der Phosphatdüngung auf überversorgten Standorten. □

Zweiter Augsburger Wassertag

Welche Bereicherung das viele, in Bahnen gelenkte Wasser der Stadt Augsburg über Jahrhunderte für Bürger und Wirtschaft bedeutet hat – und immer noch bedeutet, zeigt die Tatsache, dass bis zum Jahr 2019 die Stadt Augsburg mit ihrer historischen Wasserwirtschaft UNESCO-Welterbe werden will.

Das neue Wasserrad am Schwallach ist ein Mosaikstein auf diesem Weg. Im Rahmen des zweiten Augsburger Wassertags wurde es bei einem Festakt mit Staatssekretär Johannes Hintersberger, Augsburgs Kulturreferent Thomas Weitzel und Stadtwerke-Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer eingeweiht, spricht in den Lechkanal gesetzt.

Schaurad im Lechviertel

Das Schaurad im Augsburger Lechviertel wurde als Nachfolger eines 1986 installierten, 2013 aus Sicherheitsgründen abgebauten maroden Pansterrads konstruiert. Als technisches Denkmal erinnert es daran, dass Wasserräder früher ein wesentlicher Bestandteil der Augsburger Wasserwirtschaft waren. An den Lechkanälen wurden sie auch zur Energiegewinnung für die Handwerks- und Industriebetriebe der Fuggerstadt eingesetzt.

Trotz vieler Spenden aus der Bevölkerung und von Augsburg-

ger Firmen sowie des Sponsorings am Bau beteiligter Handwerksfirmen wurde das vier Tonnen schwere Eichenholzrad vor allem durch die finanzielle Unterstützung der Stadtwerke Augsburg ermöglicht. Organisatorisch hatte sich insbesondere Götz Beck, Tourismusdirektor der Regio Augsburg Tourismus GmbH, um die neuerliche Installation eines Wasserrads am Schwallach bemüht.

Programmpunkte

Weitere Programmpunkte beim zweiten Augsburger Wassertag waren die Besichtigung der Wasserwerke am Roten Tor und am Hochablass, des Schwäbischen Handwerker-Museums im Unteren Brunnenmeisterhaus, des Lechmuseums Bayern in Langweid und des Klostermühlensmuseums in Thierhaupten. Auf dem Programm standen außerdem die Kläranlage in Augsburg sowie der Kastenturm und der St.-Jakobs-Wasserturm in der Jakobervorstadt. DK

Abwasserversorgung:

Kläranlage Rott ist bayerisches Vorzeigeprojekt

Bayern ist erfolgreich bei der Abwasserentsorgung. Das betonte Umweltministerin Ulrike Scharf bei der Einweihung der sanierten Kläranlage der Gemeinde Rott, Landkreis Landsberg am Lech.

„Bayern hat durch intensive Bemühungen bei der öffentlichen Abwasserentsorgung hohe Standards für eine herausragende Gewässerqualität gesetzt. Die sanierte Kläranlage in Rott ist Teil der bayerischen Erfolgsgeschichte. So hat das Vorzeigeprojekt bereits den Abwasser-Innovationspreis 2012 gewonnen“, erklärte Scharf. Die Gemeinde Rott hat die seit 1981 bestehende Teichkläranlage grundlegend umgebaut und saniert. Dabei wurden zwei neue Becken zur biologischen Reinigung sowie ein Ausweichbodenfilter gebaut. Die 2,5 Millionen Euro teure Maßnahme wurde mit 1,2 Millionen Euro vom Freistaat unterstützt.

Die öffentliche Abwasserentsorgung ist ein großes Erfolgskapitel bayerischer Umweltpolitik. Rund 97 Prozent der Bevölkerung in Bayern sind heute an kommunale Abwasseranlagen angeschlossen. Mit rund 8,8 Milliarden Euro hat der Freistaat die Kommunen bei der Errichtung von Abwasseranlagen in den vergangenen Jahrzehnten finanziell unterstützt. Drei Viertel der bayerischen Bäche und Flüsse sind in Bezug auf ihre organische Belastung in einem guten

oder sehr guten Zustand. Alle bayerischen Seen haben Bade-gewässerqualität. □

wat 2015 in Essen:

Führendes Branchentreffen der Wasserwirtschaft

Wasserwirtschaftliche Themen rücken immer häufiger ins Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit. Was kommt auf die Wasserversorgung angesichts neuer europäischer und nationaler Vorgaben und Entwicklungen zu? Welche Herausforderungen sind im Bereich des vorsorgenden Ressourcenschutzes zu meistern? Wie optimiert man das Management der technischen Infrastruktur? Wie geht man konsequent mit hygienischen Auffälligkeiten in der Trinkwasser-Installation um?

Neben weiteren Topthemen aus der Wasserbranche sind dies die Leitfragen der 69. Wasserfachlichen Aussprachetagung (wat 2015), die der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) gemeinsam ausrichten. Das wichtigste Branchentreffen der Wasserwirtschaft findet vom 26. bis 27. Oktober 2015 in Essen statt.

Die Kombination aus Kongress und begleitender Fachmesse zieht jährlich rund 800 Fach- und Führungskräfte an – aus Versorgungsunternehmen, Industrie, Forschung, Politik, Verwaltung und Kommunen. Namhafte Experten beziehen auch heuer Position und diskutieren Lösungsoptionen mit Fachleuten aus Versorgungsunternehmen und Herstellerindustrie sowie aus Verwaltung und Forschungsinstituten. An den beiden wat-Veranstaltungstagen präsentieren rund 200 Aussteller auf der gemeinsamen Wasser- und Gasfachmesse technologische Innovationen für eine sichere und zuverlässige Wasser- und Gasversorgung. DK

Präsentation in Brüssel:

„Profile of the German Water Sector 2015“

Die Herausgeber des Branchenbildes der deutschen Wasserwirtschaft – ATT, BDEW, DBVW, DVGW, DWA und VKU – stellen sich dem europäischen Dialog: Anlässlich der Präsentation des Branchenbildes „Profile of the German Water Sector 2015“ hatten Vertreter der deutschen Wasser- und Abwasserwirtschaft mit Unterstützung der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der EU, Mitglieder der Europäischen Kommission und Abgeordnete des Europäischen Parlaments zu einem Expertenforum in Brüssel geladen. Unter dem Titel „Quality, safety and sustainability of water services in the EU – a German perspective“ führten Politik und Wasserwirtschaft eine intensive Diskussion über die Zukunft der europäischen Wasserpolitik.

„Das Branchenbild ist die wichtigste Publikation der deutschen Wasserwirtschaft. Es ist nur konsequent, die Erfahrungen und Ergebnisse auch auf europäischer Ebene in den wasserpolitischen Dialog einzubringen“, erklärten die herausgebenden Verbände im Rahmen des Forums.

Die deutsche Wasserwirtschaft begrüßt das Engagement der Europäischen Kommission für einen langfristigen Schutz und eine nachhaltige Nutzung der europäischen Gewässer. „Dank hoher technischer Standards und dem konsequenten Einhalten der strengen gesetzlichen Vorgaben leisten Trinkwasser- und Abwasserentsorger in Deutschland nicht nur einen integralen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge, sondern tragen auch aktiv zu einem umfassenden Gewässerschutz bei“, betonten die Vertreter der beteiligten Verbände. Gleichzeitig könnten die Wasserressourcen jedoch nur gesichert

werden, wenn neben wasserrechtlichen Maßnahmen auch andere Politikfelder wie zum Beispiel die Agrarpolitik oder das Chemikalienrecht aktiv berücksichtigt würden: „Wir brauchen eine konsequente Abstimmung hinsichtlich wasserwirtschaftlicher Belange in allen relevanten Politikbereichen.“

Die Vertreter der europäischen Institutionen erklärten, die Mitgliedstaaten, die Wasserwirtschaft und die Entscheidungsträger auf europäischer Ebene stünden vor einer Reihe von Herausforderungen wie dem demographischen Wandel, den klimatischen Veränderungen oder den diffusen Stoffeinträgen. Diese können nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Akteure bewältigt werden. Als zentrale Handlungsfelder wurden die Reduktion von Schadstoffen an der Eintragsquelle und sowie die bessere Umsetzung der bestehenden Gesetzgebung genannt. □

Kanalsanierung:

Bleibende Daueraufgabe für Bayerns Kommunen

Studie belegt kurz- bis mittelfristig Sanierungsbedarf an 12.400 km öffentlichem Abwasserkanalnetz

Rund 1.600km öffentliche Abwasserkanäle werden bereits jährlich von den bayerischen Gemeinden und Städten saniert. Bei gut 12.400 km Kanälen besteht weiterhin kurz- bis mittelfristiger Sanierungsbedarf. Zu diesem Ergebnis kommt eine bayernweite Untersuchung der Technischen Universität München im Auftrag des Landesamtes für Umwelt (LfU), die Vertretern des Gemeinde- und Städtetages nun übergeben wurde.

„Durch eine rechtzeitige Kanalsanierung werden Grundwasser und Boden vor Verunreinigungen geschützt und das immense Anlagenvermögen der Bürger bleibt erhalten“, erläutert LfU-Präsident Claus Kumutat die Notwendigkeit von Sanierungsmaßnahmen.

Aktuell sorgen fast 100.000 km öffentliche Abwasserkanäle für einen sauberen Abtransport des Abwassers in Bayern. „In den vergangenen Jahren haben die Kommunen bereits viel erreicht“, so Kumutat mit Blick auf deren verstärkte Anstrengungen. Durch Alterung der Kanalnetze ist in den nächsten Jahren jedoch mit einem steigenden Sanierungsbedarf zu rechnen.

Das LfU rät daher, keine Zeit zu verlieren und zu einer systematischen Vorgehensweise auf der Grundlage von Kanalsanierungskonzepten überzugehen. Kumutat: „Sie haben nicht nur die technische Alternativen im Blick, solche Konzepte machen auch den notwendigen Sanierungsbedarf für die Gebührenzahler transparent und ermöglichen eine vorausschauende Mitteleinsatz.“

Für die Untersuchung der Technischen Universität München wurden Daten von 286 Kanalnetzbetreibern aus dem Jahr 2012 ausgewertet. Damit wurden mehr als ein Viertel der bayerischen Schmutz- und Mischwasserkanäle erfasst.

Fundierte und aktuelle Kenntnisse zum Zustand des Kanalnetzes sind unerlässlich für einen reibungslosen Betrieb. Daher sind Schmutz- und Mischwasserkanäle im eigenen Interesse der Netzbetreiber vor-schriftsmäßig alle zehn Jahre durch Kamerabefahrung oder Begehung eingehend zu inspizieren.

LfU-Empfehlung

An etwa 90 % der Kanäle des öffentlichen Abwassernetzes werden solche Untersuchungen bereits durchgeführt. Bei den restlichen Anlagen besteht weiterhin Untersuchungsbedarf. Bei privaten Entwässerungsanlagen ist teilweise mit deutlich höheren Schadensraten als im öffentlichen Netz zu rechnen. Daher empfiehlt das LfU Kommunen neben den eigenen Netzen auch die Untersuchung privater Abwasserkanäle zu veranlassen, wie es in den örtlichen Entwässerungssatzungen vorgesehen ist.

Für Gemeinden und Städte bietet das Landesamt für Umwelt einen Leitfaden zur Inspektion und Sanierung von Abwasserkanälen zum Download oder Versand an. Im Leitfaden sind Zusammenhänge verständlich und anschaulich erläutert sowie Empfehlungen für ein schrittweises Vorgehen dargestellt. □



Grabenlos gut!

DIRINGER & SCHEIDEL
ROHR SANIERUNG

Aschaffenburg | Dessau | Freiburg
Herne | Leipzig | Mannheim | München
Nürnberg | Oldenburg | Saar | Wetzlar
Frankreich | Italien | Luxemburg | Polen
www.dus-rohr.de

DStGB-Positionspapier:

Hochwasserschutz weiter ausbauen

Die Hochwasserereignisse der vergangenen Jahre haben vor Augen geführt, dass eine sinnvolle Hochwasservorsorge ausreichende Rückhalteräume voraussetzt. Die bislang verfügbar gemachten Flächen reichen nicht aus, um den Hochwasserspitzen wirksam begegnen zu können. Wie der Deutsche Städte- und Gemeindebund in einem Positionspapier darlegt, sind Bund und Länder daher aufgefordert, den Wasserrückhalt durch steuerbare Flutpolder sowie Deichrückverlegungen weiter zu verbessern.

Steuerbare Flutpolder, die anlassbezogen geöffnet werden können, um Hochwasserspitzen zu kappen, sollten nach Auffassung des DStGB vorrangig ausgebaut werden. Diese seien neben der Reaktivierung von Auen eine effektive Maßnahme. In diesem Zusammenhang müssten die Länder prüfen, inwieweit zukünftig auch leichter auf landwirtschaftliche Flächen als Retentionsflächen zurückgegriffen werden kann.

Neben dem weiteren Ausbau von Hochwasserrückhalteräumen wird eine konsequente Fortsetzung des technischen Hochwasserschutzes angestrebt. Die zurückliegenden Hochwasserereignisse hätten gezeigt, dass sich der Aufwand für technische Schutzmaßnahmen wie Notentlastungen, Spundwände oder auch mobile Hochwasserschutzmaßnahmen häufig auszahlt. „Je nach regionalen und örtlichen Rahmenbedingungen sind derartige Hochwasserschutzmaßnahmen – soweit noch nicht vorhanden – vorzusehen und im Rahmen einer koordinierten Hochwasservorsorge mit zu betrachten.“

Darüber hinaus müssten vorhandene Deiche fachgerecht unterhalten bzw. erneuert und – soweit nach den Hochwasserbedrohungsszenarien erforder-

lich – ausgebaut werden.

Das im Oktober 2014 von Bund und Ländern verabschiedete Nationale Hochwasserschutzprogramm muss laut DStGB nicht nur finanziert, sondern auch zügig umgesetzt werden. Angesichts der nach wie vor notwendigen Maßnahmen zum Wasserrückhalt in hochwassergefährdeten Bereichen sowie dem Ausbau von technischen Schutzmaßnahmen sei dies unabdingbar. Denn es gelte: Das nächste Hochwasser kommt bestimmt!

Aus kommunaler Sicht dürfe die Förderung von Hochwasserschutzmaßnahmen aber nicht auf halber Strecke stehen bleiben. Die Hälfte der regulierten Überflutungsschäden resultiere aus lokal begrenzten Extremwetterereignissen. Bund und Länder dürften daher ihre Förderung nicht nur auf Großprojekte wie Deichrückverlegungen und Flutpolder konzentrieren, sondern müssten auch die Folgen von Starkniederschlägen, die in Städten und Gemeinden verheerende Auswirkungen haben können, berücksichtigen.

Effektiver Schutz vor Hochwasser, das etwa durch Starkregen verursacht wird, könne nur erreicht werden, wenn auch Maßnahmen vor Ort wie die Schaffung von Regenrückhaltebecken

oder eine bessere Dimensionierung der Kanäle mit betrachtet und von Bund und Ländern langfristig finanziert gefördert werden.

Ein Blick in die Planungspraxis belegt, dass Verfahren zur Genehmigung und Errichtung von Maßnahmen des Hochwasserschutzes bzw. der Hochwasservorsorge kompliziert und zeitintensiv sind. Damit werde die Sicherstellung eines effektiven Hochwasserschutzes insbesondere in Städten und Gemeinden gefährdet. Planverfahren müssten daher beschleunigt werden, sofern es sich um Hochwasserschutzmaßnahmen von überörtlicher Bedeutung handelt.

Dieses könnte über die Befreiung von der Verpflichtung zur Ausweisung von Ausgleichsflächen, Fristverkürzungsmöglichkeiten im Bereich der Öffentlichkeitsbeteiligung oder die Verkürzung des gerichtlichen Instanzenzuges im Falle von Klagen gegen Hochwasserschutzmaßnahmen erreicht werden. Darüber hinaus erscheine es sinnvoll, das Küstenschutzprivileg auf Hochwasserschutzmaßnahmen auszuweiten und für Ertüchtigungsmaßnahmen von Deichen und Dammbauten unter Berücksichtigung des geltenden Technikstandards von Genehmigungsanforderungen abzuweichen.

Städte und Gemeinden könnten ihrerseits einen wichtigen Beitrag zur Hochwasservorsorge leisten. In der Praxis sei es Aufgabe der Kommunen, insbesondere durch Steuerung der Flächennutzung, der Infrastruktur- und der Siedlungsentwicklung Rückhalteräume für das Wasser zu vergrößern und damit auch das Schadenspotenzial zu vermindern. Darüber hinaus biete sich die Erarbeitung integrierter kommunaler Hochwasserschutzkonzepte in Abstimmung mit den Nachbarkommunen sowie den jeweiligen Ländern an, die eine Gewässerentwicklungsplanung, Katastrophenschutz-Einsatzpläne, Optimierung des technischen Hochwasserschutzes in den Kommunen sowie eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit einschließt.

Als ein wichtiger Baustein der kommunalen Hochwasservorsorge wird zudem die aktive Einbindung der Bürger erachtet. Es müsse ein „allgemeines Hochwasserbewusstsein“ geschaffen werden. Von zentraler Bedeutung sei in diesem Zusammenhang die Kommunikation mit der Bevölkerung. Notwendig sei eine Aufklärung über Hochwasserereignisse sowie über geeignete Prävention „vor Ort“. Hierbei sollte auch über Möglichkeiten von baulichen Maßnahmen an Gebäuden informiert werden. **Ei-**

ne aktive Zusammenarbeit von Kommunen, Feuer- und Wasserwehr, Landes- und Bundespolizei sowie THW und sonstigen Institutionen, die im Bereich der Hochwasservorsorge beratend tätig sind, sei sinnvoll.

Mit einer verstärkten Beratung sei auch eine stärkere Eigenvorsorge der Bürger verbunden, so der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Private Vorsorgemaßnahmen der Bürger sollten sich in hochwassergefährdeten Bereichen an der fachlichen Risikoabschätzung orientieren und insbesondere hochwassergepasstes Bauen sowie sonstige bauliche Vorkehrungen gegen Hochwasserschäden umfassen. Hierbei sollten die betroffenen Bürger durch eine staatliche Förderung in Form von Beratung oder auch zinsvergünstigten Darlehen o. ä. unterstützt werden.

In hochwassergefährdeten Bereichen obliege es schließlich den betroffenen Eigentümern, Versicherungsschutz gegen Elementarschäden zu erlangen. Dieses stellt sich laut DStGB in der Praxis schwierig dar. „Unter Einbeziehung der Versicherungswirtschaft ist es daher geboten, Rahmenbedingungen zu entwickeln, die einen Versicherungsschutz für betroffene Bürger zu vertretbaren Konditionen ermöglichen.“ In diesem Zusammenhang seien unterschiedliche fachliche Aspekte wie etwa eine sachgerechte Hochwasservorsorge, Baubeschränkungen oder die hochwassergepasste Gestaltung von bestehenden Gebäuden („Hochwasserpas für Gebäude“) zu berücksichtigen.

Die Beseitigung der Schäden des „Juni-Hochwassers 2013“ hätten einmal mehr gezeigt, dass es neben der finanziellen Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder auch auf eine praxisgerechte und zügige Abwicklung der Maßnahmen „vor Ort“ ankommt. „Es ist daher auch in Zukunft durch Länderrecht sicherzustellen, dass im Hochwasserfall der Ausnahmetatbestand einer ‚besonderen‘ oder ‚zwingenden‘ Dringlichkeit nach den einschlägigen Vorschriften des Vergaberechts (VOB/A und VOL/A) vorliegt, so dass im Falle der Beseitigung von Hochwasserschäden oder -gefahren vom Grundsatz der öffentlichen Ausschreibung bzw. des Offenen Verfahrens abgewichen werden kann“, heißt es in dem Positionspapier.

Die Länder werden in diesem Zusammenhang aufgefordert, bei entsprechenden Befreiungen die vorgesehenen Befreiungszeiträume nicht zu knapp zu bemessen. Die Praxis in den Städten und Gemeinden belege, dass die Beseitigung von Hochwasserschäden oder -gefahren regelmäßig erhebliche Zeit in Anspruch nimmt. Städten und Gemeinden dürften mithin keine vergaberechtlichen Hürden bei der Beseitigung von Hochwasserschäden aufgebaut werden. **DK**



Zwei mutige Männer probierten das neue Kneippbecken in Heiligenstadt aus.

Neuer Wasserlehrpfad in Heiligenstadt i. OFr.

LEADER-Projekt Wassererlebnis abgeschlossen

Einen weiteren Mosaikstein hat der Markt Heiligenstadt i. OFr. mit dem neuen Wasserlehrpfad am Heiligenstadter See und entlang der Leinleiter gesetzt. Der staatlich anerkannte Erholungsort im Leinleitertal hat mit dem Abschluss des „Wassererlebnisses“ nördlich von Heiligenstadt i. OFr. einen generationsübergreifenden Freizeitbereich und attraktive Naherholungsmöglichkeiten geschaffen.

Neben dem Heiligenstadter See, der gerade an den heißen Tagen sehr häufig zur Abkühlung genutzt wird, stehen den Besuchern 19 Informationstafeln mit umfangreichen Informationen zum Thema Wasser und seiner Bedeutung zur Verfügung. Die Tafeln vermitteln Informationen über das Leben in den natürlichen Gewässern, das Fischvorkommen in der Leinleiter, die Trinkwassergewinnung im Leinleitertal sowie die Reinigung der Abwässer. Erklärt werden auch die verschiedenen Baumarten an der Leinleiter und das Thema Gesundheit in Verbindung mit Wasser nach Sebastian Kneipp.

81.000 Euro Fördermittel

Bei der Eröffnung des Wasserlehrpfades ging Bürgermeister Helmut Krämer auf das Gesamtprojekt Heiligenstadter See und Wassererlebnispfad ein. In den Freizeitbereich nördlich von Heiligenstadt wurden durch die Anlegung des Heiligenstadter Sees und des Lehrpfades rund

192.000 Euro investiert. Die Fördermittel aus dem LEADER-Programm waren rund 81.000 Euro.

Gutes Schulanangebot

Bürgermeister Krämer betonte, dass die Projektziele mit dem neuen Lehrpfad und der Infrastruktur um den See erreicht worden sind. Der Ortseingang wurde zu einem Bereich entwickelt, in dem Umwelt- und Naturschutz, Wasser und Gesundheit erlebt werden kann. Der Wasserlehrpfad ist auch ein sehr gutes Angebot an die Schulen. „Die Diskussionen über Umweltschutz, Klimaveränderung und deren Folgen fordern uns dazu regelrecht heraus, darüber zu informieren“, so Krämer weiter.

In wenigen Tagen beginnt der Bau des neuen Radweges von Heiligenstadt i. OFr. nach Neumühle. Dieser Radweg wird auch an den Freizeitbereich angebunden. Damit wird eine weitere spürbare Verbesserung der Infrastruktur erzielt.

Effiziente Abwasserbeseitigung:

Kläranlage Trockau setzt Maßstäbe

Der Freistaat arbeitet gemeinsam mit den Kommunen an der Zukunft der Abwasserentsorgung. Hierauf wies Umweltministerin Ulrike Scharf bei der Einweihung der vollständig sanierten Kläranlage Trockau der Stadt Pegnitz (Landkreis Bayreuth) hin.

„Eine qualitativ hochwertige und permanent zur Verfügung stehende Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgung ist keine Selbstverständlichkeit. Die Kommunen haben hier mit Unterstützung des Freistaats viel geleistet. Nahezu die gesamte bayerische Bevölkerung ist an die öffentliche Wasserversorgung und 97 Prozent der Bürger an kommunale Kläranlagen angeschlossen. Mit entscheidenden Erfolgen: Drei Viertel unserer Bäche und Flüsse sind im Hinblick auf die organische Belastung in einem guten oder sehr guten Zustand und alle bayerischen Seen haben Badegewässerqualität“, so Ministerin Scharf.

In den vergangenen 60 Jahren wurden dafür von den Kommunen über 34 Milliarden Euro investiert, vom Freistaat zusätzlich noch einmal nahezu 9 Milliarden Euro. Rund 2.600 Kläranlagen reinigen bayernweit jährlich mehr als 1,5 Milliarden Kubikmeter Abwasser – das entspricht in etwa dem Volumen des Ammersees.

Die Kläranlage Trockau wurde im Rahmen eines innovativen

Ausbaukonzepts modernisiert und während des laufenden Betriebs beispielsweise mit zwei Behandlungsanlagen im Aufstaubetrieb erweitert. Zudem wird zukünftig der bei der Abwasserbehandlung entstehende Klärschlamm nicht mehr vor Ort behandelt, sondern in der Kläranlage in Pegnitz energetisch genutzt. Scharf: „Die Modernisierung der Anlage in Trockau ist ein wichtiger Schritt beim Umstieg auf eine effiziente, energiesparende Abwasserreinigung im Stadtgebiet. So bleiben die Betriebskosten weiterhin gering. Das kommt auch den Gebührenzahlern zu Gute.“ Insgesamt wurden für den Umbau 1,4 Millionen Euro investiert.

Das innovative Konzept zeigt außerdem Möglichkeiten für die enge Kooperation einzelner Kläranlagen im ländlichen Raum auf. Wegen dieses Modellcharakters bewarb sich die Stadt Pegnitz erfolgreich um den Abwasser-Innovationspreis 2012. Sie erhielt vom Freistaat eine Zusage über 450.000 Euro an Zuwendungen, die mit Abschluss des Vorhabens ausbezahlt wurden.

Warnung vor Fracking

Wasserversorger, Abwasserbetriebe, Wasserverbände, Heilbäder und Kurorte, Kur- und Badearzte sowie Wissenschaftler aus dem Heilbäderwesen appellieren erstmals gemeinsam an die Bundestagsabgeordneten, die Wasserressourcen wirksam vor Verunreinigungen durch Fracking zu schützen. Eine Erklärung der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW) und des Deutschen Heilbäderverbandes e.V. (DHV) wurde kürzlich an die zuständigen Abgeordneten versandt.

Die bisher vorgesehenen Schutzregelungen für die Anwendung der Fracking-Technologien, die derzeit im Bundestag beraten werden, reichen den beiden Verbänden nicht aus. Sie fordern größere Schutzgebiete, das Verbot des Einsatzes von wassergefährdenden Stoffen beim Fracking und strengere Vorgaben für die Entsorgung des Fracking-Abwassers.

Die öffentliche Wasserwirtschaft versorgt tagein und tagaus die Bevölkerung in Deutschland mit sauberem Trinkwasser, das überall in Deutschland bedenkenlos direkt vom Wasserhahn getrunken werden kann. Mit einer technisch hochentwickelten Abwasserentsorgung werden die noch vor zwei Jahrhunderten bekannten Seuchen wirksam unterbunden und die Umwelt von Nährstoffeinträgen aus dem häuslichen Abwasser verschont.

In Heilbädern und Kurorten werden im Heilwasser natürlich gelöste Mineralstoffe wie zum Beispiel Eisen, Jod, Fluor, Schwefel, Kohlensäure und Radon beim Baden, Trinken und Inhalieren genutzt, um mit natürlichen Therapien Krankheiten zu bekämpfen. Thermalwasser aus tiefen Erd- und Gesteinsschichten, Solequellen und Mineral- und Heilwasser sind neben Peiloiden und gesunder Luft, eine wichtige Behandlungsbasis in den Heilbädern und Kurorten, in denen jährlich Millionen Menschen eine Linderung von krankheitsbedingten Leiden finden.

Auf die Qualität des Trinkwassers und die Zusammensetzung der Stoffe in den Heilquellen wird peinlichst genau geachtet, damit die

Qualität immer garantiert werden kann. Was aber, wenn sich darin plötzlich Chemikalien oder Schadstoffe befänden, die da nicht hinein gehören und sogar die Gesundheit gefährden können?

In den Frackingverfahren werden zur Förderung von Erdgasvorkommen aus kleinen Poren in Untergrundschichten, z. B. aus Schiefer-, Mergel- oder Sandgestein, Chemiecocktails in unbekannter Zusammensetzung mit teils giftigen und sogar krebserregenden Stoffen eingesetzt. Auch Schwermetalle werden dabei zwangsläufig im Untergrund gelöst und mit an die Oberfläche befördert. Neben dem als Energiequelle heiß begehrten Erdgas fallen enorme Mengen an Rückfluss- und Produktionswässern an, für deren Entsorgung es noch keine zufriedenstellende Lösung gibt.

Die beiden Verbände, Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW) und der Deutsche Heilbäderverband e.V. (DHV), haben sich zusammengetan, um auf diese Problematik aufmerksam zu machen.

Sobald die Wasserressourcen gefährdet sind, entstehen Risiken für Menschen und Tiere und zudem werden Produktionszweige in Frage gestellt, die auf sauberes Wasser angewiesen sind“, erklärt Christa Hecht, AöW-Geschäftsführerin.

„Wenn für die Heilbäder und Kurorte die natürlichen Heilmittel gefährdet werden, stehen die Arbeitsplätze von rund 400.000 Beschäftigten, die direkt und indirekt in dieser Branche arbeiten, in Frage“, erklärt DHV-Geschäftsführer Rolf von Bloh. **□**

Radl-Zeitreise entlang der Isar

Die Isar: Grün glitzernd überquert sie bei Scharnitz in Tirol die Grenze und schlängelt sich von dort das bayerische Voralpenland hinunter. „Entlang der Isar“ lädt den Leser zu einer Isarfahrt der besonderen Art ein: Auf den historischen Spuren der Flößer geht es von der Quelle im Hinterautal über das Werdenfelser Land – das „Goldene Land“ –, am Tölzer Land vorbei, bis nach München-Thalkirchen.

Nach „Entlang der Loisach“ beleuchtet der zweite Reiseführer der Autorin Gabriele Rühth diesmal die traditionelle Welt der Isar-Flößer und erzählt die Geschichte des geschichtsträchtigen Flusses und der an ihr liegenden Orte. Neue Ausflugstipps sowie reichlich Bildmaterial zu den malerischen Ufern und landschaftlichen Juwelen der Isartäler bereichern die historischen Eindrücke und gestalten einen individuellen Reiseführer.

Gabriele Rühth lebt in der „Internationalen Flößerstadt Wolfratshausen“ und ist Vorsitzende des gemeinnützigen Vereins Flößerstraße e. V., für den sie das Buch ehrenamtlich erstellt hat. Ziel des Vereins ist die Erforschung, Bewahrung und kulturelle Pflege der Geschichte der Flößerei in Bayern.

Gabriele Rühth: Entlang der Isar. Von Scharnitz bis München-Thalkirchen – Ausflüge auf den Spuren der Flößer; Allitera Verlag, München, 144 S., Broschur, mit über 100 Abbildungen, 12,90 Euro, ISBN 978-3-86906-687-5. **□**

RAL-Gütezeichen Kanalbau wird 25

Die Mitglieder haben das Wort

2015 nehmen die Mitglieder des Vorstandes der Gütegemeinschaft Kanalbau zu Fragen rund um das Thema Gütesicherung Stellung. Sie berichten dabei über ihre Erfahrungen und geben Einblicke in ihre ganz persönlichen Sichtweisen. Dieses Mal: Dipl.-Ing. Michael Ilk, Stadt Ludwigsburg, Dezernat Bauen, Technik und Umwelt, Baubürgermeister.

Die baden-württembergische Stadt Ludwigsburg verfügt über rund 265 km Straßen und über 400 km Gehwege. Für den Betrieb der Kläranlagen und des Abwasserkanalnetzes in Ludwigsburg ist die Stadtentwässerung Ludwigsburg (SEL) verantwortlich. Das Kanalnetz umfasst 332 km, der Anschlussgrad der Haushalte liegt bei 99,98 %. Zu den abwassertechnischen Anlagen gehören 24 Regenüberlaufbecken und 32 Regenrückhaltebecken mit insgesamt 52.100 m³ Speichervolumen sowie 3 Kläranlagen. In den letzten 10 Jahren wurden rund 28 Mio. Euro in das Kanalnetz, die Sonderbauwerke und die Kläranlagen investiert.

Fragen und Antworten rund um die Gütesicherung

Herr Ilk, wann und wo haben Sie persönlich das RAL-Gütezeichen Kanalbau das erste Mal wahrgenommen?

Ilk: So leid es mir tut, das kann ich nicht mehr genau sagen. Das Gütezeichen war scheinbar einfach da, für mich irgendwann in den 90er Jahren, und es fühlte sich so an, als ob es schon immer dagewesen sei! Das lag ein Stück weit auch an Arnulf Gekeler, meinem Vorgänger im Vorstand: Er hat keine Gelegenheit ausgelassen, sich für die Ziele des Güteschutzes einzusetzen. Nachdem wir seinerzeit beide Kollegen im Tiefbauamt der Landeshauptstadt Stuttgart waren, hat sich dieses „Gen“ auf mich übertragen.

Wie haben Sie die Entwicklung des Gütezeichens Kanalbau in 25 Jahren wahrgenommen?

Ilk: Das Gütezeichen hat einen ständigen Bedeutungsaufschwung erlebt. In den großen Städten muss die technische Infrastruktur jederzeit einwandfrei funktionieren. Die Bürgerinnen und Bürger werden schneller ungeduldig, wenn eine Baumaßnahme länger dauert als unbedingt nötig und in Zeiten knapper öffentlicher Kassen muss mit den vorhandenen Finanzmitteln eine höchstmögliche Qualität erzielt werden. Grund genug, mithilfe des Gütezeichens ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis zu erzielen!

Was ist für Sie das Besondere an der Gütesicherung -Kanalbau?

Ilk: Das Besondere für mich als Vorstandsmitglied ist die Vernetzung und damit die Möglichkeit, jederzeit auf kurzem Weg Meinungen zu fachspezifischen Themen im gesamten Bundesgebiet einholen zu können. Die – im Grunde banale – Erkenntnis: Es gibt keine Aufgabenstellung, an der sich nicht auch andere schon versucht hätten. Vergleichbares gilt natürlich auch für „meine“ Stadtentwässerung Ludwigsburg, die über die Vernetzung von den Erfahrungen anderer profitiert und sich selbst auch gerne in den Erfahrungsaustausch einbringt.

Seit wann und warum engagieren Sie sich in der Gütegemeinschaft Kanalbau?

Ilk: Für die Ziele des Güteschutz Kanalbau habe ich mich bereits eingesetzt, bevor ich selbst als Mitglied des Vorstandes aktiv war. Arnulf Gekeler war als damaliger Kollege bei

der Landeshauptstadt Stuttgart für die Kanalplanung aktiv, während ich verantwortlich für die Ausführung war. Die positiven Effekte des Güteschutzes habe ich somit schon frühzeitig miterlebt, und damit war es eine logische Sache, dass ich mich im Frühjahr 2010 der Mitgliederversammlung zur Wahl gestellt habe. Ich bin froh, dass es geklappt hat!

Welche Berührungspunkte haben Sie in Ihrer täglichen Arbeit mit der Gütegemeinschaft Kanalbau?

Ilk: Die Idee der Gütegemeinschaft ist eine wichtige Grundlage bei der täglichen Arbeit: nicht umsonst messe ich dem Spruch „Qualität ist kein Zufall“ so viel Bedeutung zu. Qualität muss erarbeitet werden, und das dann erreichte Niveau muss auf Dauer gehalten werden. Das ist kein Zufallsprodukt, dafür braucht es Menschen, die die Ideen einer Gütegemeinschaft umsetzen wollen und die auch dazu in der Lage sind, andere Menschen dabei mitzunehmen.

Seit wann ist Ihre Organisation Mitglied in der Gütegemeinschaft?

Ilk: Nach vorheriger Tätigkeit in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart und anschließend im fränkischen Bamberg bin ich Ende des Jahres 2013 in Ludwigsburg zum Baubürgermeister gewählt worden. Und kurze Zeit später habe ich festgestellt, dass die Stadtentwässerung Ludwigsburg noch nicht Mitglied in der Gütegemeinschaft war. Das hat sich geändert: Mitgliedsnummer 6840, Mitgliedsgruppe 2, seit 2014.

Inwieweit nutzt Ihre Organisation/Ihr Unternehmen die Gütesicherung Kanalbau bzw. profitiert von ihr?

Ilk: Das Weitergeben von eigenen Erfahrungen und das Einsammeln von Erfahrungen Anderer: das macht den Mehrwert des Güteschutzes aus und lässt alle Beteiligten davon profitieren. Die Möglichkeiten zur umfassenden Information, Lust auf Weiterbildung und das Verlangen der Beteiligten danach,

sich kontinuierlich verbessern zu wollen – auch das sind Gründe dafür, warum es mir und der Stadtentwässerung Ludwigsburg Freude macht, sich hier zu engagieren.

Was bedeutet Gütesicherung Kanalbau für Sie bzw. was verbinden Sie mit dem Gütezeichen Kanalbau?

Ilk: Das Thema der Nachhaltigkeit wird in Ludwigsburg in besonderem Maße gelebt: die Stadt wurde im Jahr 2014 wegen ihrer Aktivitäten mit dem Preis zur „nachhaltigsten Stadt mittlerer Größe in Deutschland“ ausgezeichnet. Dazu gehören neben innovativen Ansätzen zur nachhaltigen Mobilität, einer generationengerechten Haushaltsführung und vielen weiteren Aspekten auch die Gütesicherung Kanalbau: sie ist ein wichtiger Baustein im Gesamtgefüge einer gut aufgestellten Stadt.

Welche wesentlichen Ziele sehen Sie für die Gütesicherung Kanalbau, und welche Entwicklung ist Ihnen wichtig?

Ilk: Eine ganz besondere Ziel des Güteschutzes besteht für mich darin, dass Auftraggeber und Auftragnehmer weiterhin Verständnis für die Situation des jeweils Anderen entwickeln können und sich als Partner begreifen lernen, die eine Bauaufgabe gemeinsam zu meistern haben. Nur so kann dem leider noch oft anzutreffenden Gedankengut vom „grundsätzlich zahlungsunwilligen Auftraggeber“ und dem „grundsätzlich nachlässig arbeitenden Auftragnehmer“ erfolgreich entgegen gewirkt werden. Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen!

Welche Rolle spielt die Gütesicherung Kanalbau in Bezug auf Umwelt und Gebührenhöhe?

Ilk: Ludwigsburg nimmt die Auszeichnung zur „nachhaltigsten Stadt Deutschlands mittlerer Größe“ sehr ernst. Die Frage, wie die Stadt in 20, 30 oder gar 40 Jahren aussehen soll, damit sich die Menschen bei der sich abzeichnenden demographischen Entwicklung noch aufgehoben fühlen, nimmt großen Raum ein. Dazu gehören neben vielen anderen Aspekten wie z.B. vitale Stadtteile mit lokalen Einkaufsmöglichkeiten oder dem Wunsch nach einer intakten Umwelt mit vielen Grün-

flächen auch reibungslos funktionierende Infrastruktureinrichtungen. Die Menschen machen sich hier Sorgen, ob sie sich auch im Alter mit ihrer Rente Gebühren und Nebenkosten noch leisten können.

Die Gütesicherung spielt hier eine wichtige Rolle: ein Höchstmaß an Qualität erzielen und das bei möglichst geringen Kosten – erreicht durch ein Miteinander des Auftraggebers und des Auftragnehmers, die ihre Zeit für das Projekt einsetzen und nicht zur Vorbereitung von Gerichtsterminen. Es profitiert der Bürger, für den die Maßnahme durchgeführt wird: das ist doch eine klassische Win-Win-Situation!

Herr Ilk, vielen Dank für das Interview. □



Die vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragten Prüfungingenieure führen derzeit etwa 4.000 Baustellenbesuche pro Jahr durch. Bei diesen unangemeldeten Baustellenbesuchen begutachten sie die Qualifikation und Zuverlässigkeit der Fachfirmen.

Foto: Güteschutz Kanalbau

Nürnberger Kolloquien zur Trinkwasserversorgung

Rehabilitation von Trinkwassernetzen im Mittelpunkt

Wasser ist nach wie vor weltweit einer der wichtigsten Rohstoffe unserer Gesellschaft. Wasserversorger stehen heutzutage vor der Herausforderung, ihre Netze mit möglichst geringem Kostenaufwand in Stand zu halten. Um über die Bedeutung der Trinkwasserversorgung und gängige Instandhaltungsverfahren zu informieren, veranstaltet die Verbund Ingenieur Qualifizierung gGmbH am 7. Oktober 2015 die Nürnberger Kolloquien zur Trinkwasserversorgung. Die Kolloquien finden zum ersten Mal statt und stellen die Rehabilitation von Trinkwassernetzen in den Fokus.

Experten schildern ihre Erfahrungen mit dem Thema Wasserversorgung und Rohrleitungssanierung. Eine allgemeine Einführung gibt Dr. Mirjam Bergold vom WFW Zweckverband Wasserversorgung Fränkischer Wirtschaftsraum: Sie beschreibt die Veränderungen bei Wassergewinnung und -verbrauch im Laufe der vergangenen 40 Jahre.

Themenpalette

„Investitionsentscheidungen zur Erhaltung des Trinkwassernetzes müssen heute nicht nur wirtschaftlich darstellbar sein, sondern sich auch in Jahrzehnten noch als sinnvoll erweisen“, erklärt Dr. Bergold. In weiteren Vorträgen werden unter anderem die Zustandsbewertung von Leitungen, das Vorgehen bei einer Investitionsanalyse und die Rohrstatik thematisiert.

Sanierung im Trinkwasserbereich

Jochen Bärreis, selbständiger Sachverständiger für Rohrleitungssanierung und Mitbegründer der Nürnberger Kolloquien zur Trinkwasserversorgung, stellt vor Ort selbst die gängigen Rohrreparaturverfahren vor. Er betont, wie

von theoretischem Wissen und Best Practice-Fällen“. Winfried Klinger von den Stadtwerken Schwabach stellt deshalb die Rehabilitationsstrategie vor, mit der nicht nur die Betriebsstätten in Schwabach reduziert, sondern auch die Versorgungssicherheit erhöht wurde.

Abgerundet werden die Nürnberger Kolloquien durch eine Abschlussdiskussion sowie eine begleitende Ausstellung. Durch den Wechsel zwischen Vortrag, Diskussion und Einzelgespräch gelingt ein interdisziplinärer Austausch innerhalb der Branche. □

7. Seminar Wasserversorgung an der UniBw München

Die Wasserversorgung in Deutschland ist vorbildlich und zeichnet sich durch ein hochgradiges Maß an Qualität und Zuverlässigkeit aus. Um aber das erreichte Niveau zu halten, bzw. zu steigern, müssen sich die Wasserversorgungsunternehmen stets auf dem aktuellen Stand der Technik halten. Bestens eignet sich dafür das 7. Seminar Wasserversorgung der Universität der Bundeswehr München.

Dort finden am 17. September 2015 im Audimax interessante Vorträge zum Thema Wasserversorgung mit den Schwerpunkten Politik, Wirtschaftlichkeit und Anlagentechnik statt. Beispielsweise sind die Vorträge „Aktuelles zu Wasserversorgung und Trinkwasser in Bayern“ und „Bestimmung des Uferfiltrat Anteils im Rohwasser von Wassergewinnungsanlagen“. Des Weiteren lohnt sich ein Gang durch die Fachausstellung.

Prof. Dr.-Ing. F. Wolfgang Günther (DWA, BWU) moderiert die Vorträge und führt die Teilnehmer durch den Tag. Zahlreiche Diskussionsrunden und Kaffeepausen bieten eine ideale Grundlage für interessante Gespräche mit den Referenten und anderen Teilnehmern und Fachleuten.

Näheres unter: <http://www.unibw.de/ifw/Institut/Veranstaltungen> □



Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region



* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Weiter angespannte Lage auf Bayerns Wohnimmobilien-Markt

Niedrige Zinsen gleichen aber oft die Preissteigerungen aus

Die Lage ist und bleibt sehr angespannt. Dies ist das Fazit, das die bayerischen Sparkassen, die Bayerische Landesbausparkasse (LBS) und die Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH (Sparkassen-Immo) auf ihrer gemeinsamen Pressekonferenz zur Lage auf dem Wohnimmobilienmarkt im Freistaat gezogen haben. Im bayernweiten Durchschnitt werden die Preise, so Paul Fraunholz, Geschäftsführer der Sparkassen-Immo, weiter steigen, aber vermutlich nicht mehr ganz so stark wie in den vergangenen Jahren.

Um aber dem großen Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bei Wohnimmobilien entgegenzuwirken, ist nach Ansicht von Franz Wirmhler, Vorstandsvorsitzender der Landesbausparkasse, deutlich mehr Neubau von Wohnraum erforderlich. Denn derzeit kann nach Darstellung von Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, der Immobilienmarkt die große und anhaltende Nachfrage nicht befriedigen.

Alle drei Experten zeigten sich mit der Wohnungspolitik in der Bundesrepublik sehr unzufrieden. Zugleich stellten sie aber fest, dass derzeit die Rahmenbedingungen für den Immobilienerwerb so günstig seien wie noch nie. Die niedrigen Zinsen gleichen oft deutliche Preissteigerungen mehr als aus. Durchschnittsverdiener könnten sich nach wie vor an den meisten Standorten Wohneigentum leisten. Und Käufer führen langfristig meist besser als Mieter. Allerdings seien in München und in einigen Lagen im Münchner Umland die Preise für diese Käufergruppe inzwischen nicht mehr finanzierbar.

Für viele Menschen ist nach LBS-Beobachtung ein Eigenheim ein großes Lebensziel, zumal Wohneigentum zu den besten Bausteinen der Altersvorsorge zählt. Um die Nachfrage einigermaßen befriedigen zu können, müssten nach Darstellung des bayerischen Innen- und Bauminister Joachim Herrmann jährlich etwa 70.000 Wohneinheiten errichtet werden. Doch obwohl es bei der Bautätigkeit seit dem Tiefpunkt im Jahre 2009 einen Aufschwung gegeben hat, wurden 2014 im Freistaat nur etwas über 46.100 Wohneinheiten fertiggestellt.

Die große Nachfrage nach Wohnimmobilien hat verschiedene Ursachen. Da ist die gute wirtschaftliche Lage in Bayern mit geringer Arbeitslosigkeit und einer guten Einkommenssituation. Hinzu kommt die große Zuwanderung in den Freistaat. Allein 2014 sind etwa 113.000 Menschen aus dem Ausland nach Bayern gekommen. Das ist der höchste Wert aller Bundesländer. Dabei geht die stärkste Anziehungskraft von den Ballungsräumen aus, in denen es zwar

die meisten Arbeitsplätze gibt, aber der Wohnraum auch am knappsten ist. Dieser Effekt wird durch den Trend verstärkt, dass deutlich mehr jungen Menschen zwischen 20 und 35 Jahren in Städte ziehen. Während 2000 erst 5 % der jungen Erwachsenen in solchen „Schwarmstädten“ wie München, Bayreuth, Erlangen, Würzburg oder Regensburg wohnten, waren es 2011 bereits 25 %.

Wohnflächenbedarf

Ein weiterer Grund für den Wohnraummangel ist der Wohnflächenbedarf pro Kopf. 1993 standen jedem Menschen in Bayern durchschnittlich 38,1 qm Wohnfläche zur Verfügung. 2013 waren es bereits 47,6 qm, also 25 % mehr. Zu diesem Trend kommt die zunehmende Singularisierung der Haushalte. 1993 gab es im Durchschnitt pro Haushalt noch 2,4 Bewohner, mittlerweile aber sind es nur noch 2,0. Gleichzeitig sind die Häuser und Wohnungen deutlich größer geworden. 1993 gebaut Objekte waren im Durchschnitt 91 qm groß. 20 Jahre später sind es schon 112 qm, also etwa ein Viertel mehr. Außerdem sind die Ansprüche an die Ausstattung gewachsen.

Doch es mangelt nicht nur an Neubauten, bei den bestehenden Wohngebäuden hat sich auch ein erheblicher Investitionsbedarf aufgestaut. Die Modernisierungs- und Sanierungsquoten sind viel zu gering. Wirmhler: „Es geht zu langsam voran.“ Dadurch könne auch die Energiewende ohne die immensen Einsparpotenziale, die in der Gebäudesanierung liegen, nicht gelingen. Denn für Heizen und Warmwasser im Gebäudebestand wird etwa ein Drittel des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland aufgewendet.

Nach Meinung der Bausparkasse gäbe es also genügend Ansatzpunkte für eine investive Wohnungspolitik, doch die Bundesregierung konzentrierte sich auf regulatorische Eingriffe in den Mietwohnungsmarkt wie zum Beispiel die Mietpreisbremse. Substanzielle Impulse für mehr neue Wohnungen oder die nachhaltige Optimierung des Wohnungsbestandes

fänden sich kaum. Eine steuerliche Förderung des Wohnungsbaus finde bislang nicht statt. Und an der Notwendigkeit der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung zweifelte im Prinzip niemand, doch fänden Bundesregierung und Bundesländer keine gemeinsame Lösung, weil die Steuervorteile im Bundeshaushalt gegenfinanziert werden sollen. Dazu Wirmhler: „Wir halten eine solche Gegenfinanzierung – wie auch die bayerische Staatsregierung – gar nicht für erforderlich, weil sich die steuerlichen Impulse durch ihre konjunkturellen Effekte selbst finanzieren würden. Somit bleibt die angestrebte Verdoppelung der Sanierungsquote auf wenigsten 2 % des Bestandes im Jahr ein frommer Wunsch.“

Vor diesem Hintergrund sind die Preise für Wohnimmobilien in Bayern 2014 erneut gestiegen. Die von der Sparkassen-Finanzgruppe vermittelten gebrauchten Häuser verteuerten sich im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 7 % auf 237.000 Euro, gebrauchte Wohnungen im Schnitt um 8 % auf 140.000 Euro. Für neu gebaute Häuser waren bayernweit durchschnittlich 450.000 Euro zu zahlen, 10 % mehr als ein Jahr zuvor, für neu gebaute Eigentumswohnungen 223.000 Euro. Die Steigerung bei Eigentumswohnungen war relativ gering, weil vorwiegend kleine Einheiten (Studenten- und Pflegeappartements) gebaut wurden.

Regional differierende Preise

Doch diese Durchschnittspreise vermitteln nur ein sehr vages Bild, denn die Preise differieren regional sehr stark. Neu gebaut wird vor allem in den wirtschaftlich starken Regionen mit hohen Grundstückspreisen. Auch die gesetzlichen Anforderungen an die Energieeffizienz, steigende Bau- und Erschließungskosten sowie Auflagen der Kommunen und höhere Ansprüche der Käufer sorgen für einen Anstieg der Neubaupreise. Gebrauchte Ein- und Zweifamilienhäuser in mittlere bis bevorzugter Lage sind nach Feststellung der Sparkassen-Immo in den Landkreisen Cham, Tirschenreuth, Wunsiedel, Hof und Kulmbach in der Regel für weniger als 200.000 Euro zu haben.

Zwischen 450.000 und 550.000 Euro muss man in den Städten Nürnberg und Augsburg sowie in den Landreisen Lindau, Neu-Ulm, Pfaffenhofen, Weilheim und Berchtesgaden aufwenden, zwischen 550.000 und 700.000 Euro in den Landkreisen Regensburg, Erding, Freising, Fürstfeldbruck und Bad Tölz/Wolfratshausen, mehr als 700.000 Euro in den Landkreisen München, Ebersberg, Starnberg, Landsberg, Miesbach und Garmisch-Partenkirchen. Und in der Stadt München sind Preise unter 1 Million Euro eher die Ausnahme. Ein differenzierter Marktspiegel findet sich unter www.sparkassen-immo.de.

Je weiter ein Ober- oder Mittelzentrum vom Standort einer Wohnimmobilie entfernt liegt, desto eher kann es auch mal „gegen den Trend“ zu rückläufigen Immobilienpreisen kommen.

Auch die Immobilien-Umsätze differieren regional sehr stark. Mit 20 % über dem Durchschnitt legte der Umsatz in Oberfranken zu. Bevorzugt waren Bamberg und Forchheim. Größere Zuwächse gab es auch in Schwaben (+9 %) und Oberbayern (+7 %) und Niederbayern (+3 %). Auf Vorjahresniveau bewegten sich Unterfranken (+2 %) und Mittelfranken (+1 %). Ein Minus von 2 % gab es in der Oberpfalz. Am bayerischen Ge-

samtmarkt hat Oberbayern einen Anteil von 58 %, München allein 32 %. Auf Schwaben entfallen 12 %, Mittelfranken 11 %, Niederbayern 6 %, Unterfranken und die Oberpfalz je 5 % und Oberfranken 4 %.

Die Sparkassen-Experten empfehlen beim Kauf und Verkauf, aber auch bei Vermietung einer Wohnung oder eines Hauses dringend, professionellen Rat in Anspruch zu nehmen. Mietspiegel, Mietpreisbremse, Bestellerprinzip bei der Maklergebühr, aber auch die Energieeinsparverordnung hätten zu sehr komplizierten Regelungen geführt, die bei Nichtbeachtung mit einem deutlichen Bußgeld belegt werden könnten. Auch deshalb begrüßen die Sparkassen-Experten die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einführung von bundeseinheitlichen Rahmenbedingungen für Maklerleistungen sowie eine Qualitätssicherung für Makler und Wohnungsverwalter. In der Gewerbeordnung sollen ein Sachkundenausweis und eine Berufshaftpflichtversicherung als neue Voraussetzung für die Maklertätigkeit eingeführt werden. Die Makler von Sparkassen-Finanzgruppe seien schon heute entsprechend ausgebildete Bank- und Immobilienkaufleute, stellte Fraunholz fest.

Keine Trendwende

Was die Effektivzinsen für Wohnkredite angeht, sieht Schmautz auf absehbare Zeit keine Trendwende, auch wenn vermutlich im April der Zins-Tiefpunkt erreicht worden sei. Aktuell werden Hypothekenkredite mit guter Bonität bei zehnjähriger Zinsbindung je nach Wettbewerbssituation schon ab einem effektiven Jahreszins von 1,00 Prozent ausgereicht. Dieses Preisniveau dürfte kaum noch unterschritten werden. Es gebe aber immer wider mal regionale Schwankungen, denn ein einheitlicher bayerischer oder deutscher Bauzins existiere nicht. Jetzt sei also die Zeit, sich günstige Hypothekenzinsen für die nähere Zukunft zu sichern. Aber, so Wirmhler, wer jetzt eine Immobilie mit niedrigen Raten finanziere, solle aber darauf achten, dass er auch in zehn Jahren, wenn die Zinsen wieder gestiegen sein dürften, zur weiteren Finanzierung noch in der Lage sei. Deshalb müsse ein Finanzierungskonzept nachhaltig ausgelegt sein, besonders, wenn Verträge über 25 bis 30 Jahre abgeschlossen würden.

Auch im Berichtsjahr waren die bayerischen Sparkassen Marktführer im privaten Wohnungsbau im Freistaat mit einem Marktanteil von 35,5 %. Die Makler der Sparkassen und der LBS haben insgesamt 9220 Immobilien im Wert von nahezu 2 Milliarden Euro vermittelt. Das waren zwar im Vergleich zum Vorjahr 7 % weniger Kaufobjekte, doch blieb der Gesamtwert der vermittelten Immobilien nahezu unverändert. Zusätzlich wurden im Berichtsjahr 1600 Mietobjekte vermittelt. Der Gesamtbestand an Wohnungskrediten konnte um 4,2 % auf knapp 60 Milliarden Euro gesteigert werden. Wirmhler: „Wenn es nicht an Baugrund gefehlt hätte, hätte es noch mehr sein können.“ Die Sparkassen-Finanzgruppe erzielte mit 87,8 Millionen Euro ihr bisher zweibestes Courtage-Ergebnis.

Der Chef der Sparkassen-Immo geht davon aus, dass sich die Entwicklung der zurückliegenden zehn Jahre am bayerischen Wohnimmobilienmarkt in diesem Jahr konstant fortsetzen wird, wenn die Rahmenbedingungen stabil bleiben. Allerdings dürften Umsätze, Kaufpreise und Mieten nicht mehr ganz so stark steigen wie in den vergangenen Jahren. Da andere attraktive Anlageformen fehlten, könnten für Kapitalanleger (z. B. Pensionsfonds, Versicherungen) auch so genannte B-Standorte interessant werden, zumal diese eine wesentlich attraktivere Verzinsung in Aussicht stellten. **dhg.**

Bayerisches Städtebauförderprogramm:

45 Millionen Euro für die Kommunen

„Die bayerischen Städte und Gemeinden können wir heuer mit rund 45 Millionen Euro aus dem Bayerischen Städtebauförderprogramm unterstützen. Zusammen mit den kommunalen Eigenanteilen stehen 66 Millionen Euro zur Verfügung“, teilte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann anlässlich der Zuteilung der Fördergelder an die Programmkommunen mit.

„Das bayerische Städtebauförderprogramm ergänzt wirkungsvoll die Bund-Länder- und EU-Programme. Wir verfolgen damit gerade auch landesspezifische Interessen und unterstützen vor allem Kommunen im ländlichen Raum bei der Bewältigung des Strukturwandels infolge demografischer Veränderungsprozesse. Die Nachnutzung innerörtlicher Leerstände sowie auch die barrierefreie Umgestaltung öffentlicher Räume haben dabei ein großes Gewicht. Unser Ziel ist es, vitale Kommunen und attraktive Zentren als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge zu sichern und zu entwickeln“, erläuterte Herrmann.

Förderung des ländlichen Raums

Insgesamt werden 310 bayerische Städte und Gemeinden unterstützt. Mehr als 84 Prozent der Fördermittel kommen dem ländlichen Raum zugute. Mit einem Anteil von 15 Millionen Euro für die Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen können spürbare Impulse für die Wirtschaftsstruktu-

relle und städtebauliche Entwicklung vor allem in strukturschwachen Kommunen gesetzt werden. Drei Millionen Euro fließen in Maßnahmen zur Militärkonversion. „Von der Städtebauförderung geht eine hohe Anstoßwirkung für weitere Investitionen aus. Damit leistet sie auch einen wertvollen Beitrag für den Arbeitsmarkt, gerade in von Abwanderung bedrohten Regionen“, so der Innenminister weiter.

Projektbeispiele

Aktuelle Projekte sind beispielsweise die Instandsetzung des Gemeinschaftshauses des ehemaligen Lagers für jüdische „displaced persons“ zur Dokumentationsstätte mit Veranstaltungen im Ortsteil Waldram von Wolfratshausen, die Schaffung eines Bürgerparks auf der Brachfläche der ehemaligen Porzellanfabrik Seltmann in Krummennaab, die barrierefreie Neugestaltung der Hofmark als zentraler Platz in Neunkirchen am Wald sowie der Umbau einer Scheune in Kammerstein zu einem Bürgerzentrum. □

An der Grenze des Zumutbaren

BKH Lohr: Enorme Überbelegung macht dem Personal des Klinikums zu schaffen

Das Lohrer Bezirkskrankenhaus hatte im vergangenen Jahr mehr als gut gewirtschaftet: Fast 210.000 Euro blieben am Jahresende übrig. Das war nicht zu erwarten gewesen. Der Bezirk Unterfranken als Träger hatte mit einem Plus von lediglich 10.000 Euro gerechnet.

Das gute Ergebnis sei „äußerst mühsam erarbeitet worden“, hieß es am Dienstag im Bezirksausschuss des unterfränkischen Bezirktags. Die positiven Zahlen sind in erster Linie dem „extrem hohen Engagement“ der Mitarbeiter zu verdanken, so Bezirkskammerer Rainer Klingert: „Ich halte das für unglaublich, wie motiviert, fleißig und erfolgsorientiert unsere Beschäftigten sind, das ist große Klasse.“

Die Webetrommel für das BKH musste nicht gerührt werden. Im Gegenteil: 2014 war laut Bezirk eine „enorme Patientenüberbelegung“ zu verzeichnen gewesen. Dies habe das Personal ständig an die „Grenzen des Zumutbaren“ gebracht.

Der Bedarf wird den Prognosen des Bezirktags zufolge weiter steigen. Allerdings ist auch Entlastung in Sicht. So geht es mit dem Neubau des Zentrums für seelische Gesundheit in Würzburg gut voran. Im Oktober 2016 soll die psychiatrische Einrichtung eröffnet werden. 28 Millionen waren für den Bau einkalkuliert. „Doch inzwischen deuten sich erhebliche Mehrkosten an“, so Bezirkspräsident Erwin Dotzel.

Dass sie sich plötzlich in der Psychiatrie wiederfinden, ist für Patienten oft nur schwer zu verkraften. Viele Fragen tauchen auf, für die Pflegekräfte und Ärzte nicht immer Zeit haben. Manchmal sind sie auch nicht der richtige Ansprechpartner. In dieser Situation können sich alle Patienten, auch jene aus der Forensik, an die unabhängige und weisungsungebundene Patientenführerin Margot Walter wenden. Sie nimmt außerdem Kritik und Verbesserungsvorschläge der Patienten entgegen und versucht, bei Problemen zwischen Patien-

ten und Klinikpersonal zu vermitteln.

Dass Ärzte wegen der Überbelegung nicht so viel Zeit für ihre Patienten haben, wie diese wünschen, ist ein Dauerproblem seit Jahren, so Walter. Die suchtkranken Patienten aus Haus 18 klagen außerdem darüber, dass sie nicht wissen, was sie mit ihrer Zeit anfangen sollen. „Die Langeweile ist ein gravierendes Problem“, berichtete Walter im Bezirksausschuss. Es gebe zwar Beschäftigungstherapie: „Doch sie reicht nicht aus, denn der Tag ist lang.“ Wichtig wäre, etwas Handwerkliches für die alkoholkranken oder drogenabhängigen Männer anzubieten.

Oft hilft schon das Gespräch, um Nöte zu lindern: „Wobei ich mir nicht nur das anhöre, was direkt die Klinik betrifft.“ Bei Margot Walter können sich Patienten auch Privates von der Seele reden. So berichtete ihr ein ehemaliger Wohnungsloser, wie unzufrieden er mit der Unterbringung durch seine Heimatgemeinde ist: „Er sollte zunächst in einem Bauwagen wohnen.“ Da es sich um teilweise schwer psychisch Kranke handelt, bekommt Walter auch abenteuerliche Geschichten zu hören. Kürzlich erklärte eine Frau, die von sich glaubt, ein Erzengel zu sein, dass sie aus dem BKH herausmüsse. Als Erzengel habe sie Gutes tun. Was sie in der Psychiatrie nicht tun könne.

Verbessert hat sich die Erreichbarkeit der Patientenführerin. Die ist neuerdings mit einem Handy ausgestattet. Täglich von 17 bis 19 Uhr kann sie von den Patienten angerufen werden. Außerdem ist sie meist dienstags im Bezirkskrankenhaus. An diesem Tag besucht sie vor allem die geschlossenen Stationen. **Pat Christ**

10.000-Häuser-Programm für Bayern

Die Bayerische Staatsregierung hat mit dem 10.000-Häuser-Programm ein einzigartiges Förderprogramm für die energetische Gebäudesanierung in Bayern beschlossen. Für die Sanierung von Ein- und Zwei-Familienhäusern gibt es Zuschüsse, wenn das Haus mit Energiespeichern ausgerüstet oder eine energiesparende Heizung eingebaut wird. Mit einem Gesamtvolumen von 90 Millionen Euro soll der Ausbau energieautarker Haushalte in Bayern forciert werden.

Den EnergieBonusBayern erhalten Hauseigentümer und Bauherren bei grundlegenden Sanierungen zu einem EnergieSystemHaus oder energieeffizienten Neubauten. Innovative und effiziente Heiz- und Speichersysteme mit intelligenter Steuerung - „Smart-Grid-Ready“ - werden mit 1.000 bis 18.000 Euro pro Bauvorhaben gefördert.

Alternativ gibt es bei einem vorzeitigen Austausch von veralteten Heizkesseln zu modernen, innovativen Heizanlagen den HeizanlagenBonus in Höhe von 1.000 bis 2.000 Euro pro Wohngebäude. Das ist der erste Schritt zu weiteren energetischen Maßnahmen und bringt dauerhafte Heizkostensparnis für die Hausbesitzer.

Derzeit beanspruchen Gebäude 40 Prozent der Energie in Bayern. Durch das 10.000-Häuser-Programm können Privathaushalte nicht nur Energie einsparen, sondern vor allem auch die Effizienz und den Selbstversorgungsgrad steigern. Zudem erfolgt eine Anpassung an die stark schwankende Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien. Energieministerin Ilse Aigner zufolge leistet das neue Programm „einen wichtigen Beitrag zur Integration der Erneuerbaren Energien ins Stromsystem der Zukunft“. □

Bayerische Denkmalschutzmedaille 2015:

Vielfältiges Spektrum des Engagements

Preisträger aus der kommunalpolitischen Familie

Rund 30 Persönlichkeiten und Institutionen, die sich im Bereich des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege besonders verdient gemacht haben, wurden in München von Wissenschaftsminister Dr. Ludwig Spaenle mit der Denkmalschutzmedaille geehrt. Die Auszeichnung wird auf Grundlage von Vorschlägen der Regierungen, Bezirke, Landkreise, Kirchen, des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege und von Privatpersonen vergeben.

Zu den diesjährigen Preisträgern zählen auch Vertreter der kommunalen Familie: Bürgermeister Karl Fickel für den Zweckverband Römerpark Ruffenhofen für die Entwicklung des Römerparks mit dem Limesseum, Altbürgermeister Arnold Kimmerl und Manfred Baumann (Gerresheimer Regensburg GmbH) für die archäologische Bearbeitung der bodendenkmalpflegerischen Untersuchungen auf dem Gelände der Firma Gerresheimer in Pfreimd, Bürgermeister Josef Mend für die Stadt Iphofen für die denkmalgerechte Altstadtsanierung in Iphofen, Bürgermeister Thomas Reimer für die Stadt Neustadt an der Donau für die Instandsetzung des „Blauen Hauses“ sowie Bürgermeister Josef Steigenberger und sein Amtsvorgänger Walter Eberl für die denkmalgerechte Dorferneuerung der Gemeinde Bernried am Starnberger See.

Zweckverband Römerpark Ruffenhofen

Mit dem Römerpark Ruffenhofen und dem zugehörigen Museum Limesseum hat der Zweckverband Römerkastell Ruffenhofen einen Spagat bewerkstelligt: Er hat ein Archäotop, eine Symbose aus Bodendenkmal und Biotope, entwickelt. Während im Boden unangetastet das großräumige Bodendenkmal ruht, ein Römerkastell samt zugehörigem Lagerdorf für etwa 2000 Menschen, entstand oberirdisch ein Naherholungsgebiet, der Römerpark Ruffenhofen. Damit wurde der interessierten Öffentlichkeit das kulturelle Erbe näher gebracht, mit dem Ziel, die Akzeptanz für Archäologie in der Bevölkerung zu stärken.

Der Zweckverband ist Träger und Eigentümer des 2003 gegründeten Römerparks Ruffenhofen, der etwa 40 Hektar umfasst und Teil des UNESCO-Welterbes „Grenzen des Römischen Reiches“ ist. Oberstes Ziel im Römerpark ist die Sicherung des Bodendenkmals. Dies bedeutet, dass keine tiefgehenden Bodeneingriffe erfolgen und alle Einrichtungen zur Präsentation und Vermittlung reversibel sind.

Die Stilllegung landwirtschaftlich genutzter Flächen und ihre neue Nutzung als Römerpark haben zur Bildung eines Rückzugsraumes für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten geführt. Im Einklang mit den Aspekten des Denkmalschutzes und der ökologischen Nachhaltigkeit ist es dem Zweckverband vorbildlich gelungen, die Vermittlungsarbeit am Bodendenkmal Limes umzusetzen.

Auf dem Gelände der Firma Gerresheimer in Pfreimd wiederum sollte 2012 ein neues Betriebsgebäude errichtet werden. Bei Voruntersuchungen zeigte sich, dass dort ein komplexes Gräberfeld, eines der größten frühmittelalterlichen Gräberfelder der Oberpfalz, erhalten war. Schon während der Grabungsarbeiten wurde beschlossen, die Funde im Anschluss in einer Ausstellung zu präsentieren. Daher wurden ausgewählte Fundstücke auf Kosten von Stadt und Bauherr konserviert und restauriert. Seit Juni 2014 werden sie im neuen

Firmengebäude der Gerresheimer Regensburg GmbH in Pfreimd präsentiert.

Im Hinblick auf die geplante Restaurierung und Ausstellung der Funde wurde besonderes Augenmerk darauf gelegt, wichtige

sert werden, die teilweise von Fäulnis befallene Dachkonstruktion bedurfte einer sorgfältigen Reparatur, die Dachdeckung wurde erneuert. Historische Bohlenbalkendecken blieben erhalten, die Fenster aus dem 18. Jahrhundert wurden soweit möglich repariert. Die großenteils verlorenen Fensterläden wurden nach historischem Vorbild erneuert und schmücken heute wieder die Fassade. Die gesamte Elektrik und die Sanitärinstallation mussten neu eingebracht werden. Nach der Gesamtinstandsetzung

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme
www.renz-container.eu

Fundumstände zu sichern und die Fundsituationen nachvollziehbar zu halten. Die Grabung ist nun Grundlage für mehrere wissenschaftliche Arbeiten.

Eine aktive Grundstückspolitik seitens der Stadt Iphofen war die Lösung für die von Leerstand und Verfall bedrohten denkmalgeschützten Gebäude in der Altstadt und den sieben Stadtteilen. Unter Einsatz der verschiedensten baurechtlichen Instrumentarien hat Josef Mend als 1. Bürgermeister den Denkmalbestand Iphofens in eine sichere Zukunft geführt. Es ist ihm gelungen, die Bürger davon zu überzeugen, dass der Denkmalschutz eine Chance darstellt, qualifizierte Beratung und finanzielle Förderung zu erhalten.

Seit 1982 gilt für die Altstadt Iphofens eine Gestaltungssatzung. Für alle Stadtteile wurden denkmalpflegerische Erhebungsbögen mit Fotokarteien erstellt und eine historische Gemeindepographie erarbeitet. Diese Maßnahmen schärfen das öffentliche Bewusstsein für die rund 170 Einzeldenkmäler und das denkmalgeschützte Ensemble Iphofens. Die Altstadt wurde wieder ein attraktiver Mittelpunkt des städtischen Lebens. Infrastruktur und Nahversorgung machen den historischen Stadtkern zu einem attraktiven Lebensraum für junge Familien und ältere Bewohner gleichermaßen.

Stadt Iphofen

Sowohl die kommunale Verwaltung als auch die Denkmaleigentümer identifizieren sich mit dem historischen Erbe und stellen sich seit 20 Jahren außergewöhnlichen Herausforderungen, um es zu erhalten. Politisch Verantwortliche, Architekten und Stadtplaner sowie die gesamte Bürgerschaft arbeiten dafür eng zusammen.

Mit einer Grundfläche von nur 48 Quadratmetern handelt es sich um ein kleines Denkmal, aber eines mit großem Charme: das sogenannte Blaue Haus im Zentrum von Neustadt an der Donau. In seiner heutigen Form ist es im späten 19. Jahrhundert entstanden, im Kern aber ist das Haus rund 100 Jahre älter. Nach verschiedenen Nutzungen stand das Haus von 1997 an leer. 2011 erwarb die Stadt Neustadt an der Donau das mittlerweile stark heruntergekommene Haus. Das unmittelbar neben der Stadtpfarrkirche stehende Gebäude mit seinem neugotischen Zinnengiebel sollte nicht länger „Schandfleck“ sein.

Leerstand und bauliche Vernachlässigung waren die Ursachen für schwere Schäden. Die Statik des Hauses musste verbes-

sert werden, die teilweise von Fäulnis befallene Dachkonstruktion bedurfte einer sorgfältigen Reparatur, die Dachdeckung wurde erneuert. Historische Bohlenbalkendecken blieben erhalten, die Fenster aus dem 18. Jahrhundert wurden soweit möglich repariert. Die großenteils verlorenen Fensterläden wurden nach historischem Vorbild erneuert und schmücken heute wieder die Fassade. Die gesamte Elektrik und die Sanitärinstallation mussten neu eingebracht werden. Nach der Gesamtinstandsetzung

malerschutzgesetz gerade erst verabschiedet worden war. Seit Jahrzehnten finden Denkmalschutz und Denkmalpflege in Bernried in vorbildlicher Weise Berücksichtigung: Diese Belange werden frühzeitig in die gemeindliche Bauleitplanung integriert. Die Gemeinde regt Denkmaleigentümer zu Instandsetzungen an, berät und zahlt Fördergelder aus. Den Tag des offenen Denkmals nutzt Bernried aktiv, um Werbung für die Denkmäler zu machen. Darüber hinaus geht die Gemeinde selbst mit gutem Beispiel voran: Statt ein neues Gemeindezentrum auf der „Grünen Wiese“ zu errichten, wählte Bürgermeister Josef Steigenberger einen Bauplatz mitten im Ort. Das neue Gemeindezentrum mit Rathaus entstand über dem ehemaligen Sommerkeller des Klosters. Der Sommerkeller dient nun als Veranstaltungsraum; der zentrale Standort des Rathauses sorgt für die Belebung der Ortsmitte.

Das Gesicht Bayerns wahren

Staatsminister Spaenle würdigte die Bedeutung der Preisträger für den Freistaat. „Die Preisträgerinnen und Preisträger erhalten mit ihrem Einsatz das Gesicht Bayerns. Das private Engagement der Bauherren und Heimatpfleger, der archäologischen Vereine und Geschichtsvereine ist eine wichtige Säule des Kulturstaaes Bayern und verdient Respekt.“

Mathias Pfeil, Generalkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, betonte: „Denkmäler machen unsere Orte und Kulturlandschaften lebenswert. Die Preisträger der Denkmalschutzmedaille tragen mit ihrem Engagement dazu bei, das liebenswerte Gesicht Bayerns zu erhalten.“



wbg-Geschäftsführer Ralf Schekira, Polier Raimund Büttner und Bürgermeister Klemens Gsell (v. l.) beim Richtfest.

Richtfest für Grundschule und Hort in St. Leonhard

Im Beisein von Schulbürgermeister Dr. Klemens Gsell wurde kürzlich das Richtfest für die neue Grundschule und den Hort in St. Leonhard gefeiert. Der Rohbau konnte plangemäß nach neun Monaten vollendet werden.

Das Bauwerk wird von der WBG KOMMUNAL GmbH nach den Plänen des Wettbewerbsiegers, Prof. Frank Hausmann, Büro hausmann architekten gmbh aus Aachen, errichtet. Dazu hat die WBG KOMMUNAL GmbH, ein Tochterunternehmen der wbg Nürnberg GmbH Immobilienunternehmen, das rund 6.200 m² große Grundstück von der Projektentwicklungsgesellschaft St. Leonhard gekauft. Im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages wird das Grundstück an die Stadt Nürnberg verpachtet.

Von der WBG KOMMUNAL werden die Schule und der Hort dann die nächsten 25 Jahre bewirtschaftet. Darunter fallen unter anderem der Unterhalt des Gebäudes, die Bereitstellung des Mobiliars sowie die Organisation der Verpflegung der Schüler. In der neuen Grundschule werden künftig 500 Kinder Platz finden, davon im integrierten Hort 400.

Mit dem Schulgebäude wird die

letzte Baulücke auf der Fläche des ehemaligen Schlachthofes, dem heutigen Leonhardspark, geschlossen. Insgesamt handelt es sich um Gebäudeinvestitionen von rund 27,8 Mio. Euro.

„Wir sind dankbar dafür, dass die Errichtung des Rohbaus ohne Komplikationen durchgeführt werden konnte und wünschen uns das natürlich auch für den Ausbau. Wir werden alles daran setzen, dieses Projekt termin- und kostengerecht abzuschließen“, stellte der Geschäftsführer der WBG KOMMUNAL GmbH, Ralf Schekira, fest.

„Durch die planmäßig stattfindende Richtfestfeier sehen wir uns in der Entscheidung bestätigt, die WBG KOMMUNAL GmbH mit der Errichtung der neuen Schule zu beauftragen. Der bisher reibungslose Ablauf wird Garant dafür sein, dass wir die Schule pünktlich einweihen können“, freute sich Bürgermeister Dr. Klemens Gsell.



V. l.: Dr. Thomas Geppert/BFW Landesverband Bayern e.V., Bauminister Joachim Herrmann, Andreas Eisele/BFW Landesverband Bayern e.V., Eisele Real Estate GmbH.

Bayerischer Immobilienkongress in München:

Wachstum braucht Strukturen

Bereits zum fünften Mal trafen sich die Entscheider der privaten Immobilienwirtschaft mit Vertretern aus Politik und Verwaltung in München zum Bayerischen Immobilienkongress. Im Mittelpunkt standen Fragen nach den Auswirkungen der aktuellen Finanzierungstrends auf den Investmentmarkt, ob sich ein Investment in Bayerns Mittelstädten lohnt und inwiefern Umlandgemeinden die Wohnraumknappheit von München lösen können. Darüber hinaus wurden die Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung diskutiert.

In vier Panels warfen hochkarätige Referenten aus den verschiedensten Bereichen der Immobilienwirtschaft einen aktuellen Blick auf die Herausforderungen der Branche. Unisono wurde darauf verwiesen, dass das Bevölkerungswachstum in Ballungszentren organisiert werden muss. Dazu bedarf es eines koordinierten Vorgehens aller politischen Ebenen und eines engen Dialogs mit der Praxis, den Immobilienunternehmen, die im BFW organisiert sind.

Preistreiber

„Studien zeigen, dass sich die Baukosten analog zu den Lebenshaltungskosten entwickelt haben. Doch sind die Bauwerkskosten überproportional gestiegen. Warum? Es muss sogenannte Preistreiber geben. An diesen muss man anpacken, um Bauen preiswerter zu machen“, so der Präsident des BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Bayern, Andreas Eisele.

Über ihre Strategien mit dem Bevölkerungswachstum umzugehen, diskutierten auf dem Podium der Fürstenfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin, Erdings Oberbürgermeister Max Gotz und der Olchinger Bürgermeister Andreas Magg. Alle drei eint das Ziel, einen Kollaps der wirtschaftsstarke Region zu verhindern. So sei beispielsweise die Infrastruktur in den vergangenen Jahren nicht mitgewachsen.

Fragen der Bürgerbeteiligung – siehe Stuttgart 21 oder der Abriss der Schwabinger 7 in München – zogen kontroverse Diskussionen nach sich. Die Frage lautete: Ist Bürgerbeteiligung nur Information oder auch Mitbeteiligung oder sogar auch Mitentscheidung?

Zentrale Botschaft

Der Kongress vermittelte eine zentrale Botschaft: Wachstum braucht Strukturen, aber Strukturen dürfen nicht aus neuen regulatorischen Auflagen bestehen. Damit Wachstum bewältigt wird, seien passende und unternehmensfreundliche Investitions- und Rahmenbedingungen notwendig.

Im Rahmen der Abendveranstaltung übergab der Bayerische Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herr-

mann, den Preis für Qualität im Wohnungsbau 2015. Die Auszeichnung hat der BFW Bayern gemeinsam mit dem Deutschen Werkbund Bayern e.V. ausgelobt, um qualitätsvollen Wohnungsbau zu würdigen.

Insgesamt wurden drei Preise und vier Anerkennungen vergeben. Ausgezeichnet wurden: Wohnen am Rosengarten (Kolbermoor), Mehrfamilienhäuser PARK 4 (München) und NEST Plus-Energieprojekt (München). Anerkennungen erhielten folgende Projekte: Wohnanlage in Obermerzing als Passivhaus-Plus, Neubau Wohnanlage in Holzbauweise, München, Neubau Wohnanlage Tivoli, München sowie Geschößwohnungsbau 1958 - Modellerneuerung in Holz, München.

Wie Herrmann hervorhob, „besitzen alle ausgezeichneten Projekte nicht nur architektonische, gestalterische und baukonstruktive Qualität, sondern haben sich auch den wirtschaftlichen Herausforderungen am Immobilienmarkt erfolgreich gestellt. Dabei standen vor allem Fragen der Effizienz beim Energieverbrauch und der nachhaltigen Bauweise mit erneuerbaren Materialien im Fokus.“

Hochgestecktes Ziel

Herrmann zufolge werden in Bayern noch deutlich mehr neue Wohnungen benötigt. Diese Aufgabe sei nur gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft zu bewältigen. „Mein hochgestecktes Ziel ist es, in Bayern wieder auf 70.000 fertiggestellte Wohnungen pro Jahr zu kommen. Wir tun alles dafür, um die optimalen Rahmenbedingungen für die Investoren zu schaffen. Dafür stellen wir nicht nur umfangreiche Wohnraumfördermittel zur Verfügung, sondern halten auch unsere Grunderwerbssteuer mit 3,5 Prozent konstant niedrig, setzen uns für die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung ein und sorgen dafür, dass keine überzogenen energetischen Standards das Bauen weiter verteuern.“

Wenn mehr gebaut werden soll, müsse dafür auch das notwendige Bauland zur Verfügung stehen, so der Minister. Deshalb appellierte er wiederholt an die Kommunen, mehr Bauland auszuweisen. Auch die Kirchen sollten prüfen, ob sie Grund und Boden für den Wohnungsbau bereitstellen können. **DK**

Fassadendämmung:

Plant-for-the-Planet-Foundation vertraut auf INTHERMO

Von Achim Zielke M.A., Baufachjournalist (abp), Bad Honnef

Uffing am Staffelsee/Ober-Ramstadt. Die energetische Sanierung des betagten Uffinger Bahnhofs ist in vollem Gange: An der gesamten Fassade wird von bayerischen Fachhandwerkern auf einer Unterkonstruktion aus Holzträgern das INTHERMO Holzfaserverbundsystem montiert. Zum Abschluss ist eine Beschichtung der Dämmplatten mit einem mineralischen Systemputz vorgesehen. Bahnreisende auf der Strecke zwischen München und Garmisch-Partenkirchen können den Baufortschritt vom Zugfenster aus verfolgen oder sich vor Ort erklären lassen, welche Vorteile das Dämmen eines gemauerten Gebäudes mit Naturprodukten aus Holzfasern hat.

Etwa 5.400 Bahnhöfe gibt es in Deutschland. Die meisten von ihnen haben ein eigenes Bahnhofsgebäude, in dem Abreisende und Abholer bei Wind und Wetter auf die Ankunft des Zuges warten können. So auch in Uffing, einer 3000-Seelen-Gemeinde am malerischen Staffelsee im bayerischen Voralpenland.

Besonderheiten

Außer der idyllischen Lage zeichnen diesen Bahnhof mehrere Besonderheiten aus: Der betagte Zweckbau, der in keinem guten Zustand war und mit der Zeit immer mehr verfiel, wurde im November 2012 an ein Ehepaar aus der Region verkauft. Die neuen Eigentümer fassten sich ein Herz, ließen das Hauptgebäude entkernt und zur energetischen Sanierung im Frühjahr dieses Jahres vorbereiten.

Seit April wird der dreigeschossige Ziegelbau mit einem Wärmedämmverbundsystem auf Holzfaserbasis ummantelt, das ökologisch orientierte Anbieter INTHERMO entwickelt hat. Handwerker aus der Region wie Zim-

mermeister Klaus Hofmann, Geschäftsführer der Frewoo kreativen Bau GmbH aus Sindelsdorf, sorgen mit meisterlichem Können und großer Liebe zum Detail für die fachgerechte Instandsetzung der Fassade.

Der Effekt: Dem steinzeitlichen Energiehunger, der für ungedämmte Mauerwerksgebäude typisch ist, schiebt die Ummantelung mit natürlichen INTHERMO Holzfaserdämmstoffen nachhaltig einen Riegel vor. Dafür sorgen einerseits flexible Dämmplatten aus Holzfasern, die einlagig in die 10 cm tiefen Gefache eingebracht werden, sowie 6 cm dicke Holzfaserdämmplatten vom Typ INTHERMO HFD-Exterior Compact; sie sind auf den lotrecht montierten Holzträgern so verklammert, dass sich eine vorbildliche Ebene, durchgehend putzbare Fassadenfläche ergibt.

Um das Vierfache verbessert

„Durch die Dämmmaßnahmen dürfte der rechnerisch ermittelte Wärmedurchgangskoeffizient der Außenwände von ursprünglich $U = 0,87 \text{ W/m}^2\text{K}$ auf einen zeit-

gemäßen U-Wert von nur noch $0,23 \text{ W/m}^2\text{K}$ sinken“, sagt Dipl.-Bauing. Markus Blau, technischer Berater bei INTHERMO. Bemerkenswert: Der Wärmedurchlass der vormals ungedämmten Ziegelwand wurde von ihm in einem aufwändigen Berechnungsverfahren für das Jahr 1929 bestimmt, um über eine verlässliche Vergleichsgrundlage für die energetische Optimierung zu verfügen. Das Ergebnis ist nicht weniger als ein Quantensprung, der zeigt, was mit profundem Ingenieurwissen, erstklassigen Naturdämmstoffen und handwerklichem Können heute alles möglich ist.

Dämmt 1a und puffert CO2

„Die Holzfaserdämmung von INTHERMO soll die Bausubstanz unseres betagten Bahnhofsgebäudes schützen, indem sie im Sommer die Hitze und im Winter die Kälte sowie Tag für Tag den Lärm vorbeifahrender Regionalbahnen von unseren künftigen Büro- und Aufenthaltsräumen fernhält“, beschrieb Frithjof Finkbeiner zu Beginn der Dämmarbeiten seine Erwartungen. Mindestens ebenso wichtig ist ihm, dass die Fassadendämmung des betagten Bahnhofsgebäudes, das seine Frau Karolin und er von Grund auf modernisieren und erhalten wollen, möglichst große Mengen des Klimakillers CO2 neutralisiert.

Dieser Wunsch der neuen Eigentümer nach einer klimaschützenden Dämmung ihres Bahnhofsgebäudes kommt nicht von

ungefähr: Frithjof Finkbeiner ist ehrenamtlicher Vorstand der weltweit aktiven Plant-for-the-Planet-Stiftung, die auf der Idee seines Sohnes Felix basiert, in jedem Land der Erde möglichst viele Bäume zu pflanzen, um die Erderwärmung zu stoppen und das Globalklima zu retten.

Unvorstellbar viele Bäume

14 Milliarden Setzlinge unterschiedlichster Baumarten sind durch die unermüdeten Aktivitäten der Stiftung bereits zusammengekommen – und es werden stündlich mehr! Dass es irgendwann zu viele Neupflanzungen geben könnte, steht nicht zu befürchten: Gerade erst hat Frithjof Finkbeiner, der auch Vorsitzender der deutschen Sektion des Club of Rome ist, die Ergebnisse einer von der Plant-for-the-Planet-Foundation in Auftrag gegebenen Studie erhalten: Im Ergebnis kommen die Klimaforscher der amerikanischen Elite-Universität Yale zu dem Schluss, dass die Erde noch etliche Milliarden Setzlinge und Bäume aufnehmen kann.

„Wenn sich die Regierungschefs der Länder, die das meiste CO2 ausstoßen, auf einem ihrer Gipfeltreffen wie zum Beispiel dem Anfang Juni in Elmau darauf verständigen könnten, alle Dächer und Außenwände beheizter Gebäude konsequent zu dämmen, wäre schon viel gewonnen. Gut gedämmte Gebäudehüllen sind eine wichtige Voraussetzung dafür, den vermehrten Kohlendioxid ausstoß, den die Teilhabe einer wachsenden Weltbevölkerung an technologischen Fortschritt mit sich bringt, in den Griff zu bekommen. Mit innovativen Produkten wie dem INTHERMO WDV System kann das umso besser gelingen, als Holzfaserverbundelemente Kohlendioxid in größeren Mengen als jeder andere Baustoff binden“, begründen Karolin und Frithjof Finkbeiner ihre Dämmstoffwahl.

„Stop talking, start planting!“

Mit seinem einprägsamen Appell fordert ihr Sohn Felix die Mächtigen der Welt bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Handeln auf. Sein zentrales Anliegen: Politiker sollen ebenso wie die Anhänger der Plant-for-the-Planet-Stiftung etwas messbar Wirksames für den Klimaschutz auf diesem Planeten und gegen den immer bedrohlicher werdenden CO2-Ausstoß unternehmen. „Auch die nach uns kommenden Generationen wollen eine Erde vorfinden, auf der es sich zu leben lohnt“, lautet das Credo von Felix Finkbeiner, der gerade seine Abiturprüfungen absolviert hat. Obgleich noch jung an Jahren, zählt der Anführer der Plant-for-the-Planet-Stiftung seit seiner Rede vor den Vereinten

sich wesentliche Rahmenbedingungen, sind Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zu aktualisieren.

Leitsatz 8: Kostenermittlung

Der öffentliche Bauherr muss die Belastungen für den Haushalt vollständig darstellen. Deshalb sollte er sich bei seiner Kostenermittlung ausschließlich an fachlichen Erwägungen orientieren. Bei der Verwendung von Kostenkennwerten sollte er spezifische Anforderungen und Rahmenbedingungen des geplanten Bauwerks berücksichtigen. Pauschale Risikoaufschläge in Kostenermittlungen sind zu unterlassen.

Leitsatz 9: Wissenstransfer

Die öffentlichen Bauverwaltungen sollen ihre konkreten Erfahrungen aus abgeschlossenen Baumaßnahmen dokumentieren und Prozesse analysieren. Damit können sie für künftige Projekte positive Erkenntnisse nutzen und Fehler vermeiden.

Diese Erfahrungen sollten Grundlagedaten eines Wissenstransfers sein. **DK**



Sanierung in vollem Gange: Einst ein stolzer Bahnhof, dann halb verfallen, verkauft und fast schon aufgegeben, im letzten Augenblick gerettet, fachgerecht entkernt, von innen und außen energetisch vorbildlich saniert, natürlich mit INTHERMO gedämmt und attraktiv verputzt (www.inthermo.de), dadurch komplett aufgewertet und zu guter Letzt zum Bürgerbahnhof sowie zum neuen Sitz der weltweit aktiven Plant-for-the-Planet-Stiftung umgenutzt (www.plant-for-the-planet.org) – die Geschichte des Bahnhofgebäudes in Uffing lehrt: So mancher Abriss ist mit gutem Willen zu vermeiden!

Bild: Achim Zielke (aufgenommen mit freundlicher Genehmigung der Deutsche Bahn AG, Direktion Berlin)

Nationen im Jahr 2009 zu den einflussreichsten Europäern. Mit seiner unmissverständlichen Botschaft ist er in bestem Sinne ein Vorbild für Kinder und Jugendliche auf der ganzen Welt sowie zugleich ein Hoffnungsträger für alle Menschen, denen intakte Lebensbedingungen am Herzen liegen.

Vollste Unterstützung

Zu den Unterstützern der Plant-for-the-Planet-Stiftung zählt natürlich auch der ökologisch orientierte Bauzulieferer INTHERMO. Das Unternehmen, dessen Sitz sich im südhessischen Ober-Ramstadt befindet, entwickelt und vertreibt seit 2001 Wärmedämmverbundsysteme auf Holzfaserbasis und zählt zu den Pionieren der Fassadendämmung mit Naturprodukten in Deutschland.

„Etwa 40.000 Häuser wurden bis heute mit INTHERMO Holzfaserdämmplatten gedämmt“, schätzt Geschäftsführer Dipl.-Holzbauing. Stefan Berber. Er kennt die Plant-for-the-Planet-Stiftung seit 2011, als INTHERMO auf dem Hambacher Schloss 10-jähriges Bestehen feierte und Felix Finkbeiner aus diesem Anlass eine an Eindringlichkeit kaum zu überbietende Rede hielt.

Sein Appell an alle vernunftbegabten Menschen, die Armele hochzukrempeln und Bäume zu pflanzen, damit sich die Erderwärmung stoppen oder zumindest verlangsamen lässt, findet die vollste Unterstützung der Mitarbeiter/-innen bei INTHERMO.

„Ganz im Sinne von Felix und

seinen Eltern lassen wir unseren Worten Taten folgen und haben der Plant-for-the-Planet-Stiftung unter anderem das komplette Dämm- und Verputzmaterial für die energetische Sanierung des Uffinger Bahnhofs als Sachspende geliefert“, merkt Lorenz Stöpfel an, Fachberater im Außendienst des Holzfaserverbunds-Anbieters. Für INTHERMO begleitet er den Sanierungsfortschritt vor Ort, übernimmt die Einweisung der Bauhandwerker und ist bei aufkommenden Fragen stets mit Rat und Tat präsent.

Umsetzung der Planungen

Nach Abschluss der Sanierung soll das Sekretariat der Plant-for-the-Planet-Stiftung ins Bahnhofsgebäude einziehen, um von dort aus ihre weltweiten Aktivitäten zu koordinieren. Auch soll die Stiftung juristische Eigentümerin der Immobilie werden. „Für Bahnreisende haben wir dem Hauptgebäude einen großzügigen Aufenthaltsraum aus Holz hinzugefügt, der sich harmonisch in das architektonische Umfeld einfügt. Darin wird auch der Fahrkartenautomat seinen neuen Standort finden“, erläutert Frithjof Finkbeiner die Umsetzung der Planungen zum neuen Bürgerbahnhof, an dessen Gestaltung sich zahlreiche Uffinger Gemeindeglieder mit konstruktiven Vorschlägen beteiligt haben. **Ausführliche Infos im Internet auf www.inthermo.de und über die Plant-for-the-Planet-Stiftung auf www.plant-for-the-planet.org**

Konferenz der Rechnungshöfe:

Management großer Baumaßnahmen verbessern

Kostensteigerungen bei öffentlichen Bauprojekten, Bauzeitverzögerungen oder eklatante Baumängel stoßen auf ein großes öffentliches Interesse. Die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder hat in Berlin Empfehlungen verabschiedet, wie die Verantwortlichen aktiv und frühzeitig Mängel vermeiden können und wie im Ergebnis das Baumanagement verbessert werden kann.

Die Leitsätze zum Management von großen Baumaßnahmen basieren auf den Prüfungserkenntnissen der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder. Sie richten sich an die politischen Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Kommunen sowie an Behörden und Verwaltungen und schließlich auch an die interessierte Öffentlichkeit.

Leitsatz 1: Transparenz gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber

Das Parlament entscheidet, wofür die Regierung Finanzmittel im Haushaltsjahr ausgeben darf. Damit es die Notwendigkeit von Baumaßnahmen beurteilen und deren finanzielle Auswirkungen abwägen kann, sind von der Regierung die voraussichtlich zu erwartenden Ausgaben zutreffend und vollständig im Haushaltsplan zu veranschlagen und die erkennbaren finanziellen Risiken darzustellen.

Leitsatz 2: Bauherrenkompetenz

Der öffentliche Bauherr hat Pflichten, die er nicht delegieren kann. Für das Management von Baumaßnahmen sollte er sich deshalb selbst kompetent aufstellen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist eigener baufachlicher, dem öffentlichen Interesse verpflichteter Sachverstand. Für die wirtschaftliche und ordnungsgemäße Erledigung staatlicher Bauaufgaben

ist eine Bauverwaltung mit angemessener Personalausstattung erforderlich. Um ihre Fachkompetenz zu sichern und zu stärken, sollte die Bauverwaltung regelmäßig einen Anteil an den Architekten- oder Ingenieurleistungen selbst erbringen.

Leitsatz 3: Einhaltung von Gesetz und Recht

Der öffentliche Bau unterliegt dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit. Der Gesetzgeber hat mit Vorgaben im Haushaltsrecht und in Regelwerken die Voraussetzungen für die wirtschaftliche und baufachlich einwandfreie Planung und Durchführung von Baumaßnahmen getroffen. Der öffentliche Bauherr ist aufzufordern, die rechtlichen Vorgaben konsequent anzuwenden.

Leitsatz 4: Projektorganisation

Der öffentliche Bauherr hat für die Planung und Durchführung von Baumaßnahmen eine Projektorganisation einzurichten, die das Zusammenwirken aller am Bau Beteiligten sicherstellt. Organisations- und Entscheidungsstrukturen sollten frühzeitig festgelegt werden.

Leitsatz 5: Zeitplan

Der Bauablauf darf nur von sachlichen Erfordernissen bestimmt werden. Die Bauverwaltung sollte Wünsche hinsichtlich bestimmter Termine sorgfältig auf ihre Realisierbarkeit

hin prüfen und muss dann die Entscheidungsträger darüber aufklären, ob und ggf. wie sich dies auf die Ausgaben und den Bauablauf auswirken wird. Baumaßnahmen müssen zudem zügig durchgeführt werden.

Leitsatz 6: Bedarfsplanung und Bauplanung

Die Bedarfsplanung ist für die weitere Planung bindend. Sie ist unabdingbare Voraussetzung einer ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Bauplanung. Zu Beginn der Bauplanung sind die baulichen und baurechtlichen Rahmenbedingungen zu klären. Änderungen im Bedarf sollten während der Bauplanung oder der Ausführung nicht mehr berücksichtigt werden. Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn Änderungen gesetzlicher Vorschriften oder von Rahmenbedingungen dies erfordern oder wenn sie ohne Kostensteigerungen und Störungen im Bauablauf umgesetzt werden können. Eine ausgereifte Ausführungsplanung ist Voraussetzung für den Baubeginn.

Leitsatz 7: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen

Für alle Baumaßnahmen sind Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen. Sie müssen frühzeitig und ergebnisoffen durchgeführt werden. Nur dann stellen sie eine angemessene Entscheidungsgrundlage und einen zuverlässigen Vergleichsmaßstab für die spätere Erfolgskontrolle dar. Dabei sind alle in Frage kommenden Lösungsmöglichkeiten für die Bedarfsdeckung und deren Kosten, einschließlich Folgekosten, gegenüberzustellen. Verändern

Bayerische Bauindustrie:

Begrüßenswertes Investitionspaket

Wichtiger Schritt zu einer besseren Verkehrsinfrastruktur in Deutschland

„Die von Alexander Dobrindt vorgelegte Projektliste 'Neubeginne Bundesfernstraßen' ist ein wichtiger Schritt hin zu einer besseren und moderneren Verkehrsinfrastruktur in Deutschland“, kommentierte Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, die Vorlage des Investitionspaketes mit Baufreigaben in Höhe von 2,7 Mrd. Euro durch Bundesverkehrsminister Dobrindt.

Auf Bayern entfallen 621 Mio. Euro

Thomas Schmid: „Bayern braucht dringend neue Verkehrswege, mehr als andere Bundesländer, deren Verkehrsinfrastruktur bereits gut ausgebaut ist. Dank der guten planerischen Vorarbeit der Obersten Baubehörde verfügt Bayern auch über genügend Projekte mit umsetzbarem Baurecht.“

„Das Programm von Minister Dobrindt ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Um aber unsere Verkehrsinfrastruktur in Bayern wie in Deutschland nachhaltig zu sanieren und zukunftsgerecht auszubauen, müssen wir dauerhaft weit mehr Mittel als heute dafür bereitstellen“, so Schmid abschließend.

Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten der Donau-Wasserkraft AG:

Ertüchtigungsarbeiten voll im Zeitplan

Seit Mitte Mai laufen die Ertüchtigungsarbeiten am Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten auf vollen Touren. Deutschlands wichtigstes Spitzenlastkraftwerk für Bahnstrom liegt im Landkreis Main-Spessart bei der Stadt Gemünden am Main und gehört der Donau-Wasserkraft AG (DWK), einem Tochterunternehmen der Rhein-Main-Donau AG (99,25 Prozent) und E.ON (0,75 Prozent). Rund 56 Millionen Euro wird die DWK in den kommenden zweieinhalb Jahren für die Ertüchtigung aufwenden.

Ziel der umfangreichen Arbeiten ist es, die Versorgung der Deutschen Bahn mit Spitzenstrom zu den Rushhour-Zeiten im Bahnverkehr auch die nächsten Jahrzehnte zuverlässig sicherzustellen.

Je nach Projektphase werden bis zu 80 Fachleute gleichzeitig die Arbeiten im Kraftwerk und auf der Baustelle des Unterbeckens ausführen. Mehrere Millionen Euro der Projektkosten kommen auch der regionalen Wirtschaft zu Gute. So übernimmt beispielsweise eine namhafte Firma aus Gösenheim, das zur Verwaltungsgemeinschaft der Stadt Gemünden gehört, die Mischung des Asphalts. Mit den Transporten sind lokale Fuhrunternehmen beauftragt. Und schließlich nutzen die am Standort tätigen, externen Arbeitskräfte die örtlichen Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe sowie Einzelhandelsbetriebe.

Alle Arbeiten sind mit den zuständigen Behörden abgestimmt und liegen derzeit voll im Zeitplan. Auch unterliegen sie einer kontinuierlichen Kontrolle von vor Ort eingesetzten unabhängigen Experten für Arbeitssicherheit, Umweltschutz und Qualitätssicherung.

Ende Mai starteten die Arbeiten zur Erneuerung der Asphaltabdichtung des 146.000 m² großen Unterbeckens, das erstmals 1975 mit Wasser befüllt wurde. In den Wochen davor war parallel zum langsamen Entleeren des Unterbeckens von einem professionellen Fischereibetrieb aus der Region der Fischbestand vorsichtig geborgen worden. In einem mit Sau-

erstoff versorgten Wasserbehälter wurden die Fische per LKW in einen angemieteten See umgesetzt. Einige kapitale Zander, die im Unterbecken herangewachsen sind, erhielt der Angelverein Langenprozelten, damit sie im Vereinssee ablaichen und für Nachwuchs sorgen können. Nach Abschluss der Arbeiten im Unterbecken werden die Fische wieder in ihren alten Lebensraum zurückgebracht.

Im entleerten Unterbecken erfolgte zunächst eine genaue Bestandaufnahme, wo die seit 40 Jahren bestehende Abdichtung in der Wasserwechselzone abgefräst und erneuert wird. In den übrigen Bereichen sind nur punktuelle Ausbesserungen notwendig. Insgesamt wurden im Juni rund 70.000 m² Böschungsfäche etwa drei Zentimeter tief abgefräst und mit einem Hochdruckwasserstrahlverfahren gereinigt. Die anfallenden rund 2.100 m³ (= ca. 3.500 Tonnen) Fräsgut wurden zur Wiederverwertung abtransportiert.

Spezialmaschinen

Seit Juli sind Spezialmaschinen einer Fachfirma im Einsatz, um die mindestens sieben Zentimeter starke, neue Asphaltdecke auf den zwischen 20 und 30 Grad steilen Böschungen des unteren Speicherbeckens aufzubringen. Die größte Dammhöhe des Unterbeckens erreicht 30 Meter. Zwischen acht und zehn Spezialisten sind pro Maschinensatz im Einsatz. An schweren Stahlrossen gesichert hängen die Einbaugeräte,

die den heißen Bitumenasphalt auf die Beckenböschungen aufbringen. Der Asphalt wird auf den Beckenwänden verteilt und mit schweren Walzen verdichtet. Die benötigten etwa 5.100 m³ (= ca. 12.800 Tonnen) Material kommen aus regionalen Asphaltmischwerken per LKW zur Baustelle. Die abgestimmten Transportwege wurden extra so ausgewählt, dass sowohl für die Anwohner als auch die Umwelt mögliche Belastungen so gering wie möglich gehalten werden.

Umfangreiche Arbeiten

Parallel werden umfangreiche Inspektions- und Instandhaltungsarbeiten an den sogenannten Bauwerksanschlüssen vorgenommen. Dazu zählt der talwärts gelegene sogenannte Grundablass (dort kann das Becken wie bei einer Badewanne entleert werden) ebenso wie das riesige Zugangsbauwerk (12 Meter hoch, 30 Meter breit) zum 1,3 Kilometer langen Triebwasserstollen mit seinen Sicherheits-Rollschützen an der kraftwerkseitigen Stauwand. Der Triebwasserstollen verbindet das Oberbecken mit dem Maschinenhaus und dem Unterbecken und überwindet dabei eine Fallhöhe von 310,4 Meter.

Zu guter Letzt wird auch die Sohle des Unterbeckens einer eingehenden Untersuchung unterzogen, so dass anschließend das Unterbecken aus dem Oberbecken wieder mit rund 1,4 Millionen Kubikmeter Wasser befüllt und in Betrieb genommen werden kann. Bis zum Jahresende füllt sich das Unterbecken auf natürliche Weise mit Regenwasser bis zu einer Gesamtfüllmenge von rund 1,8 Millionen m³. Davon sind zum Pumpen und Turbinieren die 1,4 Millionen Kubikmeter Wasser nutzbar. Bis zu 12 Meter betragen die Schwankungen des Wasserspiegels wäh-

rend des Normalbetriebs. Bei maximaler Befüllung reicht die gespeicherte Wassermenge zur Erzeugung von rund 950.000 Kilowattstunden Bahnstrom mit einer Frequenz von 16 2/3 Hertz (normaler Haushaltsstrom hat eine Frequenz von 50 Hertz).

Allein für die Arbeiten am Unterbecken werden bis zu 30 Mitarbeiter im Einsatz sein. Der finanzielle Aufwand für das gesamte Baulos inklusive Planungs- und Vorbereitungsarbeiten sowie baubegleitenden Maßnahmen rund um den Unterbeckenbereich beläuft sich auf rund sechs Millionen Euro.

Parallel zu den Instandsetzungsarbeiten des Unterbeckens laufen auch die Maßnahmen zum Austausch des ersten der beiden Generatoren sowie der Revision der jeweils zugehörigen Pumpturbine und den entsprechenden Absperrvorrichtungen, den sogenannten Kugelschiebern, sowie die Überprüfung der Triebwasserzuläufe.

Die Arbeiten erstrecken sich insgesamt über einen Zeitraum von etwa zweieinhalb Jahren. Die beiden Maschinensätze werden nacheinander bearbeitet. Bei jedem der beiden Maschinensätze ist der komplette Austausch der mit je 84.200 Kilowatt weltweit stärksten Wasserkraft-Einphasen-Motor-Generatoren einschließlich der jeweils 245 Tonnen schweren Generatorrotoren vorgesehen.

Transport von Großbauteilen

Die Großbauteile werden mit Schwerlasttransporten von und zum Pumpspeicherkraftwerk gefahren. So sind bereits die beiden äußeren Gehäusehälften des Generators der Maschine 1 mit fast sieben Meter Außendurchmesser, jeweils rund drei Meter hoch und 26 Tonnen schwer, antransportiert und eingebaut worden; die alten Gehäuse sind zum Recycling bereits abtransportiert worden. Die Welle für die Maschine 1 kommt im Herbst.

Vor Ort wurde auch bereits die Francis-Pumpturbine der Maschine 1 ausgebaut und zerlegt. Das Laufrad wird durch ein neues ersetzt; alle anderen Bauteile werden von Spezialisten des Herstellers

lichen Situation Rechnung.

Durch eine Erweiterung der Uferflächen entstehen neue Freiflächen, die als Parks und Freizeitanlagen angelegt sind. Neue Verbindungen zwischen den Brücken, Straßen und Grünflächen am Fluss bieten zukünftig kurze Wege. Gleichzeitig entstehen neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen im und am Wasser. Zusätzlich wurde ein neues Abwasserpumpwerk errichtet, das die Entwässerung auch während eines Hochwassers sicherstellt.

Der Hochwasserschutz für Regensburg ist eines der technisch anspruchsvollsten und größten laufenden Hochwasserschutzprojekte des Freistaats. Es soll in 18 einzelnen Bauabschnitten umgesetzt werden. Das Gesamtvolumen der Maßnahmen liegt bei rund 100 Millionen Euro. Es wird gemeinsam vom Freistaat Bayern, der Stadt Regensburg und der EU getragen. Bayernweit wird der Freistaat bis 2020 rund 3,4 Milliarden Euro für den Ausbau des Hochwasserschutzes investieren.

Einblicke in die Rekultivierung von Flächen eines Zementwerkes im baden-württembergischen Dormettingen gab im Anschluss Dieter Grau (Atelier Dreiseitl GmbH). Der neu geschaffene Schiefererlebenspark schaffe nicht nur neue landwirtschaftliche Flächen, sondern vor allem einen Mehrwert für die Bürger, da der Abbau der Rohstoffe in einem Naturerlebnispark gezeigt würde, so Grau. Dazu kam ein See mit Gastronomie (Seeplaza) und einem Fossilien-Platz, so dass ein nachhaltiges Parkerlebnis geschaffen wurde. **DK**



Bahnstrom-Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten Generatoraustausch Maschine 1: Bis kurz vor Weihnachten dauert der komplette Austausch des 84.200 Kilowatt weltweit stärksten Wasserkraft-Einphasen-Motor-Generators (sein Zwillingsbruder wird 2017 ausgetauscht) einschließlich des 245 Tonnen schweren Generatorrotors. Nachdem die beiden äußeren (roten) Gehäusehälften des Generators mit fast sieben Meter Außendurchmesser, jeweils rund drei Meter hoch und 26 Tonnen schwer, bereit getauscht worden sind, werden nun in wochenlangender Handarbeit die insgesamt 3 Meter hohen Blechpakete aufgeschichtet – insgesamt rund 144.000 Bleche à 0,5 mm dick. Die Rotorwelle kommt im Herbst 2015 per Spezialtransport über die Alpen. Bild: Jan Kiver, RMD AG

genauestens inspiziert und grundlegend überholt. Die Pumpturbinen haben einen Laufrad-Durchmesser von jeweils rund drei Metern und können 25.800 Liter pro Sekunde (rund 172 Badewannenfüllungen pro Sekunde) in das Oberbecken pumpen. Wenn Bahnstrom erzeugt werden muss, schießen in umgekehrter Richtung rund 31.600 Liter oder rund 211 Badewannenfüllungen pro Sekunde zu Tal. Daher werden auch die

sogenannten Kugelschieber (riesige Absperrhähne) überprüft, denn sie müssen Prüfdrücken von bis zu 47 bar Stand halten. Diese Absperrvorrichtungen für das Triebwasser sind zum einen die zwei Hauptabschieber mit 1,6 Meter Durchmesser und zum anderen die vier Anfahrsturbinenschieber mit 90 Zentimeter Durchmesser. Insgesamt sind für die maschinentechnischen Arbeiten fast 50 Millionen Euro vorgesehen. **□**

Fachkonferenz in Freising:

Rezepte für bezahlbaren Wohnraum

Unter dem Motto „Wohnen für alle ermöglichen. Den Großraum München gemeinsam gestalten“ diskutierten im Kardinal-Döpfner-Haus in Freising die Oberbürgermeister von Freising und München, Tobias Eschenbacher und Dieter Reiter, der oberbayerische Bezirksstagspräsident Josef Mederer sowie der Vorsitzende des Kuratoriums der Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe München und Oberbayern, Ludwig Mittermeier, gemeinsam mit fast 250 Teilnehmern, um auf den starken Zuzug in der Boomregion zu reagieren.

In einem Positionspapier, dem „Freisinger Appell“, wurden die erarbeiteten Kooperationsprojekte und Ergebnisse der dreitägigen Fachkonferenz zusammengefasst. Ziel ist es, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum und eine nachhaltige Bekämpfung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit zu sorgen. „Dafür brauchen wir die Bildung eines regionalen Bündnisses, bestehend aus den Landkreisen, den Städten und Gemeinden, den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen, dem Bezirk und der Regierung von Oberbayern, der Wohnungswirtschaft und weiteren relevanten Akteuren“, heißt es in dem Papier. Es gelte, die folgenden Forderungen zu unterstützen und kurz- bis mittelfristig gemeinsame Umsetzungsstrategien zu entwickeln.

Gefordert wird unter anderem eine Erhöhung der Zielzahlen des geförderten Wohnungsbaus und des konzeptionellen bezahlbaren Mietwohnungsbaus in München und in den Kreisstädten sowie größeren Gemeinden mit S-Bahn-Anschluss auf 6.000 Wohneinheiten pro anno. Auch wird plädiert für die verstärkte Ausweisung von mehr Bauland und Baurecht, die Abschöpfung des Planungsgewinns und das Zur-Verfügung-Stellen von mehr Gemeindeflächen im sozial subventionierten Verkauf, z.B. auch als Sacheinlage bei kommunalen Wohnungsunternehmen oder in Erbpacht. „Wir wollen Anreize schaffen für Wohnungs- und Genossenschaftsbau und alternative Wohnbauprojekte. Die Auflage eines Landkreisförderprogrammes in allen Landkreisen sollte zeitnah realisiert werden.“

Darüber hinaus wird ein durch den Freistaat Bayern finanziertes, über die Regierung von Oberbayern ausgereichtes Sonder-Regio-

nal-Handlungsprogramm für den geförderten Mehrgeschoss-Mietwohnungsbaus in Höhe von 800 Millionen Euro im Fünf-Jahreszeitraum, analog dem kommunalen Wohnungsbauprogramm der Landeshauptstadt München, angestrebt, ebenso Kooperationen für gemeinsame Wohnungsbauprojekte, z.B. von Regierung, Landeshauptstadt, Landkreisen und Gemeinden mit geteilter Finanzierung oder Landkreis-Gemeinde-Kooperationen mit entsprechenden Belegungsrechten.

Freisinger Appell

Auch sollte laut „Freisinger Appell“ der Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ berücksichtigt und eine Zersiedlung verhindert werden. Im gleichen Verhältnis, in dem Gewerbetriebsplätze entstehen, müsse Wohnraum geschaffen werden. Durch die Senkung von Planungsvorgaben (z.B. Stellplatzschlüssel) seien Baukosten zu reduzieren.

Um die Vermittlung in dauerhaftem Wohnraum zu gewährleisten, wird die Schaffung ausreichender Plätze mit qualifiziertem Personal für akut wohnungslose Haushalte gefordert. Zudem seien genügend Wohnmöglichkeiten für Menschen in prekären Lebenssituationen und für besondere Zielgruppen mit sozialen, körperlichen und psychischen Schwierigkeiten einzurichten. Hierzu sollten unterschiedliche, auf die Bedarfe der jeweiligen Zielgruppe angepasste Wohnformen entwickelt werden. Außerdem müssten mit politischer Unterstützung flexiblere und praxiserreichere Finanzierungs- und Fördermodelle mit allen Beteiligten, insbesondere den Kostenträgern, erarbeitet werden. **DK**

Tagung „Baukulturwerkstatt 2015“ in Regensburg:

Infrastruktur und Landschaft

Windräder, Stromtrassen, Hochwasserschutzwände – wie passen Infrastruktur und Landschaft zusammen? Zu dieser Frage veranstaltete die Bundesstiftung Baukultur zusammen mit der Stadt Regensburg die Tagung Baukulturwerkstatt. Rund 120 Landschaftsarchitekten, Ingenieure, Stadtplaner und Architekten diskutierten mit der Bundesstiftung Baukultur und Experten Möglichkeiten für eine verträgliche Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen.

Fakt ist: Orts- und Landschaftsbild sind einem ständigen Wandel unterworfen. Häufig gibt es eine Veränderung zum Schlechten. Einem Zuviel an technischer Infrastruktur steht oftmals ein Zuwenig an sozialer Versorgung gegenüber. Einerseits fehlen Schulen, Krankenhäuser und Geschäfte in den Ortszentren, andererseits wachsen Gewerbegebiete für den überregionalen Markt stetig an.

Best-Practice-Beispiele

Wie Landschaften kultiviert werden können und Infrastruktur integriert wird, demonstrieren acht Best-Practice-Beispiele auf dem Podium und weitere auf einer Projektbörse. Dabei zeigte u.a. das Projekt des Stadthafens Senftenberg im Lausitzer Seenland, dass aus einer ehemaligen Tagebaustätte ein Impulsgeber für eine ganze Stadt werden kann.

Wie Dr. Carlo W. Becker (bgmr Landschaftsarchitekten) und Prof. Oliver Hall (ASTOC Architects and Planners) darlegten, blühe Senftenberg durch den neuen Stadthafen auf und schaffe Folgeinvestitionen, u. a. durch Gastronomie am Hafen, moderne Licht-

konzepte und Barrierefreiheit.

Bereits ein Drittel der Kulturlandschaften in Deutschland sei durch Technik oder Bebauung visuell geprägt, hob Andrea Hartz (agl) in ihrer Keynote zu Transformationsprozessen hervor. Daher gebe es mittlerweile nicht mehr nur Wald- sondern auch urbanisierte Landschaften. Bisher beschreibe aber lediglich die Fachwelt diese Transformation, eine Bewertung müsse jedoch im gesellschaftlichen und politischen Rahmen erfolgen.

Hochwasserschutz Schwabelweis

Der lokale Bezug der Baukulturwerkstatt zu Regensburg zeigte sich am Projekt des Hochwasserschutzes in Schwabelweis, bei dem in vorbildlicher Weise, beginnend mit einem europaweit ausgeschriebenen Wettbewerb, die Zusammenarbeit von Landschaftsarchitekten, Architekten und Bauingenieuren erfolgte. Nach den Worten von Wolfgang Weinzierl (Weinzierl Landschaftsarchitekten GmbH) wurde daher nicht nur eine Schutzanlage geschaffen, sondern auch eine Aufwertung des gesamten Uferbereiches mit Naherholungs-

möglichkeiten für die Regensburger erzielt.

Für den neuen Hochwasserschutz in Regensburg-Schwabelweis wurde ein rund ein Kilometer langer Deich gebaut und erhöht, stabilisiert wird dieser im Inneren durch eine Erdbetonwand. Außerdem pumpen Schöpfwerke während eines Hochwassers Niederschlag- und Sickerwasser zurück in die Donau.

Frühe Information

Laut Christine Schimpfermann (Leiterin Bauamt Stadt Regensburg) bedeutet Baukultur so viel wie Planungskultur. Deswegen habe man, als man in Regensburg den Hochwasserschutz angegangen sei, die Bürger sehr früh informiert. „Die Akzeptanz ist sehr hoch. Die Gestaltung ist ein wichtiges Element bei der technischen Umsetzung“, erklärte Schimpfermann.

Inzwischen wurden nach dreijähriger Bauzeit auch die Hochwasserschutzmaßnahmen für Regensburg-Reinhausen abgeschlossen – sie bieten Schutz für rund 8.000 Menschen an der Donau. Entstanden ist ein Konzept, das den Hochwasserschutz mit Landschaftsplanung, Stadtplanung, Verkehrsplanung und Gewässerentwicklung kombiniert. Speziell die Zusammensetzung aus neuen Schutzmauern und mobilen Elementen trägt der sensiblen Städtebau-

LBS Bayern auf Erfolgskurs, aber stark unter Ertragsdruck

Die Nullzins-Politik der EZB ist eine Riesen-Herausforderung

Ungewöhnlich scharf ist Franz Wirmhier, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS), bei der Bilanzpressekonferenz des Instituts mit der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ins Gericht gegangen. Diese Politik, die das klassische Bankgeschäft austrockne, sei eine Riesen-Herausforderung für das Bausparsystem und seine betriebswirtschaftliche Konstruktion. Diese Politik sei nicht mehr marktgetrieben, sondern werde allein von der Politik bestimmt. Die Folge sei eine total widersprüchliche Situation. Für die Kunden sei Bausparen noch nie attraktiver gewesen als heute. Und für die Bausparkassen sei es noch nie so schwierig gewesen, Geld zu verdienen. Die LBS Bayern werde alles unternehmen, um diese beispiellose Herausforderung, die einen enormen Ertragsdruck bedeute, dennoch zu meistern.

Wirmhiers Unmut gipfelte in der Feststellung: „Ich bin jetzt 33 Jahre dabei, aber so etwas habe ich noch nicht erlebt.“ Die Grundregeln des Marktes seien außer Kraft gesetzt. Wenn Geld keinen Preis mehr habe, verliere es seinen Wert. Die Nullzinspolitik sei eine Farce, unter der vor allem die Grundsolden zu leiden hätten. Deshalb treffe es die Bundesrepublik, die mit ihren gesunden Bausparkassen, Lebensversicherungen, Stiftungen und Systemen der Altersvorsorge ein Hort der Stabilität sei, besonders hart.

Da die Nullzinsphase wohl noch mindestens bis Ende 2016 anhalten werde, gerieten die bundesdeutschen Bürger immer mehr unter Druck. Diese durch die EZB künstlich herbeigeführte Politik des Niedergangs müsse gestoppt werden. So wie bisher könne es nicht weitergehen.

Drittbestes Neugeschäft

Die Attraktivität für die Kunden zeigt sich darin, dass die LBS Bayern die Zahl ihrer Kunden auf 1,63 (Vorjahr: 1,55) Millionen steigern und mit 8,12 Milliarden Euro (+0,5 Prozent) das drittbeste Neugeschäft in ihrer Geschichte erzielen konnte. Besonders gut hat sich im Berichtsjahr 2014 das Geschäft mit Wohnriester-Verträgen entwickelt, das um 15,3 Prozent auf 1,25 Milliarden Euro zulegte.

Auch im laufenden Jahr zeichnet sich eine weitere Steigerung ab. Das Jahresziel von 8,3 Milliarden Euro sei zu erreichen. Allerdings verbirgt sich hinter dem Neugeschäft eine wichtige Verschiebung. Die Zahl der Verträge ging zwar um 9,12 Prozent auf 202.492 Stück zurück, doch stieg die durchschnittliche Bausparsumme um 28 Prozent auf 45.739 Euro. Hinter dieser Verschiebung

Neutraublinger Schulprojekt:

„Mach mit! Entdecke Deinen Landkreis“

Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Jahrgangsstufe des Gymnasiums Neutraubling haben im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes Verbesserungsvorschläge und Anregungen vorgetragen, was bei der bevorstehenden Generalsanierung ihrer Schule beachtet werden müsste.

Unter der Leitung von Lehrerin Ursula Robl hatte sich die Fotogruppe beim Schulprojekt des Landkreises „Mach mit! Entdecke Deinen Landkreis“ das Thema „Mitwirken in der Demokratie“ ausgesucht und dabei pragmatisch gleich die Generalsanierung der eigenen Schule ins Auge gefasst. Dies, um im „Echttest“ zu erfahren, ob überhaupt und - wenn ja - welche Mitwirkungsmöglichkeiten es für die Schülerinnen und Schüler dort gibt und wie die Ideen und Anregungen in die Entscheidungsprozesse einfließen können.

Zahlreiche Vorschläge

So präsentierte die aus etwa 40 Schülern bestehende Gruppe eine Reihe von Vorschlägen, was bei

verbirgt sich die Tendenz zum finanzierungsorientierten Bausparen und zu Sofortfinanzierungen. So entfielen von den erwählten Wohnriester-Verträgen schon rund 400 Millionen Euro auf riestergerforderte Finanzierungen.

Lohnende Wohnriester-Förderung

In diesem Zusammenhang wies Wirmhier erneut darauf hin, dass sich die Wohnriester-Förderung sehr lohne. Die hohen Zulagen auf die Kapitalbildung fielen gerade bei extrem niedrigen Zinsen besonders ins Gewicht. Darüber hinaus komme die Wohnriester-Förderung nicht erst im Ruhestand zur Auszahlung, sondern bereits mit dem Bau, dem Kauf oder der Entscheidung einer Wohnimmobilie.

Im Darlehensgeschäft waren Sofortfinanzierungen erneut stark gefragt. Mit Auszahlungen von 733 (755,3) Millionen Euro wurde das zweithöchste Volumen in der Unternehmensgeschichte erreicht. Dagegen waren die Auszahlungen bei den Bauspardarlehen mit 426,9 (510) Millionen Euro rückläufig.

Wegen des extremen Niedrigzinsumfeldes rufen viele Kunden ihre zuteilungsfähigen Bauspardarlehen nicht mehr ab. Die beim Vertragsabschluss vor sieben oder mehr Jahren gültigen Tarifkonditionen sind im Vergleich zu heutigen Zinsen von Annuitätendarlehen oft zu teuer. Deshalb sind nur noch zehn Prozent der Einlagen als Bauspardarlehen ausgereicht. Dagegen waren im Sofortkreditgeschäft die vergangenen zwei Jahre die besten der LBS. Und hier wolle man weiter wachsen, sagte Wirmhier. Sofortkredite böten exklusive Vorteile, insbesondere für die langfristige Zinsbindung über 10 Jahre und zur Nutzung der Wohnriester-Förderung.

Die widersprüchliche Entwicklung zeigt sich deutlich im Ergebnis. Schwer wiegt der Absturz der Kapitalmarktzinsen. Während die durchschnittliche Verzinsung der Kundeneinlagen wegen der sehr langfristigen Zahlungsströme nur sehr langsam zurückgeht, hat sich der Zinsverfall immer weiter beschleunigt. Aber auch die Margen der neuen Geldanlagen und im Sofortkreditgeschäft werden immer schmaler und zum Teil sogar negativ. Die Anlagenchancen auch der LBS haben sich laufend verschlechtert. Außerdem schmelzen die Bestände der margenstarken Bauspardarlehen sukzessive ab.

Positiver Sondereffekt

Wirmhier: „Wir können den Geldeingang kaum gewinnbringend einsetzen.“ So ist im Berichtsjahr der Zinsüberschuss um 13,7 Prozent auf 171,4 (198,7) Millionen Euro zurückgegangen, wogegen wegen Restrukturierungsaufwendungen der Verwaltungsaufwand um 27,6 Prozent auf 138,8 (108,8) Millionen Euro gestiegen ist. Der Sachaufwand wurde um 2,4 auf 46,3 Millionen Euro reduziert. Außerdem mussten wegen der sinkenden Kapitalmarktzinsen die Pensionsrückstellungen zusätzlich um 7,6 Millionen Euro erhöht werden.

Insgesamt wurden diesen Rückstellungen im Berichtsjahr 22,2 Millionen mehr zugewiesen als im Jahr zuvor. Positiv hingegen hat sich ein Sondereffekt ausgewirkt. Weil die Abschlussgebühr für Riester-Bausparverträge jetzt in vollstem Umfang zum Zeitpunkt ihrer Entstehung, also sofort, realisiert wird und nicht, wie bisher, bilanziell auf fünf Jahre verteilt, konnte das Minus im Provisionsergebnis um 59 Prozent von 32,2 Millionen auf 13,2 Millionen Euro verringert werden.

Maximale Vorsorge

In der Summe all dieser Faktoren schrumpfte das Betriebsergebnis vor Risikoversorge um 63 Prozent auf 20,3 (54,9) Millionen Euro. „Vor diesem Hintergrund“, so Wirmhier, „haben wir im Einklang mit unserem Verwaltungsrat und unserer Gesellschafterversammlung in unserem Jahresabschluss 2014 maximale Vorsorge getroffen für mögliche künftige Belastungen aus der europäischen Nullzins-Politik.“ Konkret: Nach Risikoversorge, Steuern und Reservebildung wird der Jahresüberschuss mit 0 ausgewiesen. Auch der Jahresüberschuss 2013 von 34,65 Millionen Euro wurde schon zur inneren Stärkung genutzt.

Fürs laufende Jahr rechnet Wirmhier mit einem weiteren Absacken des Betriebsergebnisses auf etwa 10 Millionen Euro. Dies nicht zuletzt auch wegen der neuen Einlagensicherung im Sparkassen-Finanzverbund, die mit etwa 6 Millionen Euro zu buche schlägt.

Mit einer „Nullzins-Strategie“, die auf vier Säulen ruht, will die LBS Bayern der „Nullzins-Politik“ der EZB begegnen: mehr Bauspargeschäft, mehr Finanzierungen, mehr Balance im Bausparkollektiv und mehr Konzentration auf das Wesentliche. Im Bauspargeschäft geht es um noch zeitgemäßere Produkte und den Ausbau der Vertriebswege, etwa durch die Erhöhung der Zahl der LBS-Handelsvertreter, um die Sparkassen in der Bausparberatung zu unterstützen, und die weitere Digitalisierung der Geschäftsvorgänge.

Wegen der EZB-Politik sei das Bausparsystem aus dem Gleichge-

wicht geraten, kritisierte Wirmhier. Es müsse wieder in die Balance gebracht werden. „Wir müssen das Bausparkollektiv so an die veränderten Bedingungen anpassen, dass wir den Bausparern auch in Zukunft ein attraktives Darlehensangebot unterbreiten können.“ Deshalb wird die durchschnittliche Verzinsung der Bauspareinlagen reduziert, und zwar über zwei Ansätze. Zum einen werden im Neugeschäft die Einlagen nur noch mit 0,1 Prozent verzinst. Andererseits gibt es Bauspar-Darlehen schon ab 1,4 bis 1,99 Prozent, Sofortfinanzierung bei 10 Jahren Zinsbindung zu 1,72 Prozent, bei 15 Jahren Zinsbindung zu 2,33 Prozent.

Günstige Konditionen

Laut „Finanztest“ sind die Konditionen für Wohnbaukredite zurzeit sensationell günstig. Das Sofortfinanzierungsgeschäft läuft weiterhin auf Wachstumskurs, vor allem dank Riesterverträgen.

Zum anderen geht es um die Bestandskunden, denn von historisch günstigen Zinsen profitieren nicht nur die Neukunden, sondern auch alle, die einen älteren Bauvertrag mit hohen Guthabenzinsen haben, dessen Darlehenszins aber aus heutiger Sicht nicht mehr attraktiv ist. Auch sie können vom Zinsrutsch profitieren, wenn sie bauen, kaufen oder modernisieren möchten, nämlich dann, wenn sie in die aktuelle Tariffamilie umsteigen. Wer das tut, wird dann so gestellt, als hätte er von Anfang an einen Vertrag mit den heutigen Konditionen abgeschlossen.

Als Alternative gibt es die Möglichkeit des Wechsels in eine Sofortfinanzierung. Das bisherige Bausparguthaben wird dann als Eigenkapital in einem Vertrag über einen Bausparkombikredit eingesetzt. Dabei nutzt der Kunde zunächst einen Sofortkredit der LBS oder Sparkasse zu aktuellen Konditionen und profitiert im Anschluss von einem zinsgünstigen Bauspardarlehen. In beiden Fällen, so Wirmhier, könne der Kunde Zinsen von einigen tausend Euro sparen bei absoluter Zinssicherheit von der ersten bis zur letzten Rate.

Vertragskündigungen

Bei Kunden, die dauerhaft nur an hohen Guthabenzinsen, wie sie ältere Verträge noch bieten, interessiert sind, sieht sich die Bausparkasse zu Vertragskündigungen gezwungen. 2014 ist das etwa 26.000 Mal der Fall gewesen. Ein Bausparvertrag sei eben keine lebenslange Anlageform, sondern die Eintrittskarte für ein zinsreiches Baudarlehen. Gekündigt werden Altverträge, bei denen dieser Zweck des Bausparens keine Rolle mehr spielt. Das sind Verträge, die über die Bausparsumme hinaus bespart werden oder bei denen zehn Jahre nach Zuteilung reife das Darlehen nicht abgerufen wurde.

Des Weiteren sollen die Kosten weiter um 15 Prozent (gegenüber dem Referenzjahr 2013) gesenkt werden, allein die Sachkosten bis Ende 2017 um 8 Millionen Euro jährlich. Und in diesem Zeitraum sollen auch 90 von 630 Vollzeit-Arbeitsplätzen durch natürliche Fluktuation und vorzeitige Ruhestandsversetzungen abgebaut werden. Für diese Personalmaßnahmen sind 5,3 Millionen Euro zurückgestellt.

Durch das Streichen von Aufwänden und Arbeitsplätzen erhofft sich die LBS Bayern Produktivitätsfortschritte. Wirmhier: „Das Gebot der Stunde lautet, den Kernnutzen unserer Produkte, die Zinssicherung, zu erhalten. Wir sind dabei, unser Geschäftsmodell für eine Welt mit extrem niedrigen Kapitalmarktzinsen und seiner rasant fortschreitenden Digitalisierung fit zu machen; unser Markt ist lebhaft und hat Wachstumspotenzial, auch in Zukunft.“ dhg.



Zahlreiche Prominenz bei den Feierlichkeiten.

Richtfest für Betreutes Wohnen in Geisenfeld

Ende Juli wurde mit dem Richtfest im künftigen Betreuten Wohnen der nächste Meilenstein in der Krankenhausstraße in Geisenfeld zurückgelegt. Der Geschäftsführer von ERLBAU, Alois Erl jun., begrüßte gemeinsam mit Erstem Bürgermeister Christian Staudter, Landrat Martin Wolf und dem Kreisvorsitzenden des BRK-Kreisverbandes Pfaffenhofen Hans Koziel rund 70 Gäste. Gemeinsam mit Zimmermeister Lothar Weber wurde die Richtkrone auf das Dach des Betreuten Wohnens gehoben.

Bürgermeister Christian Staudter wies in seinem Grußwort darauf hin, dass die Stadt mit dem jetzigen Projekt „den zweiten Schritt hin zu einem umfassenden Seniorenzentrum“ mache. Als „zukunftsweisend für den gesamten Landkreis“ bezeichnete Landkreischef Martin Wolf das Projekt und lobte dessen Lage mitten im Zentrum. Dass hier ein Komplex entstehe, der „selbstständiges Wohnen bis ins hohe Alter mit größtmöglicher Sicherheit“ ermöglicht, betonte der BRK-Kreisvorsitzende Hans Koziel.

Gemäß den Planungen entstehen im Betreuten Wohnen 28 Wohnungen, in einer Größe zwischen 50 und 90 m². Alle Wohnungen verfügen über eine 24-Stunden-Notrufanlage, Brandmelder, einer Dreifachverriegelung bei der Eingangstür, elektrische Rollos bei den Fenstern, praktische Schiebetüren (innen), großzügige Terrassen und Balkone sowie sanitäre Sonderausstattung. Parkmöglichkeiten sind in den haus-eigenen Garagen und Stellplätzen vor dem Objekt geplant. Alle Stockwerke des Gebäudes werden bequem mit dem Aufzug erreichbar sein. Die Außenanlagen sind

aufwändig und modern gestaltet.

Die Betreuung der künftigen Bewohner erfolgt durch den BRK Kreisverband Pfaffenhofen. Der Abschluss eines Betreuungsvertrages ist dabei verpflichtend. Seniorengerechtes Wohnen bedeutet dabei, bis ins hohe Alter hinein selbstständig in den eigenen vier Wänden zu leben – mit der Sicherheit einer bestmöglichen Versorgung nach den eigenen Wünschen und individuellen Bedürfnissen.

ERLBAU realisiert alle Objekte zu einem Großteil mit firmeneigenen Betrieben und kann mit der Philosophie „Alles aus einer Hand“ beste Bauqualität sicherstellen. Durch die Zusammenarbeit mit Energieberatern und anerkannten Spezialisten ist ein lückenloses Konzept zur Energieeinsparung gewährleistet. Wärmedämmende Ziegel und eine konsequente Drei-Scheiben-Verglasung tragen dazu bei, Energiekosten gering zu halten und die Umwelt zu schonen. Das Betreute Wohnen in Geisenfeld erfüllt als „Effizienzhaus KfW 55“ mehr als die staatliche Energieeinsparverordnung.

Zusätzlich zum Betreuten Wohnen werden Räume für eine Arztpraxis im Gebäude geschaffen. □

Schlüsselübergabe für Grundschule Wörthsee

Große Freude bei den Schülern der Grundschule Wörthsee: Noch vor den Sommerferien durften sie in ihr neues, helles und hochmodernes Schulgebäude umziehen. Zusammen mit Schülern, Lehrern, Schulleitung, Kommunalpolitikern und den verantwortlichen Planern fand die offizielle Schlüsselübergabe für den Neubau statt.

HITZLER INGENIEURE München betreute die Gesamtbaumaßnahme inklusive Turnhalle als Projektmanager und kontrollierte die terminplangerechte Errichtung, die Kosten sowie die vertragsgerechte Leistungserbringung aller Projektbeteiligten.

„Es ist uns gelungen, den Schulneubau in Wörthsee nicht nur sechs Wochen vor dem offiziellen Umzugstermin im September abzuschließen, sondern auch noch deutlich unter dem vorgegebenen Kostenrahmen. Die Ausgaben liegen rund eine halbe Million unter dem erwarteten Investitionsvolumen“, freut sich Dipl.-Ing. Philipp Ratajczak, verantwortlicher Projektsteuerer bei HITZLER INGENIEURE München.

Nachdem in einem ersten Bauabschnitt eine 2,5-fach-Turnhalle entstanden ist, umfasste der zweite Bauabschnitt jetzt den Neubau der komplett barrierefreien Grundschule für 220 Schüler mit Kinderhort und Mittagsbetreuung. Die Grundlage für den Entwurf des Schulneubaus bildet das pädagogi-

sche Konzept. „Flexible Klassenzimmer heißt hier das Schlüsselwort“, sagt Philipp Ratajczak. „Im Mittelpunkt steht dabei ein modular aufgebautes Raumkonzept, das Einzel- und Gruppenarbeit flexibel miteinander kombiniert, indem es unterschiedliche Sozialformen und unterschiedlichen Lernstile fördert.“

So finden sich keine Türen in den zehn Klassenzimmern, die um zwei Marktplätze in jeweils zwei so genannten „Klassenzimmerrevieren“ angeordnet sind; die dreieckigen Tische können von den Kindern und Lehrern je nach Bedarf umgruppiert, die Tafeln flexibel eingesetzt werden.

Konzeptbedingt wurde dem Neubau ein außenliegender, rundumlaufender Fluchtbalkon vorgelegt, der durch feststehende, bunte Aluminiumstäbe als Verschattungselement dient. Das alte Schulgebäude wird in den Sommerferien abgerissen; die Außenanlagen werden bis zum kommenden Frühjahr fertiggestellt. □

Bewältigung und Eindämmung des anhaltenden Asylzustroms:

Bayerisches Kabinett beschließt Maßnahmenpaket

Zu Beginn seiner Klausurtagung in St. Quirin hatte sich der Ministerrat mit dem dramatischen Anstieg der Asylzahlen befasst und hierzu grundlegende asylpolitische Weichenstellungen beschlossen. Ministerpräsident Horst Seehofer: „Wir stoßen bei den Asylbewerberzahlen in Bayern zunehmend an unsere Belastbarkeitsgrenzen.“

Dies gelte in organisatorischer Hinsicht, so etwa bei der Unterbringung, betonte Seehofer: Immer mehr Kommunen klagten, dass sie keine Kapazitäten mehr für die Unterbringung von Asylbewerbern haben. Dies gelte aber ebenso in personeller Hinsicht: Bei allen beteiligten Stellen und Institutionen sei die Personaldecke am Limit. Aber auch in finanzieller Hinsicht gerate Bayern mehr und mehr an die Belastungs- und Leistungsgrenze. Daher gelte es jetzt massiv entgegenzusteuern.

Laut Seehofer „müssen wir auch klar benennen, um was es geht, wenn Menschen ohne Schutzanspruch nach Deutschland kommen, wie zum Beispiel vom Westbalkan: Asylmissbrauch, der die Akzeptanz und großartige Hilfsbereitschaft in unserer Bevölkerung für Flüchtlinge schmälert und unsere Kapazitäten für Menschen mit Schutzanspruch verringert. Angesichts der Situation genügen auch keine kleinen Korrekturen mehr. Was wir brauchen, ist eine grundlegende Änderung unserer gesamten Asylpolitik und ein asylpolitisches Maßnahmenpaket, das Bayern, den Bund und die EU umfasst. Der Bund und die europäische Ebene müssen sich endlich mit der notwendigen Tiefe und dem notwendigen Tempo den anhaltenden Herausforderungen stellen.“

Bayerns Ministerpräsident unterstrich, dass die asylpolitischen Maßnahmen zur Verringerung des Asylzustroms nicht auf die lange Bank geschoben werden dürften. Entscheidend sei jetzt schnelles, entschlossenes Handeln. Richtschnur sind die Ziele, die die Ministerpräsidenten am 18. Juni 2015 beschlossen haben. Seehofer: „Und das bedeutet die klare Unterscheidung: Jene, die Anspruch auf Schutz haben, und jene, die ohne Bleibeperspektive sind.“

Bayern wird daher unverzüglich die Schaffung von Aufnahme-Einrichtungen für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit im grenznahen Bereich in Angriff nehmen und die Verfahren hier bündeln und beschleunigen.

Grenznahe Aufnahme-Einrichtungen

Im Einzelnen hat der Ministerrat folgende asylpolitische Maßnahmen beschlossen:

- (Grenznahe) Aufnahme-Einrichtungen für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit: In Bayern werden zwei möglichst grenznahe Aufnahme-Einrichtungen nur für Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit aus sicheren Herkunftsländern sowie aus Albanien, Kosovo und Montenegro geschaffen. Hierfür werden Einrichtungen mit ausreichenden Kapazitäten errichtet, an denen alle für eine schnelle Verfahrensabwicklung erforderlichen Behörden des Bundes und des Landes sowie die Verwaltungsgerichtsbarkeit vor Ort zusammenarbeiten:

- Bundespolizei, Landespolizei und übrige Aufnahmeeinrichtungen leiten Asylbewerber mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit direkt diesen Einrichtungen zu.
- Registrierung (ggfs. Weiterleitung in andere Bundesländer), Gesundheitsuntersuchung und Asylantragstellung erfolgen innerhalb der drei ersten Tage in der Einrichtung.
- In den Einrichtungen herrscht Vorrang für das Sachleistungsprinzip.

- Die Beratung zur freiwilligen Ausreise setzt sofort ein. Zu jedem Zeitpunkt wird eine freiwillige Ausreise ermöglicht und unterstützt.

- Anhörung, Entscheidung und Zustellung der Entscheidung durch das BAMF erfolgen binnen zwei Wochen.

- Bei offensichtlich unbegründeten Anträgen wird innerhalb von zwei Wochen auch gerichtlich entschieden.

- Abschiebungen erfolgen unmittelbar und kontinuierlich aus der Einrichtung nach der abschließenden endgültigen Entscheidung.

- Ein politischer Leitungsstab aus Bund, Freistaat Bayern und Kommunen wird ab sofort die Umsetzung in die Wege leiten.

Die Staatsregierung fordert deshalb die unverzügliche Umsetzung des MPK-Beschlusses vom 18.06.2015.

- 1. Die Verfahren für Asylbewerber sind rasch zu beschleunigen. Dazu fordert die Staatsregierung vom Bund:

- die rasche personelle Verstärkung des BAMF (Einstellung der 1000 zusätzlichen Mitarbeiter in 2015 und Schaffung der weiteren 1000 Stellen für 2016) und

- den Abbau der über 237.000 Bestandsverfahren. Dazu muss der Bund baldmöglichst, jedenfalls aber vor den zugangstärksten Monaten ab Herbst 2015 die vier Entscheidungszentren für einen geclusterten effektiven Verfahrensablauf schaffen.

- Eine besondere Beschleunigung ist bei Asylbewerbern ohne Schutzgrund notwendig. Hierzu muss:

- die Gesamtaufhaltungsdauer in Deutschland für Asylbewerber mit besonders niedriger Schutzquote von EASY-Registrierung bis Aufenthaltseinstellung auf wenige Wochen (maximal 3 Monate) verkürzt werden

- der Bund die Länder bei der Rückführung unterstützen.

- 2. Bundesweite Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen mit Wirkung ab 1.1.2016 sowie schnellstmögliche Erarbeitung eines Übergangskonzepts bis zum Inkrafttreten des Gesetzes. Bald jeder zweite unbegleitete Minderjährige ist in Bayern untergebracht. Ziel ist ein dauerhafter gerechter Kosten- und Lastenausgleich zwischen den Ländern sowie eine Überprüfung der Jugendhilfstandards.

Weitere Forderungen Bayerns an den Bund

Darüber hinaus fordert Bayern vom Bund folgende Maßnahmen:

1. Aufnahme von Albanien, Kosovo und Montenegro in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten des Asylverfahrensgesetzes. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob weitere, insbesondere afrikanische Staaten, in diese Liste aufgenommen werden können.

2. Initiative der Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission zur Wiedereinführung der Visumpflicht für Staatsangehörige aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, EJR Mazedonien, Montenegro und Serbien.

3. Ausweitung von Leistungskürzungen nach § 1a AsylbLG für Personen aus sicheren Herkunftsländern oder deren Asylanträge als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden.

4. Gesetzliches Verbot der Erteilung von Beschäftigungserlaubnissen an Asylbewerber, die aus si-

cheren Herkunftsstaaten stammen oder deren Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden ist, sowie an Asylbewerber, deren Überstellung im Dublin-Verfahren angeordnet ist. Andererseits müssen alle Asylbewerber mit hoher Bleibeperspektive sehr schnell in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu sichern.

5. Wiedereinführung der generellen räumlichen Beschränkung auf den Bezirk der Ausländerbehörde (Residenzpflicht) für Asylbewerber, die aus sicheren Herkunftsstaaten stammen oder deren Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt, sowie für Asylbewerber, deren Überstellung im Dublin-Verfahren angeordnet worden ist.

6. Abschaffung der Duldung für Asylbewerber, deren Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden ist, durch Änderung des Aufenthaltsgesetzes. Diese Ausländer erhalten nur noch ein Papier, in dem ihre Ausreisepflicht bescheinigt wird. Damit entfällt auch die Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis.

7. Schaffung der Möglichkeit, dass Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive auch länger als drei Monate in der Erstaufnah-

meineinrichtung bleiben können. 8. Massive Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung in den Westbalkanstaaten, um die Botschaft zu verbreiten, dass sich das Kommen nach Deutschland nicht lohnt und sogar eine Wiedereinreisepflicht droht, die für den gesamten Schengenraum gilt.

9. Zur Sicherstellung einer einheitlichen Abschiebungspraxis in Deutschland dürfen Abschiebungstopperlase der Länder nur im Einvernehmen mit dem BMI oder durch IMK-Beschluss erfolgen. Dadurch werden Wintererlasse einzelner Länder ausgeschlossen.

10. Abschiebungen nach Ablauf der Ausreisepflicht dürfen grundsätzlich nicht angekündigt werden.

11. Der Bund muss bei der in diesem Jahr anstehenden Umsetzung der EU-Vorgaben zur Unterbringung von Asylbewerbern der veränderten Situation beim Zugang von Asylbewerbern Rechnung tragen. Die Ausgestaltung von Unterkünften muss menschenwürdig sein, darf aber keinen zusätzlichen Anreiz schaffen, nach Deutschland zu kommen.

12. Der Bund muss sich an Wohnraumprogrammen der Länder in Höhe von mindestens 2 Mrd. Euro jährlich beteiligen. Da in vielen Regionen der Wohnungsmarkt bereits heute sehr angespannt ist, sind massive Investitionen in den Wohnungsmarkt notwendig, um soziale Verwerfungen in Folge der vielen Flüchtlinge, die dauerhaft bei uns bleiben, zu vermeiden. □

Erstaufnahmeeinrichtung soll Entlastung bringen

Regierung von Oberfranken bittet Bamberg um humanitäre Hilfe

Der große Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland hält nach wie vor an. Besonders nach Bayern kommen deutlich mehr Menschen, die aus großer Not ihre Heimat verlassen haben. Ankommende Flüchtlinge werden gegenwärtig auf die sieben bayerischen Regierungsbezirke und von dort auf die Städte und Landkreise verteilt. Der Freistaat Bayern hat hierzu, angesichts der dramatischen Situation, den „Notfallplan“ ausgerufen. Danach müssen alle bayerischen Städte und Landkreise für eine kurzfristige Unterbringung Sorge tragen.

Die Regierung von Oberfranken hat nun die Stadt Bamberg um humanitäre Hilfe gebeten: Es sollen Unterkünfte für die Erstaufnahmeeinrichtung Oberfranken auf dem früheren US-Gelände geschaffen werden. Dann hätte Oberfranken neben Bayreuth einen weiteren Standort der Erstaufnahmeeinrichtung. „Wir stellen uns der Verantwortung. Der Stadtrat und die Stadtspitze sind sich einig, dass wir helfen können und das werden wir auch tun“, sagte Oberbürgermeister Andreas Starke.

Am 14.07.2015 wurde der Stadt Bamberg konkret mitgeteilt, dass der Regierungsbezirk Oberfranken kurzfristig in dieser Woche weitere 550 Personen aufnehmen muss. Für die Stadt Bamberg bedeutet das, dass im Rahmen des Notfallplans jetzt mindestens 50 Personen untergebracht werden müssen. „Dafür ist die Stadt Bamberg vorbereitet und wir werden für diese Gruppe für einen angemessenen Unterbringung sorgen“, erklärte der zuständige Sozialreferent Ralf Haupt.

„In den letzten Tagen haben sich zudem die Ereignisse überschlagen“, betonte Oberbürgermeister Andreas Starke. „Die Regierung hat die Stadt nämlich darüber informiert, dass sie einen Teil der jetzt in Bayreuth bestehenden Erstaufnahmeeinrichtung nach Bamberg verlagern will, um eine Entlastung zu organisieren. Gegenwärtig sind in Bayreuth und in ganz Bayern die Erstaufnahmeeinrichtungen völlig überfüllt. Ein weiterer Grund für die geänderten Pläne der Regierung ist der Umstand, dass sich der Neubau einer Erstaufnahmeeinrichtung in Bayreuth nur mit hohem Kostenaufwand von über 60 Millionen Euro verwirklichen lässt. „Da bietet

es sich an, die Stadt Bamberg mit ihren leer stehenden Gebäuden auf dem Konversionsgelände um Unterstützung zu bitten“, so der Regierungspräsident Wilhelm Wenning in den Verhandlungen mit Oberbürgermeister Andreas Starke.

Für OB Starke und den Ältestenrat ist es eine Frage der Solidarität in der kommunalen Familie in Oberfranken, „dass man sich gegenseitig hilft“. Den Konversionskommunen wie Bamberg komme dabei eine besondere Rolle zu. Befristet und vorübergehend sollen daher in vier Gebäuden Asylbewerber in einer Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht werden, so Starke. „Es ist gerecht, wenn wir dafür aus dem Notfallplan herausgenommen werden und auch bei der sonstigen Zuweisung einen Vorteil haben werden“, erläuterte Starke.

In Bayreuth sollen auch zukünftig jene Menschen erfasst werden, die von dort an andere Bundesländer verteilt werden. In der geplanten neuen Erstaufnahmeeinrichtung in Bamberg sollen hingegen jene Menschen vorübergehend aufgenommen werden, welche nach einer medizinischen Grundversorgung und der Erfassung in den EDV-Systemen anschließend innerhalb Oberfrankens weiter verteilt werden.

Bei den für die Einrichtung ins Auge gefassten Immobilien handelt es sich um vier Wohnblocks der so genannten Flynn-Area, die ohnehin schon für die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen waren. Jetzt werden diese Häuser Erstaufnahmeeinrichtungen. Die Kosten der Erschließung wird der Freistaat komplett übernehmen, ebenso die anfallenden Kosten für die Asylsozialbetreuung, Hausmeister etc. □

Bernreiter und Meyer widersprechen Articus:

Aufnahmekapazität ist erschöpft!

Mit Entschiedenheit sind der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter und dessen Amtskollege Franz Meyer (Passau) der Auffassung des Geschäftsführers des Deutschen Städtetags Stephan Articus entgegengetreten, wonach die Aufnahmekapazität in Deutschland noch lange nicht erschöpft sei. Mit dieser Aussage war Articus in der Passauer Neuen Presse zitiert worden.

Laut Landkreistagschef Bernreiter ist dies „wieder so eine Aussage, die beweist, dass man im ferneren Berlin weit weg von der Realität ist! Und weit weg von den Menschen!“ Ferner betont Bernreiter: „Wenn Herr Articus Städte benennen kann, die freiwillig zusätzliche Flüchtlinge aufnehmen wollen, können bayerische Landrätinnen und Landräte gerne diesem Wunsch nachkommen und Flüchtlinge aus ihrem Zuständigkeitsbereich abgeben, vor allem solche, die in Notunterkünften untergebracht werden müssen. Bayerische Kommunen fordern schon lange, dass unbegleitete Minderjährige gleichmäßig in allen Ländern aufgenommen werden und nicht Bayern allein die Hälfte von ihnen betreuen muss. Gerade Vertreter von kommunalen Spitzenverbänden sollten wissen, in welchen Regionen welche Probleme vorhanden sind. Im Raum Passau mit der Erstaufnahmeeinrichtung Deggendorf kommen derzeit deutschlandweit die meisten Flüchtlinge an. Bundespolizei, Polizei, Mitarbeiter der Bundes- und Staatsbehörden und alle Kommunen haben die Grenze der Leistungsfähigkeit überschritten. Da klingen solche Aussagen wie blanker Hohn!“

„Es ist schon überraschend, wie der Deutsche Städtetag die Lage in den Kommunen vor Ort ein-

schätzt. Fakt ist, dass die Landkreise in Niederbayern kaum noch in der Lage sind, die erforderlichen Unterkünfte bereitzustellen, um den täglich steigenden Zustrom an Asylbewerbern angemessen unterzubringen“, stellt der niederbayerische Bezirksvorsitzende des Bayerischen Landkreistages, Landrat Franz Meyer, fest. Besonders schwierig sei die Situation bei den unbegleiteten Minderjährigen. Hier dränge Bayern schon seit langem auf eine bundesweite Verteilung, damit die überbelasteten bayerischen Grenzlandkreise Passau und Rosenheim nachhaltig entlastet werden. Die gesetzliche Verpflichtung werde jedoch erst ab Januar 2016 greifen.

Meyer: „Es wäre ein deutliches Signal der Solidarität des Deutschen Städtetages, wenn die Städte außerhalb Bayerns diese künftige Verpflichtung bereits jetzt freiwillig erfüllen würden. Seit Jahresanfang wurden über 1.850 Kinder und Jugendliche in der Passauer Region von den Sicherheitsbehörden aufgegriffen und mussten von den örtlichen Jugendbehörden versorgt und untergebracht werden. Schon die Tatsache, dass wir in Niederbayern den Notfallplan aktivieren mussten zeigt, dass die Kapazitätsgrenzen überschritten sind. Und zwar nicht nur bei den Unterkünften, sondern auch beim Personal.“ □

Asylbewerberunterkunft Landsberied:

Gericht lehnt aufschiebende Wirkung der Nachbarklagen ab

Der Landkreis Fürstentfeldbruck plant, eine eingeschossige Containeranlage für 34 Flüchtlinge auf dem gemeindeeigenen Grundstück neben dem Sportplatz in Landsberied zu errichten. Die Gemeinde hat zu dem Vorhaben das Einvernehmen erteilt. Die Nachbarn hatten gegen die bis 1. November 2020 befristete Baugenehmigung des Landratsamts vom 2. Juni 2015 geklagt.

Außerdem beantragten die Nachbarn beim Verwaltungsgericht, die aufschiebende Wirkung der Klage anzuordnen. Ziel war, zu verhindern, dass der Landkreis vollendete Tatsachen schafft. Im Beschluss vom 24. Juli 2015 lehnt das Bayerische Verwaltungsgericht München den Antrag ab. Das Gericht begründet die Ablehnung damit, dass die Klagen aller Antragsteller nach summarischer Prüfung voraussichtlich in keinem Fall Erfolg haben werden.

Die Kläger können sich nur auf die Verletzung von solchen Normen berufen, die nachbarschützend sind. Die Baugenehmigung verletzt nach Auffassung des Gerichts wohl keinen der Nachbarn in seinen Rechten. Das Interesse des Landkreises „... von der Baugenehmigung vorläufig Gebrauch machen zu können, ist daher höher

zu bewerten, als das Interesse des jeweiligen Antragstellers an der Anordnung der aufschiebenden Wirkung seiner Klage“, so das Gericht.

Insbesondere verstößt die Baugenehmigung nicht gegen das Gebot der Rücksichtnahme. Die Abstandsflächen sind eingehalten und die erdgeschossige Anlage hat trotz der Länge von 36 Metern keine erdrückende Wirkung. Auch die wohnähnliche Nutzung verstößt nicht gegen das Gebot der Rücksichtnahme.

Mit der Entscheidung über den Eilantrag hat das Gericht zwar noch nicht in der Hauptsache entschieden, aufgrund der Ausführungen in der o. g. Begründung geht das Landratsamt jedoch davon aus, dass auch die Klage gegen die Baugenehmigung erfolglos bleiben wird. □

Handwerk zur Erleichterung von Praktika für Flüchtlinge

„Die vom Bundeskabinett beschlossene Erleichterung beim Zugang zu Praktika für junge Flüchtlinge ist ein wichtiger Schritt zur Integration in die Arbeitswelt...“, betont Georg Schlagbauer, Präsident des Bayerischen Handwerkstages. Das angekündigte Aufenthaltsrecht während der gesamten Ausbildung sei nur mehr die logische Konsequenz. Schlagbauer: „Das bayerische Handwerk fordert aber nach wie vor die Einführung des „3+2-Modells“, bei dem auf die Ausbildung noch eine zweijährige Tätigkeit als Fachkraft folgt.“

Schlagbauer weiter: „Wir müssen den Menschen eine Chance geben, die bei uns Schutz vor Verfolgung suchen. Einerseits kann somit dem Fachkräftemangel erfolgreich begegnet werden, andererseits erleichtert das Erlernen eines Berufs, sich in Deutschland eine neue Existenz aufzubauen.“ 2014 konnten im bayerischen Handwerk rund 4.700 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. □

DONAURIES wird zum Glückstreffer

Bei Konversionskonferenz Idee einer Regionalmarke vorgestellt

Als Investition in die Zukunft und Schritt zu einer regionalen Unternehmerratsgemeinschaft bezeichnete Landrat Stefan Rößle den Plan, für den Landkreis eine Regionalmarke DONAURIES zu etablieren. Bei der ersten Konversionskonferenz im neuen Festsaal auf der Harburg wurde das Projekt der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Veranstaltung wurde organisiert vom Konversionsmanagement des Landkreises, das vor zwei Jahren eingerichtet wurde, um die Folgen der Kasernenschließung und den Verlust von Arbeitsplätzen für den Landkreis auszugleichen. Ein Handlungsfeld ist dabei das Standortmarketing mit der Etablierung einer Regionalmarke DONAURIES.

Landrat Stefan Rößle betonte in seinem Grußwort, es sei ihm ein persönliches Anliegen, die Trennung zwischen den beiden Alt-Landkreisen zu überwinden. Im Zuge der Entwicklung der Marke werde der trennende Bindestrich weggelassen. „Wir möchten als starkes DONAURIES wahrgenommen werden“, so Rößle und kündigte an, auch die Schreibweise für den Landkreis ändern zu wollen.

Dr. Hubert Bratl von der Firma invent, die den Markenentwicklungsprozess professionell begleitet hatte, erläuterte, warum es wichtig und richtig ist, für den

Landkreis eine Marke zu entwickeln. „Sie haben genug Substanz für eine interessante Marke“, erklärte Bratl, und forderte dazu auf, jetzt aktiv zu werden. Denn andere Regionen in Deutschland würden nicht schlafen, ein Ausruhen auf dem bisherigen Erfolg sei daher gefährlich.

Zentrale Botschaft

In mehreren Treffen wurde von einem Markenkomitee zusammen mit invent der Kern einer Regionalmarke DONAURIES erarbeitet. „Starkes Land für gutes Leben“ – so lautet die zentrale Botschaft der Marke. Daneben soll künftig auch mit dem Slogan „Glückstreffer“ geworben werden. Bratl machte aber deutlich, dass eine Marke nicht nur aus einem Logo und einer Werbespruch bestehe. Vielmehr stehe sie für bestimmte Werte, die nun aber kommuniziert werden müssten.

Wie das geschehen soll und

welche Projekte im Rahmen der Marke DONAURIES geplant sind, stellte Konversionsmanager Stefan Wieschebrock vor. Dabei geht es vor allem um Maßnahmen in den Bereichen Fachkräftesicherung und Willkommenskultur. Regionsportal, Imagefilm, Botschaftskampagne sowie Online- und Printwerbung – mit unterschiedlichsten Maßnahmen will man Unternehmen dabei unterstützen, Mitarbeiter zu gewinnen und den Kommunen zu helfen, diese an die Region zu binden.

Willkommenskultur

Wie wichtig gerade das Thema Willkommenskultur ist, wurde bei der abschließenden Gesprächsrunde deutlich, an der neben Landrat Stefan Rößle und Dr. Hubert Bratl mit Arno Bartels von der HPC AG und Michael Mayer von der Oettinger Brauerei zwei Firmenvertreter, die die Marke DONAURIES mitentwickelt haben und nun als Markenpartner unterstützen, dabei waren. Mayer berichtete über seine eigenen Erfahrungen vor vielen Jahren und plädierte dafür, die Willkommenskultur zu verbessern. „Professionell, aber herzlich“ müsse sie sein, erklärte Bratl: „Sie dürfen die Menschen, die Unternehmen, die zu Ihnen in die Region kommen, nicht allein lassen“.

Moderiert wurde die Gesprächsrunde von Veit Meggle, dem Geschäftsführer des Wirtschaftsförderverbandes Donau-

Ries e.V., der organisatorisch die Trägerschaft für die Marke übernehmen soll. Er appellierte an Unternehmen wie an die Vertreter der Kommunen, dass die private Wirtschaft und die öffentliche Hand zusammenarbeiten müssten, um die Marke zu einem Erfolg zu führen.

Seitens des Landkreises sagte Landrat Rößle zu, dass für jeden Euro aus der Wirtschaft der Landkreis einen Euro drauflege. Zudem werde der Landkreis das Personal stellen, damit die angedachten Projekte auch umgesetzt werden können. „Sie haben es in der Hand, dass wir für die Marke die erforderlichen Mittel bekommen“, erklärte er an die Adresse der Unternehmensvertreter. Denn Ende des Jahres werde der Kreistag darüber entscheiden, ob die Marke DONAURIES umgesetzt wird. Grundvoraussetzung dafür ist, dass sich möglichst viele Privatpersonen, Vereine und Unternehmen daran beteiligen. Allerdings war Landrat Stefan Rößle bei der Veranstaltung optimistisch: „Wir haben bereits 32 Markenpartner gewonnen, gemeinsam schaffen wir es, dass der Landkreis zum Glückstreffer wird.“

Dass das Thema Marke auf Interesse stößt, zeigte nicht nur die Zahl von rund 100 Teilnehmern, sondern auch interessierte Fragen und Wortmeldungen. Neben der Frage nach dem Nutzen für die Markenpartner und der Aufforderung, die Kommunen, Schulen, Verbände und Vereine stärker zu beteiligen, gab es auch den Wunsch, bei der Markenkommunikation Mut zu zeigen. Nicht so bieder konservativ, sondern frech und provozierend solle die Werbung sein, wünschte sich ein Teilnehmer.



Dr. Hubert Bratl (links) und Landrat Stefan Rößle präsentieren die geplante Regionalmarke DONAURIES, die zum Glückstreffer nicht nur für den Landkreis werden soll. Bild: LRA

Unterfränkische Kulturtag 2015:

Bunter Veranstaltungsreigen

Marktheidenfeld / Würzburg. (keck) In Marktheidenfeld und Markt Triefenstein finden die diesjährigen Unterfränkischen Kulturtage statt. Unter dem Motto „MarktLEBEN“ präsentieren die beiden Kommunen gut zwei Wochen lang vom 25. September bis 11. Oktober einen bunten Veranstaltungsreigen.

„Das Motto ist zum Teil durchaus wörtlich gemeint, wenn zum Beispiel Direktvermarkter aus der Region auf dem Marktplatz in Marktheidenfeld ihre Produkte anbieten“, erläuterte Bezirksratspräsident Erwin Dotzel auf einer Pressekonferenz zur Vorstellung des Programms.

„MarktLEBEN“ ließe sich aber auch im übertragenen Sinn verstehen. Das Motto könne begriffen werden als ein Jahrmarkt der kreativen Ideen mit Führungen, Ausstellungen, Offenen Türen, mit Musik auf Plätzen, in Kneipen und in Konzertsälen, als eine Expedition in vermeintlich vertraute Regionen. „Die Unterfränkischen Kulturtage zeigen uns unsere Heimat, wie wir sie vielleicht noch nie gesehen haben“, mutmaßte Dotzel.

Von Routine keine Spur

Die Kulturtage finden seit bald dreißig Jahren statt. Dennoch würde der Veranstaltungsmarathon sicher nicht zur Routine. „Die unterfränkischen Kulturtage 2015 im Landkreis Main-Speessart sind ebenso frisch und abwechslungsreich wie in den vorangegangenen Jahren“, versprach Bezirksratspräsident Erwin Dotzel. Entscheidend für den Erfolg einer derart großen Veranstaltungsserie sei die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Kreisen und dem Bezirk. „Dieser enge Schulterschluss kann durchaus als Zukunftsmodell gelten.“

Plattform für die Region

Die Unterfränkischen Kulturtage seien eine Plattform für die Region zur Präsentation ihrer reichhaltigen Kultur, so Landrat Thomas Schiebel. Kultur diene dazu, in Kontakt zu kommen – auch mit Neubürgern, betonte Schiebel. Er sei sich sicher, dass beide Kommunen diese Plattform nutzen werden, denn „es ist schön, hier zu leben“.

Bürgermeisterin Helga Schmidt-Neder (Marktheidenfeld) und Bürgermeister Norbert Endres (Markt Triefenstein) gaben ihrer Vorfreude Ausdruck und erläuterten, dass das Programm für jeden etwas bieten würde, für Jung und Alt, für Einheimische und Gäste. „Dass die Stadt Marktheidenfeld gemeinsam mit dem Markt Triefenstein die Kulturtage ausgerichtet zeigt, dass interkommunale Allianz gelebt wird“, schloss Schmidt-Neder.

Weitere Informationen und Programm zu den Unterfrän-

kischen Kulturtagen gibt es unter www.underfrankische-kulturtag.de

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
 Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
 Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
 Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
 Jakob Döring
 Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
 Lutz Roßmann (Landtag)
 Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
 Jörg Kunstmann (KPV)
 Peter Müller
 Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
 Constanze von Hassel (verantwortlich)
 Telefon 08171 / 9307-13
 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 49 vom 01.01.2015
Anzeigenschlusstermine:
 siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
 Theresa von Hassel (verantwortlich)
 Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
 22 Ausgaben jährlich
 (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
 € 76,10 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
 (Abrechnung über eine Adresse)
 € 38,25 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
 (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.
Kündigung:
 zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
 Anne-Marie von Hassel
 Constanze von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
 Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Postanschrift:
 Postfach 825, 82533 Geretsried
 Paketanschrift:
 Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
 Telefon 08171 / 9307-11
 Telefax 08171 / 805 14
 eMail: info@gemeindezeitung.de
 Internet: www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Kreis- und Stadtparkasse Dillingen
 IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566
 BIC: BYLADEM1DLG
VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG
 IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320
 BIC: GENODEF1KFB
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
 Anne-Marie von Hassel
 Constanze von Hassel
 Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
 DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
 Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
 Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

1. Demokratiekonferenz des Landkreis Bayreuth

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ fand in der Festspielstadt die 1. Demokratiekonferenz des Landkreises Bayreuth statt. Zum Jahresbeginn wurde der Landkreis zur Entwicklung einer „Partnerschaft für Demokratie“ ausgewählt. Darin kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten – zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie.

Wie Landrat Hermann Hübner deutlich machte, sei es ihm ein besonderes Anliegen, „dass die positiven Impulse, die wir im Vorläuferprogramm ‚Toleranz fördern‘ für die Gemeinden Speichersdorf und Warnesteinach (in einem gemeinsamen Ansatz mit der Stadt Bayreuth) spüren und für uns nutzen konnten, konsequent mit einem landkreisweiten Ansatz weitergeführt und ausgebaut werden“. Deshalb sei auch entschieden worden, eine Bewerbung für das Programm „Demokratie leben!“ einzureichen. Hübner: „Wir sind gut aufgestellt, um die Herausforderungen des Bundesprogramms auf regionaler Ebene voll anzunehmen.“

Gezielte Aufklärung

Ziel sei es, in einem sich ständig weitenden Netzwerk Vorurteile und Ressentiments gegenüber „Zugereisten jeglicher Couleur“ durch gezielte Information und Aufklärung, durch Marketingkampagnen und Aktionen abzubauen. Darauf aufbauend und die schrittweisen Ergebnisse nutzend soll Hübner zufolge eine nachhaltige Willkommenskultur aufgebaut werden. Zuwanderung sei wohl aktuell die einzige Möglichkeit, um die prognostizierte negative demographische Bilanz zumindest noch einigermaßen zu stabilisieren.

„Dies verlangt von uns ein offenes, partnerschaftliches Zuhören und Umgehen mit Personen, die sich in unserer Region ansiedeln wollen. Dafür wollen wir im Rahmen des Bundesprogramms ‚Demokratie leben!‘ weitere Voraussetzungen schaffen. Nicht nur im Sinne einer selbst auferlegten moralischen Verpflichtung, sondern auch

und insbesondere unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten“, erläuterte der Landrat.

Ganz entscheidend ist aus seiner Sicht weiterhin das Themenfeld „Partizipation“, insbesondere Partizipation von Jugendlichen am politisch-gesellschaftlichen Leben, gleichzeitig ein Grundbaustein einer aktiven Bürgergesellschaft. Hier setze das Bundesprogramm ein, in dem es gezielt Projekte fördert, die von Jugendlichen in eigener Verantwortung getragen werden.

Wehrhafte Demokratie

Weiterhin wichtig erscheint dem Landratschef die entsprechende Positionierung gegenüber jeglichen extremen bzw. extremistischen Gruppierungen – insbesondere Rechtsradikalismus und Salafismus. „Auch wenn hier bei uns in der Region noch keine nachhaltigen Tendenzen in dieser Richtung zu beobachten sind, erscheint es unerlässlich, im Sinne einer „wehrhaften Demokratie“ frühzeitig Fundamente zu legen, die uns gegenüber solchen Strömungen weitestgehend immun machen“, bekräftigte Hübner.

Der Landratschef geht insgesamt davon aus, „dass wir strukturell, organisatorisch und inhaltlich gut aufgestellt sind“. Federführend für den bis Ende 2019 ausgelegten Prozess sei seine Regionale Entwicklungsagentur, die externe Koordination liege beim Kreisjugendring. Hinzu komme ein 13-köpfiger Begleitausschuss, der strategische Vorgaben und – wenn erforderlich – Korrekturen vornimmt und für die Vergabe der Projekte zuständig ist sowie ein eigenes gegründetes Jugendforum. DK

40 Jahre Glasmuseum Frauenau

Auf eine „Reise durch die Welt des Glases“ begeben sich seit 40 Jahren Besucher des Glasmuseums Frauenau im Bayerischen Wald. 1975 als kommunales Museum gegründet, öffnete es vor zehn Jahren im modernen Neubau seine Pforten.

Der traditionsreichen Glasherstellung in Bayerischen Wald eine „längst fällige museale Mitte“ zu geben, war nach den Worten des damaligen Bürgermeisters Alfons Hannes der Hauptgrund für die Errichtung des Glasmuseums.

Die Dauerausstellung präsentiert eine stattliche Sammlung einzigartiger Exponate von internationalem Rang, die Abteilung „Glas der Moderne“ zeigt künstlerisches Glas des 20. und 21. Jahrhunderts. Zudem präsentiert das Museum seinen Besuchern die kulturelle Bedeutung des Glases für die Nachbarländer Bayern und Böhmen.

Begleitet wird das Jubiläum von einer bis 13. September dauernden Ausstellung der Künstlergruppe „Rubikon“, deren Mitglieder bedeutende Vertreter der tschechischen Studioglazszene sind und allesamt internationale Anerkennung genießen. Gezeigt werden einzigartige Plastiken und Raumobjekte. Da sich die Künstler neben dem Glas auch anderen Schaffensbereichen wid-

men, sind Bilder und Grafiken zu sehen. Faszinierende Installationen im Außenbereich des Museums erweitern die Ausstellung bis in die Gläsernen Gärten.

Bei der Ausstellungseröffnung sprach Kunststaatssekretär Bernd Sjöbler von einem „kulturellen Glücksfall für die Region“. Das ursprünglich kleine regionale Spezialmuseum habe sich zu einer feststehenden Konstante im kulturellen Leben des Bayerischen Waldes entwickelt.

„Ich freue mich, dass wir durch die Übernahme des Museums in die staatliche Trägerschaft im Jahr 2013 die Zukunft des Glasmuseums nachhaltig sichern und damit auch die Region weiter stärken konnten. Auch der gelungene Neubau sowie die Ausgestaltung des Museums Umfeldes durch die gläsernen Gärten tragen dazu bei, dass das Museum auf einem soliden Fundament steht und auch in den nächsten 40 Jahren einen wichtigen Beitrag für Kultur und Tourismus in der Region leisten kann“, hob Sjöbler hervor. DK



Einblick in das Glasmuseum Frauenau.

Jugendbildungsstätte Unterfranken im Wandel

Symbolischer erster Spatenstich:
Bildungseinrichtung auf dem Heuchelhof wird erweitert

Würzburg. (mm) Für rund vier Millionen Euro wird derzeit die Jugendbildungsstätte Unterfranken im Würzburger Stadtteil Heuchelhof erweitert. Unter anderem erhält der gesamte Bettenstrahl des Gebäudes ein zusätzliches Geschoss. Zudem werden weitere Seminar- und Verwaltungsräume sowie eine Cafeteria mit einer Verteilküche, Personalräume und Kellerabteile für Lager- und Archivflächen geschaffen. Die Baumaßnahmen werden voraussichtlich bis Spätsommer 2016 abgeschlossen sein. Anlässlich des symbolischen ersten Spatenstichs erklärte Bezirksstadtspräsident Erwin Dotzel, nichts sei so beständig wie der Wandel, da mache die Jugendbildungsstätte keine Ausnahme.

Die Jugend von heute sehe sich anderen Verhältnissen, anderen Möglichkeiten, aber auch anderen Herausforderungen gegenüber, betonte Dotzel. Zudem sei die Jugend ohnehin eine komplizierte Lebensphase. Deshalb sei er der Jugendbildungsstätte Unterfranken für ihre Arbeit sehr dankbar. „In dieser wichtigen Einrichtung sehe ich eine Art Kompass für junge Menschen, um sich zu orientieren“, sagte der Bezirksstadtspräsident. Die Jugendbildungsstätte Unterfranken vermittele den jungen Menschen soziale Kompetenz und informelle Bildung. Die Jugendbildungsstätte zu optimieren sei für den Bezirk eine herausragende Aufgabe.

Mit Blick auf den Inklusionsgedanken sei die Barrierefreiheit bei diesem Erweiterungsbau eine Selbstverständlichkeit. Dies gelte nicht nur für die schwellenfreien Zugänge und die Rollstuhlgänglichkeit, sondern schließe auch die möglichen Barrieren für Sehbehinderten und Gehörlosen mit ein. „Sämtliche Erweiterungsteile der Jugendbildungsstätte sind problemlos für alle erreichbar“, betonte Dotzel. Maßstäbe solle der Neubau aber auch bei der Energie-

versorgung setzen. Auf das begrünte Flachdach komme eine Photovoltaikanlage zur Eigenstromversorgung. Außerdem werde die Jugendbildungsstätte an ein benachbartes Blockheizkraftwerk angeschlossen.

Mehrere Schultern

Die vier Millionen Euro Baukosten verteilen sich auf verschiedene Schultern, wie Dotzel vorrechnete. Eine Million komme vom Bund, eine weitere Million steuere der Freistaat Bayern bei, und 370.000 kämen von der Bayerischen Landesstiftung. Die verbleibenden mehr als 1,6 Millionen Euro investiere der Bezirk Unterfranken an Eigenmitteln, sagte Dotzel.

Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek vom Bundesfamilienministerium zitierte den ehemaligen Stadtpräsidenten der Stadt Zürich, Josef Estermann, mit den Worten: „Auch wer ein Hochhaus bauen will, muss zuerst in die Tiefe graben.“ Im Fall der Jugendbildungsstätte gelte dies im doppelten Wortsinn, zum einen aus Sicht der Architekten für die Statik des Gebäudes, zum anderen mit Blick auf die jungen Leute, die hier ein Fun-

dament für deren Weg ins Erwachsenenleben erhielten. Deutschland sei ein Einwanderungsland, betonte der Staatssekretär. Ein Drittel aller Flüchtlinge, die in die Bundesrepublik kämen, seien mittlerweile Kinder und Jugendliche. Auch für sie stelle Bildung das entscheidende Fundament dar.

Matthias Fack, der Präsident des Bayerischen Jugendrings, erinnerte an die unerwartete Schließung eines benachbarten Hotels, in dem bis dahin ein großer Teil der Seminarteilnehmer untergebracht worden war. Die dann fehlende Bettenkapazität war nicht zuletzt der Anlass für die Erweiterung der Jugendbildungsstätte. Ziel der Baumaßnahme sei aber nicht nur die Schaffung zusätzlichen umbauten Raums, sagte Fack. Vielmehr gelte es, eine Einrichtung zu schaffen, die auf den ganzen bayerischen Raum ausstrahle. Sein besonderes Lob galt dem Bezirk Unterfranken: „Er war von Anfang an der Motor, der hinter dem Projekt stand“, sagte der BJR-Präsident.

Der Vorsitzende des Bezirksjugendrings, Carsten Reichert, erinnerte an die Entstehungsgeschichte der 2003 errichteten Jugendbildungsstätte. Dass nach bereits zwölf Jahren eine so grundlegende Erweiterung notwendig sei, verglich er mit den menschlichen Lebensabschnitten. Die Jugendbildungsstätte komme somit jetzt in die Pubertät. Und so, wie es zum Erwachsenwerden ein ganzes Dorf brauche, so sei es auch mit der Jugendarbeit. Sie erfordere viele Unterstützer, die bereit seien sich dafür zu engagieren. Die Erweiterung der Jugendbildungsstätte zeige dies beispielhaft. □

Auf der Überholspur

Burgebrach nimmt als erste Landkreisgemeinde das schnelle Breitbandnetz in Betrieb

Als erste Gemeinde im Landkreis Bamberg darf sich der Markt Burgebrach künftig über schnelles Internet freuen. Den Startschuss dazu gaben jetzt Landrat Johann Kalb und Bürgermeister Johannes Maciejonczyk im Beisein von Staatssekretär Thomas Silberhorn, Heimatminister Dr. Markus Söder und dem Landtagsabgeordneten Heinrich Rudrof.

Damit ist die Marktgemeinde Burgebrach die erste Gemeinde im Landkreis Bamberg und die vierte in ganz Oberfranken, die nach der im Januar 2014 beschlossenen neuen Förderrichtlinie einen Vertrag über den Ausbau abschließen konnte.

Fördermittel

So kann sich Burgebrach über Fördermittel in Höhe von rund 570.000 Euro freuen, bei einem Eigenanteil von rund 380.000 Euro. Landrat Johann Kalb: „Breitband und schnelles Internet sind die Grundlage für die Entwicklung einer modernen Gesellschaft. Ohne deren Vorhandensein wird ein

Leben im ländlichen Raum nicht nur erschwert, sondern unmöglich gemacht. Heute sind alle Menschen im Landkreis, Schüler und Erwachsene genauso, wie die Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Betriebe existenziell auf die schnelle Informationsautobahn angewiesen. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass Datenmengen und die Entwicklungs- und Übertragungsgeschwindigkeiten für das neue Zeitalter der Digitalisierung garantiert sind.“

Der Landkreis Bamberg und seine Gemeinden gehen das Thema „Breitband“ seit Jahren aktiv an. Derzeit befinden sich 33 der insgesamt 36 Landkreisgemeinden im aktuellen Förderverfahren zur Verbesserung der Breitbandversorgung. □



Landrat Johann Kalb und Bürgermeister Johannes Maciejonczyk geben gemeinsam mit Staatssekretär Thomas Silberhorn, Heimatminister Dr. Markus Söder und dem Landtagsabgeordneten Heinrich Rudrof den Startschuss für schnelles Internet in Burgebrach. Bild: Elke Pieper

Burghausen ist 100. EuRegio-Gemeinde

Als 100. Gemeinde trat mit Wirkung zum 1. Juli 2015 auch die Stadt Burghausen der EuRegio bei. „Uns sind das Mitwirken im europäischen Gefüge im Allgemeinen und die Weiterentwicklung unseres gemeinsamen Grenzraums mit Salzburg in Verkehrs- Bildungs- und Kulturfragen im Speziellen wichtige Anliegen.“, betonte Burghausens Bürgermeister Hans Steindl im Gespräch mit EuRegio-Geschäftsführer Steffen Rubach die Beweggründe seiner Stadt für den EuRegio-Beitritt.

Beweggründe

Konkret nannte er als Beispiele eine neue Salzachbrücke zwischen Burghausen und Freilassing, den durchgehend zweigleisigen, elektrifizierten Ausbau der Bahnstrecke Mühlhof – Freilassing, die Positionierung einer technikorientierten Fachhochschule sowie touristisch-kulturelle Ansatzpunkte wie etwa den Jazz. Dabei könnte dann, gemeinsam mit mindestens einem österreichischen Partner, auch das neue INTERREG V-Programm Österreich/Bayern angesprochen werden, informierte Rubach den Burghausener Bürgermeister.

Auch wenn Burghausen bereits im Landkreis Altötting und damit nicht mehr im „Stammgebiet“ der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein liegt, so kann die Stadt doch wichtige Impulse und Unterstützung für die künftige Entwicklung geben, waren sich Steindl und Rubach sicher. □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Herje, schon wieder so heiß. Wenn das mit den heißen Sommern so weitergeht, werde ich auch die Siesta-Pflicht einführen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, machte ein Zeichen, dass er sich heroisch für einen Selbstversuch zur Verfügung stellt und zwanzig Minuten nicht gestört werden will.

Siesta ist ein alter Brauch in den iberischen Ländern. Von 14 bis 17 Uhr ruht das Leben, man zieht sich ins Haus zurück, isst eine Kleinigkeit und macht einen Mittagesschlaf, um die brütend heiße Zeit des höchsten Sonnenstandes einigermaßen unbeschadet zu überstehen. In Wahrheit ist es natürlich mehr als ein Brauch, denn Spanien hat mit der Mitteleuropäischen Zeit eigentlich nicht die für seine geographische Lage richtige Zeit, das wäre die Greenwich Zeit. Aber aus Gründen der Anpassung an Mitteleuropa leben die Spanier quasi zeitversetzt zu



len, dass das vermeintlich Rückständige nichts anderes als die Avantgarde ist. Schließlich empfiehlt die Weltgesundheitsorganisation einen 20- bis 30-minütigen Mittagsschlaf als gesundheitsfördernd und leistungssteigernd. Sogar die notorisch sich überarbeitenden Japaner haben mit dem Powernap (kleines Schläfchen zwischendurch) einen globalen Trend gesetzt. Man könnte

sagen, ein kurzer Mittagsschlaf ist wie eine Schnellladestation für Elektroautos – bringt verbrauchte Energie sofort zurück.

Nur bei uns in Deutschland – und gerade in der öffentlichen Verwaltung – ist der Schlaf zwischendrin verpönt. Oder können Sie sich vorstellen, dass der Anrufer bei einer Behörde beschiednen wird, der Teilnehmer mache gerade für eine Viertelstunde die Augen zu? Nein, bei uns heißt es Arbeiten, hastig zu Mittag essen, Arbeiten und das Suppenkoma energisch mit Kaffee bekämpfen. Dabei ist es das Natürlichste der Welt, wenn einem am Nachmittag die Augendeckel sinken – zumal im Sommer bei Hitze. Es gibt sogar Rechtsprechung zum Problem des „schlafenden Richters“, die besagt, dass alleine die Tatsache geschlossener Augen noch nicht auf Schlafen deutet, dazukommen müssten andere Indizien wie gleichmäßiges Atmen oder Schnarchgeräusche. Anstatt sich ehrlich zu machen und klar zu sagen, dass manches langweilige und sinnleere Geschwurbel – ob in einer Gerichtsverhandlung oder einem Meeting – einfach einschläfernd wirkt, wenn man um sechs aus dem Bett muss, den Kindern das Frühstück macht, sie zur Schule fährt, in die Arbeit hetzt und dann von einem Dauerbetrieb bis fünf oder halb sechs verlangt wird.

Plädoyer für den Mittagsschlaf

ihrem natürlichen Rhythmus, vor allem was die Arbeits- und Essenszeiten angeht. Zumal auf dem Land beginnt die Arbeit relativ gesehen sehr früh, man bleibt aber sehr lange auf, weil in der Nacht erst allmählich erträgliche Temperaturen die Hitze des Tages vertreiben. So ist die Siesta der natürliche Ausgleich, den der Organismus zur Erholung zwischendurch braucht, um wieder leistungsfähig zu werden.

Besser gesagt: Wäre der richtige Ausgleich. Denn natürlich ist Spanien heute ein normales, in den internationalen Austausch und die weltweite Kommunikation eingebundenes Land. Da kann man es sich nicht leisten, drei Stunden am Nachmittag einfach mal alles zuzusperren. Zudem ermöglichen es heute Klimaanlage, dass von Madrid bis Mombassa, von Mumbai bis Mexiko Stadt bei der größten Affenhitze gearbeitet wird – die Klimaanlage als eigentliches Antriebsaggregat und Symbol der Globalisierung, wenn man so will. Und so bleibt es auch in Spanien kleinen gallischen Dörfern vorbehalten, die alten Traditionen hochzuhalten, wie das landwirtschaftlich geprägte Ador, dessen Bürgermeister rund um den Globus als Schlaf-Rebell Schlagzeilen machte, weil er seine Mitbürger bat, doch wieder die Siesta-Zeiten einzuhalten. Dabei, wer weiß, gilt hier wie in vielen Fäl-

Mein Chef, der Bürgermeister, will, dass die Mitarbeiter im Rathaus zwischendurch mal zu sich kommen und sich sammeln können. Deshalb erlaubt er ausdrücklich täglich eine halbe Stunde Rückzug oder Schlaf, je nach Bedürfnis – natürlich, liebe Personaler draußen im Lande, ohne Anrechnung auf die Arbeitszeit. Obwohl das nicht zwingend richtig sein muss, sagt Marie von Ebner-Eschenbach doch: „Das meiste haben wir gewöhnlich in der Zeit getan, in der wir meinen, nichts getan zu haben.“

the
Sabriul

Bilanz Messe München 2014:

Ziele deutlich übertroffen

Zum fünften Mal in Folge schreibt die Messe München International schwarze Zahlen. Wie Messechef Klaus Dittrich bei der Vorlage der Bilanz 2014 erläuterte, hat sie bei einem Konzernumsatz von 309,4 Mio. Euro (davon 223,7 Mio. Euro am Messeplatz München) einen Überschuss von 30,4 Mio. Euro erwirtschaftet und beendete das Jahr somit weit über Plan.

Dittrich zufolge benötigt die Messe München erneut keine Zuschüsse ihrer Hauptgesellschafter Freistaat Bayern und Landeshauptstadt München – und steht damit kurz vor ihrem strategischen Ziel, ab dem Jahr 2016 wirtschaftlich unabhängig zu werden. Dafür beschreite die Messe konsequent vier Wege: Effizienzsteigerung im Unternehmen, überdurchschnittliches Wachstum am Heimatstandort und vor allem im Ausland, ständige Verbesserung des Kundenservice und Innovationsführerschaft im Zeichen der Digitalisierung.

Messe München Locations

Auch die Bilanz für die sogenannten Messe München Locations sieht für 2014 sehr positiv aus, wie Dr. Reinhard Pfeiffer, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München, bemerkte: „Darunter verstehen wir das ICM, die Gastveranstaltungen und das MOC Veranstaltungszentrum in Freimann. An allen drei Locations lief es 2014 sehr gut; wir haben 20 Gastveranstaltungen im Jahr 2014 mit rund 600.000 Gästen durchgeführt, im ICM hatten wir noch mehr Veranstaltungen als im letzten Jahr und zwar 85 mit über 127.000 Besuchern.“

Besonders freute sich Pfeiffer darüber, dass 2018 der europaweit größte Kongress in der bayerischen Landeshauptstadt stattfindet, der ESC Congress der Kardiologen mit mehr als 30.000

Teilnehmern. Dies unterstreiche die wichtige Position des Kongressstandortes München.

Aber nicht nur am heimischen Standort ist die Messe erfolgreich, sondern auch im Ausland. So wurden im Ausland 18 Veranstaltungen durchgeführt, wie zum Beispiel die Bauma China, die mittlerweile die komplette Ausstellungsfläche des Messeplatzes in Shanghai belegt.

Ab 2016 werden in der Landeshauptstadt für 105 Mio. Euro zwei zusätzliche Hallen mit insgesamt 20.000 Quadratmetern Fläche und einem kleinen Konferenzbereich gebaut, um die große Nachfrage befriedigen zu können. „Wir brauchen diese Hallen, um die zusätzliche Nachfrage zu befriedigen, denn vier unserer Messen sind vollständig ausgebucht“, erläuterte Klaus Dittrich die Pläne: „Wir werden damit den Service für Aussteller und Besucher weiter verbessern und uns im harten internationalen Wettbewerb noch besser positionieren. Auch werden wir den Bau vollständig aus eigener Kraft und ohne Zuschüsse der Gesellschafter finanzieren.“ München hat dann 18 Hallen mit rund 200.000 Quadratmetern und rund 400.000 Quadratmetern Freifläche.

Nach dem erfolgreichen Jahr geht die Geschäftsführung der Messe zuversichtlich in das neue Jahr und bezieht sich unter anderem auf eine Umfrage der AUMA, der zufolge rund ein Drittel der ausstellenden Firmen mehr Geld in Messen investieren will. DK

Metropolkonferenz 2015 des Europäische Metropolregion München (EMM) e.V.:

Die Region macht mehr Mobilität

Knapp 300 Teilnehmer aus Politik, Kommunen, Landkreisen, Wirtschaft und Gesellschaft kamen im Landkreis Miesbach zur Metropolkonferenz des Europäische Metropolregion München (EMM) e.V. zusammen. Gastgeber waren in diesem Jahr neben dem EMM e.V. der Landkreis Miesbach sowie seine Standortmarketing-Gesellschaft SMG. Unter dem Titel „Macht mehr Mobilität. Was bewegt die Metropolregion München in Zukunft?“ tauschten sie sich über die Verkehrssituation in der Region aus – eines der zentralen Probleme der ganzen Metropolregion. Verkehrswissenschaftler Prof. Heiner Monheim zeigte auf, wo konkret Verbesserungen möglich sind.

„Das Thema ist absolut zentral für unsere Region. Durch Mobilität wachsen die Räume in der Metropolregion zusammen. Wenn wir dieses Problem lösen, lösen wir auch Fragen wie Siedlungsdruck, hohe Mieten oder Fachkräftemangel“, brachte Christoph Göbel, der stellvertretende Vorsitzende des EMM e.V. und Landrat des Landkreises München, die zentrale Bedeutung von Verkehrsfragen bereits in seinen eröffnenden Worten zusammen. Und Miesbachs Landrat Wolfgang Rzehak sagte zur Begrüßung: „Mich freut es ganz besonders, dass die Metropolkonferenz hier stattfindet. Jeder, der hierhergekommen ist, weiß, wie schwierig die Verkehrssituation ist. Aber das gilt für sehr viele Teile der Metropolregion, deshalb ist diese Zusammenarbeit so wichtig.“

Der Landkreis Miesbach und sein Tegernseer Tal zeigten sich als prädestinierter Austragungsort für die Konferenz und ihr Thema: Das Nadelöhr, durch das sich der Verkehr an schönen Sommertagen wie dem der Konferenz schlängelt, war für die Teilnehmer während ihrer Anreise direkt erlebbar. Jene über 100 Gäste, die dank der Unterstützung der Bayerischen Oberland-

bahn kostenlos mit dem Zug ange-reist waren, konnten sich dem Stau weitgehend entziehen. Am Ort der Konferenz, dem Seeforum Rot-tach-Egern, konnten die Teilneh-mer nach ihrer Ankunft dann altern-ative Mobilitätsangebote direkt „erfahren“ und E-Carts, E-Bikes, E-Roller und E-Autos testen.

Kleine Schritte

Landrat Rzehak plädierte dafür, auch bei der Bauleitplanung viel mehr an den Verkehr zu denken: „Wir bauen den fünften Aldi außerhalb der Orte und wundern uns dann, dass alle mit dem Auto dorthin fahren. Und dazu werden auch noch die Ortsmitten geschwächt. Wir müssen die Straßen vom motorisierten Individualverkehr weitestgehend entlasten. Das geht vor allem auch, indem wir uns auf kleine, machbare Schritte konzentrieren.“

Der fachliche Hauptimpuls kam von Verkehrswissenschaftler Prof. Heiner Monheim. Er führte den Teilnehmern die veränderten Bedingungen für heutige Verkehrsplanung vor Augen und zeigte Möglichkeiten auf, unter diesen Voraussetzungen Probleme zu lösen. Neben der allgemeinen Bevölkerungszunahme in der Metropolregion sei es auch der größere Radius, in dem sich die Menschen heute durchschnittlich bewegten, auf den es zu reagieren gelte.

Gleichzeitig bleibe die Nahmobilität der wichtigste Verkehrsbe-reich. Aber in der Region hätten sich beispielsweise die Distanzen, die mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, verdreifacht. Hierdurch bekomme das Fahrrad für die Ver-kehrsanbieter eine ganz andere Be-deutung. Zudem seien die Men-schen viel „multimodaler“ unter-wegs, als in der Vergangenheit. Das heißt, dass viele Strecken nicht mehr mit nur einem Verkehrsmittel zurückgelegt werden, sondern sehr oft umgestiegen wird, beispiels-weise vom Fahrrad in den Zug oder vom Auto in U- oder S-Bahn. Auch wachse der Öffent-liche (Nah-)Verkehr beachtlich, weil Autofahren im Verhältnis zu den Einkommen immer teurer werde, der Anteil der alten Men-schen an der Bevölkerung weiter steige und weil die junge Generati-on immer weniger auf das Auto als Transportmittel setze.

In neue Richtungen denken

„Weil wir all diese Veränderun-gen haben, brauchen wir eine Poli-tik, die bereit ist, in neue Richtun-gen zu denken“, so Monheim. In die gleiche Richtung argumentier-te auch Landrat Rzehak: „Mit den Lösungen von gestern die Proble-me von morgen zu bewältigen wird uns nicht gelingen!“

Das bedeute natürlich auch, dass öffentliche Verkehrsangebote, de-ren Kapazitäten teilweise heute schon ausgereizt sind, deutlich aus-gebaut werden müssen, so Mon-heim. Es müssten mehr Stadt- und Ortsbusysteme geschaffen, in der Fläche Busanbindungen verbes-

sert, das Schienennetz erweitert, Nahverkehrspläne aktualisiert und der Schienenverkehr noch stärker regionalisiert werden. Auch Car Sharing müsse man außerhalb der Großstädte verstärkt anbieten und die Radinfrastruktur benötige eine deutliche Verbesserung. Das Ent-scheidende dabei: All diese Maß-nahmen müssten gut verzahnt sein.

Interessen artikulieren

Monheims Fazit: Besonders das öffentliche Verkehrsangebot im Ländlichen Raum der Metropolre-gion bleibe noch unter seinen Möglichkeiten. Dies liege auch an der Finanzierung, und so rief Mon-heim die kommunale Politik da-zu auf, ihre Interessen in Sachen Verkehrsfinanzierung gegenüber Bund und Ländern sehr deutlich zu artikulieren. Es könne nicht sein, dass die Kommunen beispielsweise an den Einnahmen aus der LKW-Maut nicht beteiligt seien, obwohl sie durch die Maut viele Kosten zu tragen haben.

Für die Zukunft des Verkehrs in der Metropolregion München zeigte er sich zuversichtlich: „Die Region hat das große Glück, dass sich die Entwicklungen im Ver-kehrsverhalten so überlagern, dass sie in eine neue Mobilitätskultur münden können. Arbeiten Sie an einem integrierten Mobilitätskon-zept für die Region mit neuen Ak-zenten und abgestimmten Maß-nahmen. Dann könnte die Metro-polregion zum Innovationsinkuba-tor werden.“

In der abschließenden Podiums-diskussion wurde klar, dass im EMM e.V. bereits in die von Mon-

heim vorgeschlagener Richtung gearbeitet wird. Horst Mentz, Lei-ter der Arbeitsgruppe Mobilität im EMM e.V. und Leiter Verkehrspla-nung der Landeshauptstadt Mün-chen, schilderte, dass in den näch-sten Wochen alle Verkehrs-Stake-holder inklusive der Vielzahl regio-naler Mobilitätsinitiativen der Metro-polregion zu einem Treffen ein-geladen würden, um gemeinsam mit ihnen die Planungen für das weitere Vorgehen und ein integriertes Mobilitätskonzept abzustim-men – sowohl für schnell umsetz-bare Maßnahmen als auch für län-gerfristige Projekte.

Josef Brandner, Omnibusunter-nehmer und Vorsitzender des Ver-kehrsausschusses der IHK Schwaben, sagte, dass der unter den Mit-gliedern des EMM e.V. geplante durchgängige ÖPNV-Tarif ein Schritt in die richtige Richtung sei und zudem der Region als ganzer ein Gesicht gebe. Und Landrat Gö-bel berichtete, dass es im Novem-ber unter dem Motto „Busse nach Berlin“ eine Fahrt regionaler Ver-treter nach Berlin geben werde, die den Finanzierungsbedarf für Ver-kehrsprojekte in der Metropolre-gion gegenüber der Bundespolitik unterstreichen soll.

„Die Politik muss verstehen, dass man eine wirtschaftliche Lok wie diese Region auch befeuern muss, damit sie den Zug weiterhin ziehen kann. Diese Region hat sich auch deshalb so gut entwickelt, weil unsere Vorgänger vor Jahr-zehnten mutig und vorausschau-ende Mobilitätsangebote geschaffen haben. So müssen wir die Dinge jetzt auch wieder anpacken“, stellte Göbel abschließend fest. □

Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 10. September 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Umwelt-, Abfall- und Abwassertechnik · Recycling
- Garten- und Landschaftsbau · Grünanlagen
- Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgassen 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

5. November 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM Stadthalle Neusäß
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis crystal
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke —
von Entwurf zu Umsetzung und mehr. The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

Constanze von Hassel

Telefon 081 71.93 07-13

hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

Theresa von Hassel

Telefon 081 71.93 07-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 38 89-0 | Fax 093 38 89-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunalfahrzeuge

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

NÜRNBERG 2015 KOMMUNALE

9. FACHMESSE
UND KONGRESS
FÜR KOMMUNAL-
BEDARF

14./15. Okt. 2015

Messe Nürnberg www.kommunale.de

Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773) 821218
Telefon: (02773) 821256 · www.hailo-professional.de

Frühjahr 2016

4. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Das Krenzer-Modularsystem
... clevere Raumkonzepte

Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an!

Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 02771/32 08-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 38 89-0 | Fax 093 38 89-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
053 26 / 5 02-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-gorj.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123 99 812 99
fax: 09123 99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

23. Juni 2016

9. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-energieforum.de

Von führenden Baurechtlern und Architekten

Herausgegeben von

Dr. Jürgen **Busse**, Direktor des Bayerischen Gemeindetages.

Bearbeitet von

Dr. Jürgen **Busse**, Direktor des Bayerischen Gemeindetages

Dr. Andreas **Decker**, Richter am Bundesverwaltungsgericht

Andreas **Dhom**, Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

Dr. Franz **Dirnberger**, Leitender Verwaltungsdirektor beim Bayerischen Gemeindetag

Rainer **Franz**, Ministerialdirigent a.D.

Dr. Otto **Gassner**, Rechtsanwalt

Dr. Andreas **Geiger**, Rechtsanwalt

Jürgen **Gollwitzer**, Dipl.-Ing., Architekt

Christian **Konrad**, Regierungsdirektor

Dr. Christian **Kühnel**, Baudirektor

Alfred **Lechner**, Leitender Regierungsdirektor a.D.

Johannes **Nolte**, Leitender Baudirektor

Helmut **Rauscher**, Dipl.-Ing., Kreisbaudirektor a.D.

Fardad **Shirvani**, Rechtsanwalt

Stefanie **Storz**, Dipl.-Ing.

Katja **Strohhäcker**, Dipl.-Ing., Baudirektorin

Horst **Taft**, Leitender Verwaltungsdirektor a.D.

Stephan **Wolf**, Verwaltungsdirektor, und

Dr. Wolfgang **Würfel**, Rechtsanwalt.

Anhang bearbeitet von

Theresia **Koch**, Vorsitzende Richterin

am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof.

»... ein Werk von beeindruckender Materialfülle (...) Wer den Kommentar über einige Wochen täglich zu Rate zieht, wird immer wieder erstaunt sein über die Fülle weiterführender Gedanken und Hinweise.«

Vizepräsident des OVG Hans Karsten Schmaltz, in: DVBl 2/2002

»Das Werk bietet wie eh und je eine Ausführlichkeit und Dichte der Kommentierung, die im Bauordnungsrecht (und im Landesrecht wohl überhaupt) ihresgleichen sucht. das gilt für die Vorschriften des Verfahrensrechts ebenso wie die des materiellen Bauordnungsrechts.«

Ministerialrätin Susanne Dahlke-Piel, in: SächsVBl 11/2004



161491
Angebotstand: 14. Juli 2015 15:16:15
Verlag C.H. BECK OHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München - Amtsgericht München HRA 48045



Für jedes Bauvorhaben zu haben.

Jetzt in Ihrer Buchhandlung

oder einfach bestellen bei **beck-shop.de** – Portofreie und schnelle Lieferung!

Einfaches Bestellen durch Link-Eingabe im Browser: <http://www.beck-shop.de/cnb>



**Stand:
Juni 2015**



VERLAG C.H. BECK · 80791 München

Telefon: (089)38189-750 · Fax: (089)38189-402 · E-Mail: bestellung@beck.de



C.H. BECK

Bringt Ordnung ins bayerische Baurecht.



Simon/Busse
Bayerische Bauordnung

120. Auflage. 2015. Rund 8860 Seiten. In 2 Ordnern.

Vorzugspreis bei Fortsetzungsbezug € 129,-

(mindestens drei Ergänzungslieferungen; danach ist eine Kündigung der Fortsetzung jederzeit möglich) ISBN 978-3-406-44019-9

Preis bei Einzelbezug € 240,- ISBN 978-3-406-50080-0

Weitere Informationen:

beck-shop.de/cnb



Der Großkommentar

beantwortet nahezu alle Fragen zum Bayerischen Baurecht. Kernstück des Werks ist die Kommentierung der Bayerischen Bauordnung **mit erklärenden Zeichnungen, Übersichten und graphischen Darstellungen**, etwa im Bereich der »Begriffe« und des Abstandflächenrechts.

Ausführlich kommentiert ist darüber hinaus die »Verordnung über den Bau und Betrieb von Garagen sowie über die Zahl der notwendigen Stellplätze – GaStellV«.

Alle sonstigen wichtigen Vorschriften

neben der BayBO sind ebenfalls abgedruckt: dessen Durchführungsbestimmungen und Vollzugsvorschriften sowie die **Bestimmungen zu praxisrelevanten Themenbereichen** wie Bauprodukte, **Brandschutz**, Feuerungsanlagen, Abgrabungen, Raumordnung/Landesplanung und **Technische Baubestimmungen**. Im Bauplanungsrecht sind außer dem BauGB die Bestimmungen zu Energieeinsparung und Wärmeschutz, Immissionsschutzrecht, Abfallbeseitigung sowie das **einschlägige Berufsrecht** für Architekten, Baumeister und Ingenieure, das Kostengesetz, das Kostenverzeichnis sowie ergänzende kostenrechtliche Vorschriften enthalten.

Aktuell mit Stand Juni 2015

Im Band I die **Überarbeitung der Kommentierungen** folgender Vorschriften der Bayerischen Bauordnung:

- Art. 82. Windenergie und Nutzungsänderung ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude
- Art. 83. Übergangsvorschriften
- Art. 84. Inkrafttreten

Das Sachverzeichniss des Bandes I wurde komplett überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht.